

Inhaltsverzeichnis

AP Arbeitsprogramm

AP-1	Juso Landesvorstand Bayern	Jusos Bayern – Arbeitsprogramm 2022/2023	2
------	----------------------------------	--	---

LAT Leitantrag

LAT-1	Landesvorstand Jusos Bayern	Leitantrag #bayernsiehtrot	14
-------	--------------------------------	----------------------------	----

A Arbeit und Ausbildung

A-2	Jusos Oberpfalz	Das politische Streikrecht erkämpfen	36
-----	-----------------	--------------------------------------	----

B Bildung

B-1	Themenwerkstatt Bildung über Juso- Landesvorstand	Make Bildung – Not War!	49
B-4	Juso Landesvorstand Bayern	Antrag politische Bildung	61

C Wohnen

F Feminismus und Gleichstellung

G Gesundheit

G-1	Jusos Unterfranken	Gute Ausbildung im Gesundheitswesen – Heilberufegesetz	70
-----	-----------------------	--	----

K Kampf gegen Rechts

P Partei

P-1	Jusos Mittelfranken	Wiederherstellung der Vollmitgliedschaft der SPD in der Sozialistischen Internationalen	78
-----	------------------------	---	----

V Verkehr, Mobilität und Infrastruktur

W Wirtschafts- und Finanzpolitik

W-1	Jusos Oberbayern	Gründung kommunaler Unternehmen erleichtern	89
W-2	Jusos Oberpfalz	Deckel drauf!	90

INI Initiativanträge

INI-1	Landesvorstand Jusos Bayern	100 Milliarden – nicht mit uns!	92
-------	--------------------------------	---------------------------------	----

AP Arbeitsprogramm

AP Arbeitsprogramm

AP-1	Juso Landesvorstand Bayern	Jusos Bayern – Arbeitsprogramm 2022/2023	2
------	----------------------------------	--	---

AP-1

Titel	Jusos Bayern – Arbeitsprogramm 2022/2023
Antragsteller*innen	Juso Landesvorstand Bayern
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz

Jusos Bayern – Arbeitsprogramm 2022/2023

1 Die Jusos Bayern sind feministisch, internationalistisch und sozialistisch. Wir sind antifaschistisch und kämpfen
2 gemeinsam für eine Welt, in der alle frei und gleich sind. Wir kämpfen gemeinsam für den demokratischen
3 Sozialismus.

4 Unsere Aufgaben als Richtungsverband sind vielschichtig. Einerseits verstehen wir Jusos Bayern es als unse-
5 ren Auftrag, unsere Mitglieder in jungsozialistischer Tradition durch Bildungsveranstaltungen und Kongresse
6 zu bilden. Denn nur durch die stetige Weiterentwicklung unserer Positionen und Forderungen bleiben wir
7 Sprachrohr unserer Generation und sprachfähig in all unseren Untergliederungen.

8 Des Weiteren sind wir ein eigenständiger Richtungsverband innerhalb der SPD. Uns ist einerseits unsere Rol-
9 le und unser Verhältnis der SPD gegenüber bewusst – es fußt auf einer kritisch-solidarischen Zusammenar-
10 beit.

11 Doch unsere Aufgaben beschränken sich nicht nur auf innerparteiliche und innerverbandliche Arbeit. Wir ver-
12 stehen uns als Teil der gesamtgesellschaftlichen Linken. Das bedeutet, dass unser Kampf um eine gerechtere
13 Welt nicht nur in Parteigremien und Fraktionen, sondern auch auf der Straße stattfindet – gemeinsam mit
14 unseren linken Bündnispartner*innen wie etwa den Gewerkschaften. Nur so kann eine linke Gesellschaft und
15 eine gerechte Welt dauerhaft entstehen.

16 Themenwerkstätten

17 Wir wollen die Welt verändern. Eine Welt, in der der Kapitalismus überwunden ist, das Patriarchat zerschlagen
18 und die Demokratie überall Einzug hält. Um dies zu erreichen, diskutieren, erarbeiten und fordern wir die
19 besten Lösungen. Dies geschieht neben den vielen Möglichkeiten in den Bezirken und Unterbezirken in den
20 Themenwerkstätten der Jusos Bayern.

21 Feminismus

22 Der Feminismus ist einer der Grundpfeiler der Jusos. Wir dürfen uns den Feminismus nicht nur auf unsere
23 Fahnen schreiben, wir müssen ihn alle zusammen leben!

24 Die Erzählung von der Überflüssigkeit des Feminismus oder die Behauptung, man bräuchte den Feminismus
25 nicht mehr, da er seine Ziele bereits erreicht habe, ist ein Märchen Anti- und Postfeministischer Akteur*innen.
26 Zugleich ist klar ersichtlich, dass jede rechte autoritäre Bestrebung unserer Zeit Angriffe auf Frauenrechte,
27 Gleichstellung und Queers inhärent sind. Ziel ist ein Rollback hinter zahlreiche rechtliche & gesellschaftliche
28 Errungenschaften der letzten Jahre und Jahrzehnte.

29 Deshalb wollen wir vor allem ein intersektional-queer-feministisches Profil schärfen.

30 Feminismus gilt es immer intersektional zu denken. Es gilt folgend zu verstehen, wie verschiedene

31 Formen der Ungleichheit oft zusammenwirken und sich gegenseitig verschärfen. Ein intersektionaler Feminis-
32 mus konzentriert sich auf die Stimmen derjenigen, die überlappende, gleichzeitige Formen der Unterdrückung
33 erleben, um die Tiefen der Ungleichheiten und die Beziehungen zwischen ihnen in jedem Kontext zu begrei-
34 fen.

35 Geschlecht verstehen wir als gesellschaftliche Strukturkategorie die Machtverteilungen und Hierarchien, Pro-
36 duktion und Reproduktion sowie Sexualität und Körperlichkeit regelt und normiert. Geschlecht hat somit sozia-
37 le und ökonomische Auswirkungen. FLINTA* Personen werden in unserer Gesellschaft systematisch benach-
38 teilt. Diese Benachteiligung ist nicht biologisch erklärbar, sondern ausschließlich gesellschaftlich. Nicht die
39 biologischen Faktoren führen zu Gender Pay und Care Gap sondern gesellschaftliche Vorstellungen und Sozia-
40 lisation. Mit anderen Worten wenden wir uns demnach gegen Erklärungsansätze die Geschlechterverhältnisse
41 biologisieren. Unser Feminismus ist demnach transinklusiv.

42 Wir wollen auch das Frauenrhetorikseminar, welches wir in Rhetorik-Seminar für FLINTA*s umbenennen wol-
43 len, weiterhin anbieten und fördern, um Beteiligung von FLINTA* Personen in unserem Verband zu verstär-
44 ken.

45 Themenwerkstatt Feminismus

46 Wir wollen die Repräsentation von FLINTA*s sichtbarer machen. Überdies soll queere Vernetzung im
47 Verband vorangetrieben werden. Wir wollen im Verband weiterhin die Vernetzung von FLINTA*s fördern und
48 diese Empowern. Als Thema, welches Alle betrifft, werden wir sowohl offene als auch FLINTA*s only spaces
49 organisieren.

50 So gilt unser Kampf vor allem der sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmung. Die Regelung von Schwan-
51 gerschaftsabbrüchen im Strafgesetzbuch hat der Vergangenheit anzugehören, §218 StGB muss gestrichen
52 werden. Zudem wollen wir die desolate Versorgungslage bzgl. Schwangerschaftsabbrüchen insbesondere im
53 ländlichen Raum in Ostbayern, aber auch in gesamt Bayern angreifen.

54 Kostenloser Zugang zu Verhütungsmitteln soll gewährleistet sein. Auch der Zugang zu Monatshygiene soll
55 vereinfacht werden und Konzepte dazu ausgearbeitet werden, um sog. Periodenarmut zu vermeiden.

56 Wir wollen uns vermehrt mit Gendermedizin und den Ungerechtigkeiten in der Forschung und Praxis ausein-
57 andersetzen, dabei sollen Krankheiten wie beispielsweise Endometriose im Vordergrund stehen.

58 Zu Endometriose soll am Beispiel Frankreichs an einer nationalen Strategie gearbeitet werden.

59 Das verstehen wir unter Awareness-Arbeit:

60 Aufgrund der positiven Erfahrungen der letzten Male, werden FLINTA* Vernetzung und Männerreflexionsrun-
61 den verstärkt auf allen Seminaren und Veranstaltungen der Jusos Bayern angeboten werden.

62 Jede Grenzüberschreitung ist eine zu viel! Dabei sind Grenzüberschreitungen individuell zu bestimmen.

63 Anerkennend, dass auch in unseren Reihen Machtgefälle bestehen und Übergriffe möglich sind und passieren,
64 wollen wir verbandsintern ein neues Awarenesskonzept und einen Leitfaden zum Umgang mit sexualisierter
65 Gewalt ausarbeiten. Dabei stellen wir uns auf die Seite der Betroffenen. Zudem stellen wir fest: Täter aus
66 Strukturen werfen, ist feministische Praxis. **Umwelt & Energiepolitik**

67 Im Hinblick auf die voranschreitende Klimakrise und die sich daraus für uns ergebenden Herausforderungen
68 setzen wir uns als Themenwerkstatt Umwelt und Energie für die kommende Zeit folgende Schwerpunkte: die
69 Mobilitätspolitik (vor allem in Hinblick auf die anstehende Landtagswahl), die sozial-ökologische Transforma-
70 tion und die Ungleichheiten, die die Klimakrise hervorruft und / oder verstärkt.

71 Bei der Mobilitätspolitik geht es uns darum, verschiedene, klimafreundliche, sozial gerechte Finanzierungs-
72 möglichkeiten aufzugreifen, neue Mobilitätsangebote zu herauszuarbeiten, gute Arbeit im Mobilitätssektor
73 auszuformulieren und einzufordern und bisherige Forderungen der Jusos weiterzuentwickeln.

74 Die Klimakrise befeuert weltweit Ungleichheiten, bedroht Existenzgrundlagen und stellt eine Bedrohung für
75 politische Systeme dar. Deshalb wollen wir als Themenwerkstatt die sozial-ökologische Transformation mit
76 Einbezug von Gewerkschaften, Betrieben, Menschen aus der Politik, Umweltverbänden und Forschungsinsti-
77 tuten diskutieren und vorantreiben. Dabei arbeiten wir mit der Themenwerkstatt Wirtschafts- und Sozialpolitik
78 zusammen.

79 Bei den Ungleichheiten, die es zu evaluieren und bekämpfen gilt, soll der Fokus vor allem auf den Themen Fe-
80 minismus in der Klimakrise und Klimaflucht liegen. Klimaschutz muss feministisch sein – vor allem im globalen

81 Süden sind FLINTA* stärker von Klimakatastrophen betroffen als cis Männer. Damit wir verschiedene Erfah-
82 rungen und Standpunkte kennenlernen, diskutieren und gegebenenfalls miteinbeziehen können, wollen wir
83 einen Austausch mit Gruppen und Verbänden schaffen, die sich für uns relevante Themen auf die Fahne ge-
84 schrieben haben. Dabei soll eng mit der Themenwerkstatt Feminismus zusammengearbeitet werden.

85 Bei allen Themen ist für uns als jungsozialistischer Verband wichtig: Solidarität und (soziale) Gerechtigkeit
86 spielen immer die zentrale Rolle. Um dies zu erreichen muss daran gearbeitet werden, den öffentlichen Diskurs
87 hin zu einer systemkritischen Haltung zu verschieben, da der alleinige Fokus auf die Privatkonsumkritik kein
88 sinnvolles Mittel zur Bekämpfung der Klimakrise sein kann.

89 Beim Bundeskongress der Jusos 2021 konnten wir mit unserem Antrag „Gerechte Landwirtschaft – sozial und
90 ökologisch“ eine jungsozialistische Perspektive auf die Landwirtschaft entwickeln. Wir möchten damit aber
91 nicht aufhören und werden das Thema weiterhin bei den Jusos Bayern etablieren – immer mit Blick auf alle
92 Aspekte der Landwirtschaft, insbesondere auch Arbeitsbedingungen und Handel. Putins Angriff auf die Ukrai-
93 ne und die damit verbundenen kommenden Ernteauffälle in der Kornkammer der Welt zeigen, dass wir eine
94 globale Perspektive auf Landwirtschaft und Ernährung brauchen – aber gerade in Bayern ist die Landwirtschaft
95 im gesamtdeutschen Vergleich bäuerlich geprägt. Deshalb ergibt sich eine besondere Situation mit Konzepten,
96 die auf Landesebene entwickelt werden möchten. Da dieses Thema viel Expertise und Zeit bündelt, erwägen
97 wir für diesen Zweck eine Person zu kooptieren.

98 Internationales

99 Delegationsreisen & Bündnisarbeit

100 Wir führen die Delegationsreise nach Sarajevo durch und arbeiten eine Publikation mit den Teilnehmer*in-
101 nen aus. Wir wollen auch 2023 eine Delegationsreise durchführen, für deren Ziel Tunesien vorbehaltlich der
102 Umsetzbarkeit geplant wird.

103 Wir wollen mehr internationale Gäste in Bayern empfangen und laden aktiv Genoss*innen aus anderen Län-
104 dern zu unseren Veranstaltungen ein. Im Sommer 2022 beleben wir die Alpeninternationale wieder als Platt-
105 form für Sozialist*innen aus dem gesamten Alpenraum mit einem inhaltlichen Schwerpunkt auf den Kampf
106 gegen Rechts und Nachhaltigkeitsfragen.

107 Wir bleiben aktiv bei unseren Dachverbänden und wollen in Zukunft noch mehr Verantwortung übernehmen.
108 Wir arbeiten weiter mit der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein zusammen.

109 Projektarbeit

110 Die Themenwerkstatt soll weiterhin Projekte ausschreiben und in festen Teams an konkreten Projekten arbei-
111 ten. Im kommenden Vorstandsjahr wollen wir:

112 • Ein Toolkit „Internationalismus“ verfassen mit inhaltlichen Ausführungen sowie praktischen Tipps und
113 Tricks, internationale Solidarität in der politischen Arbeit vor Ort und überregional zu leben,

114 • uns mit sozialistischen und friedenspolitischen Antworten auf die momentanen Sicherheitskrisen und
115 Kriege in der Welt, insbesondere dem russischen Überfall auf die Ukraine, auseinandersetzen.

116 Die Themenwerkstatt beschließt über weitere Projekte. Wir wollen zudem stärker lokale internationale Arbeit
117 in das landesweite Engagement koordinieren.

118 Schärfung politischer Positionen

119 Das Toolkit „Internationalismus“ und das sicherheitspolitische Projekt sollen zur Herbeiführung neuer Grund-
120 satzbeschlüsse führen. In diesen Projekten und bei weiteren Gelegenheiten wollen wir uns folgenden Themen
121 noch intensiver widmen als bisher:

122 • Internationaler Handel, Freihandel und Ressourcenabhängigkeiten,

123 • Verteidigungspolitische Grundsatzfragen, insbesondere bezüglich der NATO,

124 • Feministische, antirassistische und antikoloniale, wertebasierte Außenpolitik,

125 • Eine sozialistische Perspektive auf die Zukunft der Europäischen Union mit Blick auf Jugendarbeitslo-
126 sigkeit und einer neuen Arbeitsmarktpolitik.

127 Empowerment

128 Wir freuen uns sehr darüber, dass der Aktivenkreis der Themenwerkstatt sich trotz der Pandemie stetig erwei-
129 tert hat. Insbesondere die Einbindung junger Genossinnen war und ist uns weiterhin wichtig. Insofern wollen
130 wir auch im kommenden Jahr hierauf unseren Schwerpunkt setzen. Konkret wollen wir:

- 131 • neu(er) aktiv gewordene Genoss*innen weiterhin empowern,
- 132 • mit den zusätzlichen Mitteln der Delegationsreisen und der Präsenz-Workshops noch mehr neue Aktive
133 gewinnen und einbinden,
- 134 • mittels unserer Projektarbeit (s.o.) weiterhin auch neueren Genoss*innen Verantwortung geben.

135 Bildung

136 Den Themenkomplex Bildung voranzubringen, ist uns als jungsozialistischer Verband ein zentrales Anliegen.
137 Nach über zwei Jahren Pandemie ist die Bilanz über die Arbeit der Landesregierung hier mehr als dürrftig: Schü-
138 ler*innen und Studierende erlebten ein ständiges Durcheinander in Bezug auf Schutzmaßnahmen und Hygie-
139 neregelungen. Entscheidungen, beispielsweise ob Unterricht, Ausbildung und Vorlesungen in Präsenz oder
140 doch wieder Online stattfinden wurden teils mit wenigen Tagen Vorlauf kommuniziert, was sowohl für Schü-
141 ler*innen und Studierende, als auch für das betroffene Lehrpersonal – vorausgesetzt die technische Ausstat-
142 tung für gute digitale Lehre war überhaupt vorhanden – eine angemessene Vorbereitung nahezu unmöglich
143 machte. Schulen waren – und sind es teilweise bis heute noch – nicht auf den digitalen Unterricht vorbereitet,
144 Lehrer*innen nicht gut genug im digitalen Bereich geschult und Schüler*innen nicht mit den nötigen techni-
145 schen Geräten ausgestattet. Diese und viele weitere Missstände sind während der Corona-Pandemie deutlich
146 zu sehen gewesen und wurden bisher nur symptomhaft angegangen.

147

148 Doch auch jetzt, wo nun das weitgehende Ende vieler Schutz-Maßnahmen in Aussicht steht, gibt es zahlreiche
149 Probleme, die wir weiter im Blick haben. Die Defizite, die es schon vor der Pandemie gab, existieren weiter
150 und durch die Pandemie sind noch zahlreiche Probleme dazu gekommen. Das alles ist gerade für Schüler*in-
151 nen und Studierende, aber auch für das Lehrpersonal deutlich spürbar. Es existiert noch immer ein großer
152 Lehrer*innenmangel, der gerade auch durch die Verzögerungen und Schwierigkeiten, die die Pandemie für
153 viele Lehramtsstudierende mit sich brachte, voraussichtlich in den nächsten Jahren eher noch verschärft als
154 gemildert wird.

155 Vielen Schüler*innen und Studierenden fehlen wichtige Lehrinhalte, die während der Pandemie nur notdürftig
156 vermittelt werden konnten. Diese gilt es nun aufzuholen ohne dass die Betroffenen dabei zu sehr unter Druck
157 geraten.

158 Diese und weitere Probleme wollen wir in der TW Bildung diskutieren und aus den Ergebnissen ein umfassen-
159 des Maßnahmenpaket für gute Bildung nach der Pandemie erarbeiten.

160 Wir wollen unsere Themenvielfalt erweitern und weitere wichtige Themen wie außerschulische und frühkind-
161 liche Bildung, die Berufsausbildung und berufsbegleitende Weiterbildung über die derzeitige

162 Beschlusslage hinaus bearbeiten und so zur Schärfung des bildungspolitischen Profils der Jusos Bayern bei-
163 tragen. Dabei betrachten wir nicht nur Schulen und Universitäten als Zentren der Bildung sondern betrachten
164 den Beitrag der Bildung ganzheitlich in allen Lebensbereichen.

165

166 Mit unserer inhaltlichen Arbeit wollen wir mit Blick auf die Landtagswahlen dazu beitragen, den
167 Themenkomplex Bildung als eine der zentralen Säulen sowohl in unserem Verband als auch in der
168 Arbeit der BayernSPD zu etablieren und hier intensiv in die inhaltliche Arbeit der Partei einzuwirken. Mit
169 Bildung als eines der Schwerpunktthemen unserer Jugendkampagne werden wir es uns als

170 Themenwerkstatt Bildung als zentrale Aufgabe wahrnehmen, die Jusos – besonders unsere JusoKandidieren-
171 den – inhaltlich als führende Expert*innen in Sachen Bildung aufzustellen – sowohl in der SPD, als auch in der
172 Öffentlichkeit.

173

174 Innenpolitik, Demokratie & Antifaschismus

175

176 Die Themenwerkstatt für Innenpolitik, Demokratie und Antifaschismus wird im kommenden Jahr die bisherige
177 Arbeit an einem Antrag zur Reformierung des Bundesamts für Verfassungsschutz fortführen.

178

179 Die Corona-Pandemie zeigt uns schonungslos unsere Probleme auf: Einige Menschen misstrauen dem Staat
180 und sind empfänglich für Verschwörungstheorien. Faschist*innen und Neonazis sind Strippenzieher für De-
181 monstrationen, an welchen mehrere tausend Personen teilnehmen. Antisemitische Narrative kommen erneut
182 zu Tage und werden in der Öffentlichkeit verbreitet.

183 Die Themenwerkstatt wird sich daher damit beschäftigen, ob und wie Faschist*innen und Neonazis durch die
184 Demonstrationen weitere Personen erreicht haben. Die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Ge-
185 sellschaft und wie man Antisemitismus in Deutschland weiter effektiv bekämpfen kann, wird eine besondere
186 Rolle spielen. Zudem wird hinterfragt, worin sich das Misstrauen in den Staat begründet und ob dies mit einem
187 Misstrauen gegenüber der Demokratie als Regierungssystem einhergeht. Der Frage, inwieweit die bayerische
188 Regierung durch ständige Kurswechsel, Bereicherung an Maskendeals und Intransparenz dieses Misstrauen
189 begünstigt, soll ebenso nachgegangen werden.

190

191 Mit Putins Angriffskrieg in der Ukraine kommt neben vielen anderen großen Herausforderung auch die innen-
192 politische Aufgabe auf uns zu. Die SPD redet von einer "Zeitenwende", die sich auf alle Politikfelder bezieht.
193 Vom Krieg Vertriebene werden in Deutschland aufgenommen, sie sollen betreut und integriert werden. Diese
194 Prozesse beobachten wir genau.

195

196 Wir als Jungsozialist:innen treten unerbittlich für die Demokratie und eine offene Gesellschaft ein und stel-
197 len uns so auch künftig Antisemitismus, Faschismus, Ausländerfeindlichkeit und weiteren gruppenbezogenen
198 Menschenfeindlichkeiten sowie Verschwörungstheorien entschlossen entgegen.

199

200 Wirtschafts- & Sozialpolitik

201 Zeitenwende ist ein Begriff, den man gerade im militärischen und sicherheitspolitischen Kontext oft zu hö-
202 ren bekommt. Defakto befinden wir uns aber auch in einer ökonomischen Zeitenwende. Neoklassische Wirt-
203 schaftsmodelle versagen nun schon im Jahrestakt, Kurzarbeit ist mehr als ein Instrument für die absolute
204 Depression und die Schuldenbremse stellt sich selbst infrage. Dieser Wandel vollzieht sich unaufhaltsam und
205 dennoch ist nicht garantiert das am Ende ein besseres Leben für uns, für die arbeitende Klasse, für alle jene die
206 an der Kapitalakkumulation keinen Teil besitzen dabei herauskommt. Genau deswegen wollen wir mit jung-
207 sozialistischer Wirtschaftspolitik das Leben der 90% im Land und Global verbessern und die Voraussetzung
208 für einen breiten Systemwechsel und gesellschaftliche Utopien schaffen.

209 Wirtschaftspolitik:

210 Wir nehmen den Diskurs, der sich über die letzten Monate innerhalb der ökonomischen Veröffentlichungen
211 stark verschoben hat, zur Kenntnis und wollen hier mit Nachdruck sowohl vor unseren Mitgliedern als auch
212 nach außen hin, die durch mathematisierte VWL und ihre neoklassischen Annahmemodelle kritisieren und
213 alternative Wege aufzeigen.

214 Hierbei treten wir im Diskurs für Preisdeckel in Kernaspekten der Daseinsvorsorge ein, genauso wie wir ein
215 rasches Ende der Schuldenbremse einfordern. Wir sehen auch, dass sowohl die ökologische Krise, als auch
216 der Fakt der Ressourcenabhängigkeit mehr als nur sozialdemokratische steuerpolitik in Kernbereichen
217 der deutschen Industrie erfordern. Hierzu wollen wir nach ausgiebiger Recherche konkrete Vorschläge zu Ein-
218 griffen und Maßnahmen vorlegen welche wir gegenüber der SPD und unserem Verband einfordern wollen.

- 219 Die Perspektiven einer internationalistischen, klimagerechten und sozialistischen Wirtschaft wollen wir in enger
220 Absprache mit den TWs Umwelt und Internat erarbeiten. Darüber hinaus und ganz fundamental, wollen
221 wir die Schlüsse aus zahlreichen links theoretischen
- 222 Werken endlich wieder im Verband nach vorne bringen. Das heißt, dass wir selbstbewusst für
- 223 Verstaatlichungen und Vergesellschaftungen streiten und unsere Idee anderer Machtverhältnisse in den Pro-
224 duktionsbeziehungen nicht aufgeben. Unsere Utopie ist und bleibt die, in der das Wirtschaftssystem den Men-
225 schen dient und nicht die Menschen dem Wirtschaftssystem.
- 226 Sozialpolitik:
- 227 Wir sehen auch, dass die Individualisierungshypothesen der letzten Jahre, am Ende ihrer Halbwertszeit ange-
228 langt sind. Wir wollen auch hier bilden und unseren Beitrag dazu leisten, dass sich der Diskurs weg von indi-
229 vidueller Verantwortung für Arbeitslosigkeit, Bedürftigkeit für sozialstaatliche Leistungen oder ausbleiben des
230 Aufstiegs durch Bildung bewegt. Das soll gerade auch vor feministischen Perspektiven gemeinsam mit der
231 TW Feminismus beleuchtet werden, denn hier hat uns Corona gezeigt wie dünn die Decke formaler Gleich-
232 berechtigung in kapitalistischen Machtverhältnissen eigentlich ist. Alleinerziehende, FLINTA-Personen in Be-
233 schäftigung und vor allem im Homeoffice haben die Einbrüche und Einschnitte wohl am härtesten zu spüren
234 bekommen, was uns in vielerlei hinsicht um Jahre zurückwirft.
- 235 Arbeitspolitik:
- 236 Gemeinsam mit der TW Bildung wollen wir uns bei Aus- und Weiterbildung um Chancengerechtigkeit und
237 Implikationen der letzten Jahre durch die getroffenen Maßnahmen kümmern. Grundsätzlich sehen wir beim
238 Thema Arbeit den Bedarf, Positionen der letzten Jahre auf Aktualität zu überprüfen und im gemeinsamen Aus-
239 tausch mit den Gewerkschaften über neue Perspektiven zu diskutieren und diese im Verband nach vorne zu
240 bringen, sowie gegenüber der SPD zu erstreiten. Aktuelle Themen wollen wir kritisch begleiten wie etwa die
241 versprochen Ausbildungsplatzgarantie aber auch die Debatte um Arbeitszeitregelungen welche in der Koaliti-
242 on geführt wird. Gerade die letzten Jahre haben uns Grenzen und Fallstricke einer globalisierten Arbeitswelt
243 aufgezeigt, deswegen wollen wir hier mit der TW Internat und im Austausch mit internationalen Gewerkschafts-
244 organisationen, insbesondere im europäischen Rahmen, neue Forderungen erarbeiten und neue organisati-
245 onsformen der Arbeiter:innenbewegung stärken. Das Thema gute Arbeit ist traditionellerweise eines der am
246 stärksten bespielten der Jusos Bayern und verlangt einerseits eine große und umfassende Expertise, zudem
247 muss in diesem Bereich auch viel Zeit und Energie zusätzlich gesteckt werden. Wir wollen nicht, dass das The-
248 ma gute Arbeit für sich alleine steht und werden deshalb zu diesem Zwecke jemanden kooptieren, um den
249 Vorstand inhaltlich und im Workload zu unterstützen.
- 250 Organisationspolitik
- 251 Der demokratische Sozialismus will organisiert sein. Unsere Schlagkraft, unsere Vernetzung und die Struktur
252 wollen wir weiter ausbauen um unsere Vorstellungen und Überzeugungen hinaus zu tragen.
- 253 Folgen von politischer Arbeit in einer Pandemie
- 254 Die Corona Pandemie hat so einiges aus dem Konzept gebracht, auch die Arbeit von uns Jusos Bayern. Wir
255 konnten nur eine Präsenz-Landeskonferenzen abhalte, mussten Briefwahlen durchführen und einiges weitere
256 in unserem Leben anpassen. Nicht immer war es leicht, denn Seminarwochenenden online sind nicht dassel-
257 be, wie sich in Präsenz zu treffen. Es nimmt einen mehr Energie, man kann am Abend keine Konversationen
258 miteinander führen, das ständige Starren auf einen Bildschirm ist zudem auch sehr anstrengend. Wir sind uns
259 bewusst, dass die Pandemie noch nicht vorüber ist. Wir wollen aber im Rahmen des Möglichen wieder ver-
260 mehrt Präsenzveranstaltungen anbieten. Das persönliche zusammenkommen, diskutieren und kennenlernen
261 ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Verbandsarbeit.
- 262 Es gibt auch positives aus der veränderten Situation. Wir haben gelernt, dass eintägige Treffen auch online
263 stattfinden können. Somit kann man mehr Leute einbeziehen, die für die Anreise vielleicht keine Zeit gehabt
264 hätten, sich aber online zuschalten konnten.
- 265
- 266 Auch der Anteil an Frauen hat sich gesteigert. Somit konnten wir unser quotiertes Redeverhalten einfacher
267 umsetzen und auch von anderen Mitgliedern Perspektiven zu einzelnen Themen herausfinden.

268 Wir wollen uns mit den Folgen, Nachteilen und Vorteilen von Online-Seminaren weiter auseinander setzen
269 und so unsere politische Bildungsarbeit optimieren.

270 Strukturarbeit

271 Die Strukturarbeit beschäftigt sich mit einer Stärkung und Verbesserung unserer Organisation. Dies bezieht
272 sich sowohl auf die Landesebene als auch auf Unterstützungsangebote für strukturelle, organisatorische und
273 satzungsrechtliche Fragestellungen in und aus den Bezirken.

274 Es soll gemeinsam mit dem AK Struktur, der offen ist für alle interessierten Mitglieder, bis zur Landeskonferenz
275 ein Konzept für einen in Aufbau und Arbeitsweise optimierten Landesvorstand erarbeitet werden.

276 Hier ist insbesondere zu prüfen, ob eine Aufteilung der Zuständigkeitsbereiche künftig im jeweiligen Arbeits-
277 programm festgelegt werden kann. Dies würde mehr Flexibilität und zugleich Konkretisierung bei den Schwer-
278 punktt Themen ermöglichen, so dass es dadurch künftig beispielsweise für die kommende Amtszeit ordentlich
279 gewählte Sprecher*innen für aktuelle Schwerpunktt Themen wie Arbeit, Landwirtschaft, Wohnen, Mobilität, Di-
280 gitalisierung, Gesundheit etc. geben könnte. Auch die ausschließlich organisationspolitische Zuordnung auf
281 einzelne Sprecher*innen soll evaluiert werden, so dass sich künftig alle Vorstandsmitglieder an organisatori-
282 schen Themen beteiligen müssen und organisationspolitische Sprecher*innen mehr Kapazitäten für inhaltli-
283 ches Arbeiten haben. Dabei soll es im Vorstand zwar klare Zuständigkeiten, aber möglichst flache Hierarchien
284 und Gleichberechtigung geben. Es wird geprüft, ob weiter ein geschäftsführender Vorstand erforderlich ist,
285 oder ob nicht alle Vorstandsmitglieder im jeweiligen Themenbereich federführend und damit auch stellver-
286 tretend für die*den Vorsitzende*n tätig sein können. Die Arbeit im Vorstand könnte künftig ähnlich den bis-
287 herigen Themenwerkstätten grundsätzlich in Teams erfolgen, die vom jeweils zuständigen Vorstandsmitglied
288 geleitet werden, aber für weitere interessierte Mitglieder aus dem Verband ebenfalls offen stehen.

289 Im Herbst 2023 steht die nächste Landtagswahl in Bayern an. Die bereits erarbeitete Strategie für eine Er-
290 neuerung der SPD auch in Bayern und eine erfolgreiche Landtagswahl mit maßgeblicher sowohl inhaltlicher
291 als auch personeller Beteiligung der Jusos wird bis dahinlaufend aktualisiert und fortgeführt.

292 Strukturkonferenz

293 Die Coronapandemie hat vieles verändert. Seminare und Konferenzen verliefen online, Veranstaltungen konn-
294 ten nicht abgehalten werden. Durch die hierzu geltenden Einschränkungen ist die politische Arbeit in man-
295 chen Fällen eingeschlafen. Um unsere politische Arbeit auch nach der Pandemie gut weiterführen zu können,
296 braucht es starke Strukturen.

297 Wir Jusos Bayern möchten uns daher intensiver mit unseren Strukturen auseinandersetzen und unserer ver-
298 schiedenen Untergliederungen dabei unterstützen, ihre verbandlichen Strukturen wieder aufzubauen. Hierzu
299 soll es eine Strukturkonferenz geben, die sich intensiv damit beschäftigt unsere Untergliederungen zu unter-
300 stützen und Strukturen wieder aufzubauen.

301 Auch der Landesvorstand wird sich reflektieren und die bestehende Vorstandsstruktur hinterfragen. Im kom-
302 menden Arbeitsjahr wird sich der Juso-Landesvorstand in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern verschiedene
303 Vorstandsmodelle anschauen und Vor- und Nachteile dieser diskutieren.

304

305 Bündnisarbeit

306 Als Jusos haben wir den Anspruch an uns selbst mit anderen Menschen ins Gespräch zu kommen und
307 zu bleiben. Für eine solidarische und gerechtere Gesellschaft zu kämpfen, brauchen wir viele, die zusammen
308 kämpfen.

309 Verbandsintern wollen wir weiterhin die Kommunikation aller Ebenen stärken. Zusätzlich wollen wir uns au-
310 ßerhalb unseres Verbandes mit unserer Mutterpartei, aber auch außerhalb der Parteiebenen vernetzen. Die
311 verschiedenen Krisen zeigen auf, dass wir jeden Tag für unsere Vorstellung der Gesellschaft arbeiten müs-
312 sen.

313 Gerade im Hinblick auf die Landtagswahlen wollen wir unseren Wirkungsradius unsere Partei weiterführen.
314 Gemeinsam mit anderen Arbeitsgemeinschaften möchten wir Anträge schreiben und die Zusammenarbeit

315 intensivieren. Dieser inhaltliche Austausch soll erweitert werden mit gemeinsamen Aktionen und Veranstal-
 316 tungen. Die Zusammenarbeit innerhalb der Partei müssen wir erneut fokussieren. Wir wollen mit unseren
 317 natürlichen Bündnispartner*innen aus den Gewerkschaften, deren Untergliederungen, der AWO, den Fal-
 318 ken, den Naturfreunden und mit Organisationen aus dem progressiv-linken Spektrum zusammenarbeiten.
 319 Die neue Zusammenarbeit mit BDKJ, FFF, Naturfreundejugend, KLJB und junge Ökolog*innen zu intensiviert
 320 werden. Hierzu werden wir unsere Kontakte weiterführen und noch weiter ausbauen und vorantreiben. Die
 321 linken Jugendorganisationen Grüne Jugend und solid sind weiterhin Partner*innen für den Wandel der Gesell-
 322 schaft.

323 Für das Einwirken in die Landtagsfraktion wird verstärkt auf die Vertreter*innen der Themen im Bayerischen
 324 Landtag zugegangen, um unsere Positionen und Kritikpunkte voranzubringen. Die

325 Vernetzung zwischen Mandatsträger*innen und den inhaltlich Interessierten wollen wir weiter ausbau-
 326 en.

327 Als Jusos sehen wir uns als Kämpfer*innen einer progressiveren Welt. Um dies zu fördern, wollen zusammen
 328 mit alten und neuen Bündnispartner:innen und unseren parteiinternen Strukturen im Gespräch sein. Dabei ist
 329 die Vernetzung ein Prozess, der im nächsten Landesvorstand weitergeführt werden soll. Dabei werden neue
 330 Bündnispartner:innen aktiv angesprochen und eine Gesprächsangebot gegeben, um gemeinsam politische
 331 Forderungen in die Gesellschaft, aber auch die politischen Ebenen einzubringen. Das Ziel ist es, viele Lebens-
 332 situationen und Verbände an einen Tisch zu bekommen. Desto mehr Menschen zusammen ein Ziel haben,
 333 desto mehr können wir erreichen!

334 Öffentlichkeitsarbeit

335 Unsere Gestaltungsfähigkeit hängt nicht nur von guten Ideen ab, sondern auch davon, wie wir sie kommu-
 336 nizieren und verbreiten. Entsprechend müssen wir uns nicht nur als linker Gegenpol zu neoliberalen Kräften
 337 positionieren, sondern auch als solcher in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Daher kommt der Öff-
 338 fentlichkeitsarbeit ein zentrale Roll in der Vorstandsarbeit zu. Unser Ziel ist es dabei, die von uns gefassten
 339 Ideen, Beschlüsse und Überzeugungen unmissverständlich in der Öffentlichkeit zu platzieren und einen ein-
 340 deutige Identifizierung mit uns zu gewährleisten. Wir sind die zentrale, linke Kraft in Bayern und als solche
 341 müssen wir in der öffentlichen Debatte auch wahrgenommen werden.

342 Social Media

343 Daher forcieren die Verfestigung unserer medialen Präsenz sowie die Verbreiterung unserer Reichweite in
 344 den sozialen Kanälen. Durch regelmäßige Posts über die Vielfalt der Aktivitäten und Themengebiete unseres
 345 Verbands, Abwechslung in der Art der Medien, Austausch im Verband und darüber hinaus wollen wir dies
 346 fortführen. Ferner erzielten auch aufgelegte Kampagnen hohe Reichweiten. Der Fokus liegt zum einen auf der
 347 Kampagne zur Mitgliederwerbung und zum anderen auf die Landtagswahl 2023. Wir wollen eine Social Media
 348 Strategie im Sinne der Kampagne für die Landtagswahl erarbeiten. Hierbei soll entweder zu politisch aktuel-
 349 len Themen oder auch zu allgemeinen Themen Content entstehen. Insbesondere, weil wir dadurch Personen
 350 außerhalb unserer Filterblase erreichen konnten.

351 Wir wollen für unsere Mitglieder einen Hackerton anbieten, um gemeinsam unsere Social Media

352 Aktivitäten in der Fläche voran zu bringen. Um die Reichweite unserer Beiträge zu erhöhen wollen wir in der
 353 kommenden Zeit gezielt an einer

354 Steigerung von neuen Follower*innen arbeiten.

355 Es soll eine enge Zusammenarbeit zwischen Landesverband, Bezirken und Unterbezirken erfolgen. Um für
 356 einen Wiedererkennungswert zu sorgen, ist die Einhaltung unseres Corporate Design selbstredend von Be-
 357 deutung. Dies soll in diesem Jahr neu entwickelt und eingeführt werden.

358 Presse

359 Wir werden unsere Pressearbeit zu inhaltlichen Themen der Landespolitik weiter forcieren, um im

360 Landtagswahlkampf deutlich wahrgenommen zu werden. Häufig und kurzfristig sollen sich inhaltliche Spre-
 361 cherinnen und Sprechern sowie die Leitungen der Themenwerkstätten zu aktuellen Themen äußern. Um dies
 362 so einfach wie möglich zu gestalten, optimieren wir unsere Prozesse, wie Pressestatements koordiniert und

363 verbreitet werden. Direkter Kontakt zu Journalist*innen und Verbreitungswege, die schneller und direkter als
364 der e-Mail-Versand sind, sollen etabliert werden. Im

365 Wahlkampf wollen wir Jusos, die für den Landtag kandidieren Zugriff auf unser Netzwerk und unsere Reich-
366 weite ermöglichen und ihre Statements über diese verbreiten. Zudem sollen die Pressemitteilung des Juso-
367 Landesverband zukünftig stärker für die Arbeit vor Ort genutzt werden können. Wir wollen vermehrt Presse-
368 mitteilungen für die lokalen Gliederungen zur Verfügung stellen.

369 Kampa

370 Um dem Problem entgegenzuwirken, dass FLINTA*s in unseren Gliederungen leider viel zu stark unterreprä-
371 sentiert sind, starten wir in diesem Jahr mit einer Neumitglieder-Kampagne, die sich vor allem an FLINTA*s
372 richten soll. Diese Kampagne soll nach Abschluss auch ausgewertet werden um einen Überblick über die
373 Kampagnenfähigkeit der Jusos Bayern zu gewinnen und um mögliche Schwächen bis zur Landtagswahl zu
374 identifizieren und zu beheben.

375 Über das Jahr hinweg wird auch der Fokus auf der Konzeption der Landtagswahl-Kampagne 2022 liegen. Als
376 Basis der Kampagne wird unser Jugendwahlprogramm fungieren, welches wir im Laufe des Jahres verabschie-
377 den wollen. Ziel ist es sowohl in den sozialen Medien als auch vor Ort, von den jungen Menschen in Bayern,
378 als progressive linke Stimme wahrgenommen zu werden. Dabei möchten wir uns vor allem von den Grünen
379 und den Liberalen abgrenzen und verdeutlichen, dass die Sozialdemokratie die besten Angebote für unsere
380 Generation bereithält.

381 Um auf dem Erfolg der Bundestagswahl aufzubauen, arbeiten wir auch kritisch-solidarisch an der
382 Landtagswahl-Kampagne der BayernSPD mit und wollen sowohl von innen als auch außen geschlossen auf-
383 treten und agieren.

384 Neben diesen größeren Projekten wird es im Sommer auch eine kleinere Kampagne zu politischer Bildungsar-
385 beit in Bayern geben. Dabei möchten wir das Thema nochmal für uns als Verband aufgreifen wie neu denken
386 und juso-nahe politische Bildungsstätten unterstützen. Des Weiteren wird es aber auch wie gewohnt spontane
387 Kampagnen zu aktuellen Themen geben, damit die Jusos Bayern als aktiver jugendpolitischer Akteur wahrge-
388 nommen wird.

389 Politische Bildung

390 Als Jusos Bayern legen wir schon immer viel Wert auf die politische Bildung und Schulung unserer Mitglieder.
391 Wir verstehen politische Bildung als einen Grundpfeiler für eine erfolgreiche Zukunft unseres

392 Verbandes, da durch diese die Grundlage für unsere politische Arbeit geschaffen wird. Politische

393 Bildung betrifft alle Themen und Bereichen in denen wir als Jusos aktiv sind. Aktuell haben wir viele Mitglie-
394 der mit einer großen Expertise in den verschiedensten Themenbereichen, davon profitieren wir als Verband.
395 Um auch zukünftig erfolgreiche politische Arbeit leisten zu können müssen wir unsere neuen Mitglieder dazu
396 befähigen und ihnen das vorhandene Wissen weitergeben und vermitteln.

397 Einer unserer wichtigsten Aufgaben im kommenden Vorstandsjahr wird es erneut sein, unserer Seminarpro-
398 gramm und unsere Angebote fortzusetzen und auszubauen. Dazu wollen wir ein klar festgelegtes Jahrespro-
399 gramm anbieten, dass es unseren Mitgliedern und Interessierten ermöglicht sich frühzeitig für die passenden
400 Seminar anzumelden. Neben der Vermittlung von Wissen an unsere Mitglieder ist und bei unserem Bildungs-
401 programm wichtig,

402 dort einen sicheren Raum für FINTA-Personen zu schaffen.

403 Dies gelingt uns, indem wir an allen Seminaren feste FINTA-Vernetzung und Männerreflexionen etablie-
404 ren.

405 Um die Qualität unserer Seminare auch für die nächsten Jahre sicherzustellen und die besten und aktuellsten
406 Methoden anzuwenden, wollen wir wieder ein Train the Trainer anbieten. Fakt ist: Das Vermitteln unseres
407 demokratisch-sozialistischem Grundverständnisses bleibt dabei

408 Priorität.

409 **JSAG**

410 Die Juso-Schüler*innen- und Auszubildendengruppe Bayern stellt eine bedeutende Vorfeldorganisation an
411 den bayerischen Schulen und Berufsschulen dar. Leider hat auch die Struktur der JSAG in den Corona-Jahren
412 innerhalb des Verbands gelitten. Wir werden daran arbeiten, die Schüler*innen und Auszubildendengruppe
413 wieder zu beleben und in all ihren Anliegen zu unterstützen. Die JSAG ist aufgrund ihrer inhaltlichen Ausgewo-
414 genheit zwischen den Interessen der Schulbildung als auch die Themen innerhalb der Berufsausbildung eine
415 unerlässliche Gruppe des Landesverbands.

416 **Hochschulgruppen**

417 Gemeinsam mit den Juso Hochschulgruppen kämpfen wir – gerade vor den Vorzeichen der
418 Hochschulreform rund um das bayerische “Hochschul-Innovations-Gesetz” – weiter für die
419 Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft. Mitsprache und demokratische Teilhabe an den Univer-
420 sitäten und Hochschulen sollen im Hochschulgesetz festgeschriebene Mindeststandards gesichert sein. Stu-
421 dierendenvertretungen sollen nicht nur juristische Personen mit Satzungs- und Budgethoheit sein, wir setzen
422 uns auch dafür ein, dass die Stimme der Studierenden insgesamt mehr
423 Gewicht – vor Ort, wie auch auf Landesebene – erhält. Auch setzen wir uns für eine Verbesserung der Qualität
424 der Lehre durch Verkleinerung der Betreuungsschlüssel ein. Dafür ist eine ausreichende Finanzierung aller
425 Hochschulen unabhängig von Drittmitteln unabdingbar.

426

427 Die Juso Hochschulgruppen unterstützen wir bei Ihrem Vorhaben, die Arbeit auf Landesebene auszubauen und
428 sich als sozialistischer, feministischer und internationalistischer Sprachkanal der bayerischen Studierenden zu
429 etablieren. Dazu soll es zum Regelfall werden, zwei Landeskoordinationstreffen im Jahr durchzuführen. Um
430 einen regen Austausch zwischen

431 Hochschulgruppen und Jusos zu gewährleisten, bauen wir darüber hinaus die Kooperation zwischen

432 HSGn und der Themenwerkstatt Bildung z.B. durch gemeinsame Seminare aus

433 Landtags- und Bezirkstagswahl

434 Wir Jusos Bayern wollen dieses Jahr nutzen um mit viel Elan das Wahljahr 2023 vorzubereiten. Mit den Leit-
435 anträgen zu Bildung, Wohnen und Mobilität legen wir den Grundpfeiler für einen eigenen Jugendwahlkampf.
436 Um auf alle Bedürfnisse und drängenden Veränderungen in Bayern einzugehen wollen wir ein eigenes Jugend-
437 wahlprogramm erarbeiten. Die Ausgestaltung des Jugendwahlprogramms wollen wir durch einen offenen und
438 partizipativen Prozess gestalten an dem alle Genoss*innen im Freistaat teilnehmen können. Das Jugendwahl-
439 programm soll in vielen Bereichen auf die Herausforderungen von Junge Menschen im Freistaat eingehen.
440 Unsere Leitthemen und das Jugendwahlprogramm bringen wir aktiv in die BayernSPD ein und gestalten dort
441 den Programmprozess mit. Um unsere Forderungen und Vorstellungen auch wirklich umsetzen zu können
442 wollen wir unsere Genoss*innen, welche Jusos sind, ermutigen und empowern für die Landtags- und Bezirks-
443 tagswahl zu kandidieren. Wir wollen sowohl eine Veränderung auf der Straße und im Diskurs bewirken als
444 auch den Landtag radikal jungsozialistisch besetzen. Dazu werden wir die Bezirke im Aufstellungsprozess der
445 Kandidierenden unterstützen.

446 BayernSPD

447 Uns Jusos Bayern und die BayernSPD verbindet ein kritisch-solidarisches Verhältnis. Daher beschränken wir
448 die Zusammenarbeit mit der Mutterpartei nicht nur auf Wahlen und die Vorbereitung dieser, sondern wir
449 wollen eine dauerhaft linke Bayern SPD. Wir schicken immer mehr Menschen in Positionen in Amt und Mandat,
450 wollen mitbestimmen und zugleich die Partei vor uns hertreiben. Dieses Ziel werden wir weiter verfolgen.
451 Wir haben im letzten Jahr, durch unsere Anstrengungen, wahrlich großes erreicht und die Bundestagswahl
452 gewonnen. Damit ist unsere Arbeit aber noch lange nicht getan. Es hat sich gezeigt, dass wir als eigenständiger
453 Verband innerhalb der SPD auch auf unsere Mutterpartei einwirken können. Wir dürfen uns jedoch nicht aus
454 Freude über einen lang ersehnten Wahlsieg von unseren Positionen abbringen lassen. Ja, wir haben aus den
455 Fehlern der Vergangenheit gelernt, aber gerade bei der anstehenden Landtagswahl bringen uns Appelle an
456 Einigkeit nicht weiter, ohne Kritik können wir uns nicht weiterentwickeln. Wir brauchen inhaltlichen Diskurs,
457 um weiterhin auf eine inhaltliche, strukturelle und personelle Erneuerung der SPD hinzuarbeiten.

458 **Bundesebene**

459 Insgesamt gestaltet sich die Arbeit auf Bundesebene als sehr herausfordernd. Wir sind mit weiterhin zwei
460 stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Fabian Kors und Theresia Stahl, gut vertreten. Wir wollen mit unseren
461 Anträgen auf Bundeskongessen sowie durch die Entsendung von Delegierten und Expert*innen in die Bundes-
462 projekte bestimmen wie die inhaltliche Ausrichtung des Verbandes aussieht. Diesen Kurs wollen wir ausbauen
463 und mit vollem Engagement im Bundesverband einbringen.

LATeitantrag

LAT Leitantrag

LAT-1 Landesvorstand Jusos Bayern	Leitantrag #bayernsiehtrot	14
--------------------------------------	----------------------------	----

LAT-1

Titel	Leitantrag #bayernsiehtrot
Antragsteller*innen	Landesvorstand Jusos Bayern
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz

Leitantrag #bayernsiehtrot

- 1 Im Herbst 2023 wird der 19. bayerische Landtag gewählt. Unsere Aufgabe als linker Richtungsverband in der
2 bayerischen Sozialdemokratie ist es, die Perspektiven junger Menschen aufzugreifen und die gesellschaftliche
3 Lage in Gänze zu verbessern.
- 4 Wir sehen die drei größten Problemstellungen und Herausforderungen unserer Zeit innerhalb Bayerns in den
5 Themen Bildung, Mobilität und Wohnen.
- 6 Für diese drei Schwerpunkte ergeben sich folgende Standortbestimmungen und Forderungen, um diese in
7 jungsozialistischer Tradition anzugehen.
- 8
- 9 **Bildung endet nie – Chancengleichheit JETZT!**
- 10 Damit das bayerische Bildungssystem seinem Bildungsauftrag vollumfänglich nachkommen kann, muss sich
11 unserer Meinung nach noch einiges ändern. Zuallererst muss Bildung für alle zugänglich sein. Deshalb fordern
12 wir die Gewährleistung einer barrierefreien Bildung. Das bedeutet für uns, dass Personen in Bildungskontex-
13 ten mit geistigen und körperlichen Beeinträchtigungen, Migrationshintergrund, sozioökonomischem Hinter-
14 grund und psychischen Problemen stärker in den Mittelpunkt gestellt und gefördert werden. Um auf alle nach
15 Bedarf eingehen zu können müssen Pädagog*innen entsprechend geschult werden.
- 16 Dazu gehört die Aufklärung und der Umgang mit Diversität, psychischer Gesundheit und Lernbeeinträchtigung-
17 en wie beispielsweise ADHS, LRS, ASS, usw. Neben der pädagogischen Ausbildung muss auch eine entspre-
18 chende Finanzierung zur Verfügung stehen. Dazu gehört die Ausstattung von Lehreinrichtungen, die Schulung
19 des
- 20 Lehrpersonals, aber auch die finanzielle Sicherheit der lernenden Personen. Um diese zu gewährleisten, sollen
21 Bildungseinrichtungen so finanziell ausgestattet werden, dass alles was im Bildungskontext angeboten wird,
22 auch von diesen finanziell getragen werden kann, um so die Chancengleichheit aller Bürger*innen zu gewähr-
23 leisten. Darunter fallen bspw. das Lehrpersonal, Lehr- und Lernmaterialien, sowie Umsetzung pädagogischer
24 Konzepte. Im Bereich der Erwachsenenbildung wird dies über ein zusätzliches Bildungsgeld ermöglicht.
- 25 Demokratisierung von Bildungseinrichtungen
- 26 Bildung muss auf alle Ebenen des gesellschaftlichen Zusammenlebens einwirken, so auch auf unsere demo-
27 kratischen Grundwerte. Aktuell ist davon aber in Bildungseinrichtungen wenig zu spüren. In kaum einem ande-
28 ren Bundesland gibt es so wenig Partizipation, Mitbestimmung und demokratische Teilhabe wie in Bayern. Ziel
29 von Bildungseinrichtungen sollte aber nicht die "Herstellung" marktconformer arbeitsbereiter Mitbürger*in-
30 nen sein, sondern die Bildung von mündigen Demokrat*innen.
- 31 Deshalb fordern wir mehr Partizipationsrechte für Personen in Aus-/ Weiterbildung, die auch gesetzlich festge-
32 halten werden müssen. Wie weit Partizipation geht, darf nicht vom Gutdünken von Lehrkräften, Dozierenden
33 o.ä. abhängen. Hier müssen auch Kompetenzen und Rechte dieser Gremien fest gesetzlich verankert werden.
34 Außerdem muss Partizipation auf allen Ebenen möglich sein, angefangen von der Bildungseinrichtung vor Ort,
35 bis hin zur überregionalen Repräsentation auf Bundesebene, beispielsweise Azubiwerke,

36 Studierendenwerke und Schüler*innenvertretungen. Demokratisches Lernen muss schon im Bildungsumfeld
37 beginnen, indem Demokratie (vor-)gelebt wird und über die Rahmenbedingungen der eigenen Bildung mitbe-
38 stimmt werden kann.

39 Akademische und berufliche Bildung gleichstellen

40 Wir fordern, dass die Gleichstellung von beruflicher und akademischer Bildung weiter vorangetrieben wird.
41 Dazu zählt neben der gleichen Gewichtung der Abschlüsse auch die Gleichbehandlung, Förderung und Unter-
42 stützung von Schüler*innen, Studis und Azubis. Wir fordern die Einführung von Azubiwerken analog zu den
43 Studierendenwerken.

44 Inklusion und Barrierefreiheit

45 Zum barrierefreien Lernen gehört auch der Nachteilsausgleich, der es ermöglicht, Personen mit psychischen,
46 und körperlichen Beeinträchtigungen oder Lernschwierigkeiten, in das Bildungssystem zu integrieren. In Bay-
47 ern sind wir weit hinterher was den Nachteilsausgleich angeht. Es gibt nicht genügend psychologische Unter-
48 stützung. Dadurch werden Personen mit dem entsprechenden Bedarf in Bildungseinrichtungen nicht ausrei-
49 chend betreut. Es mangelt an Integration und Solidarität, sowie dem Verständnis und Wissen über

50 Behinderungen, Lernschwierigkeiten und Neurodiversität. Daher fordern wir vom Freistaat mehr Solidarität
51 und Unterstützung für diese Menschen. Institutionen müssen hierbei auch die richtige Unterstützung und An-
52 laufstellen anbieten, damit Betroffene die Hilfe und Förderung erhalten, die sie benötigen. Dazu gehören auch
53 Anti-Mobbing Kampagnen, die dabei helfen sollen, Mobbing oder gar soziale Intoleranz zu verhindern und ein
54 harmonisches Miteinander zu ermöglichen. Neben Legasthenie gibt es auch andere Lernschwierigkeiten, die
55 nicht genügend angesprochen werden und keinen Nachteilsausgleich bekommen. Lernschwierigkeiten wie
56 Dyskalkulie sollten genauso anerkannt werden wie Dyslexie, AD(H)S, damit Lernende richtig gefördert werden
57 können.

58 Wir fordern:

59 • mehr Aufklärung und Weiterbildung von Pädagog*innen zu Themen wie

60 Behinderungen, Lernschwierigkeiten und Diversität;

61 • leichteren Zugang zu Hilfsmaterial und Unterstützung wie beispielsweise LeseSoftwares,

62 • Notizhilfen und Schulbegleitung;

63 Aber auch Menschen mit Migrationshintergrund und Familien mit sozioökonomischen Nachteilen müssen glei-
64 che Bildungschancen erhalten. Der sozio-ökonomische Hintergrund ist darüber entscheidend, ob sich Schü-
65 ler*innen Unterstützung leisten können, also sowohl Verpflegung, Materialien als auch individuelle Förderung.
66 Dies führt zu einer eklatanten

67 Bildungsungerechtigkeit, die wir bekämpfen wollen. Wir fordern deshalb mehr finanzielle

68 Unterstützung für alle in Ausbildung befindlichen Personen und ihre Familien, sowie für die Bildungsein-
69 richtungen selbst. Darunter fallen Lernmaterialien, Bildungsreisen und eine nahrhafte gesunde Verpfle-
70 gung.

71 Die Integration ins Schulsystem ist wichtig. Neben dem Einsatz für die Offenheit unseres Schulsystems auch
72 für Menschen mit Migrationsgeschichte wollen wir auch aktive Unterstützungsprogramme für Schüler*innen
73 und ihre Eltern entwickeln

74 Diese Integrationsprogramme sollen sich auch darum kümmern, dass benachteiligte Menschen eine Chance
75 bekommen, am gesellschaftlichen Leben mitwirken zu können. Hilfreich wäre auch die Einführung von Work-
76 shops für sogenannte "Lifeskills", die alle Schüler*innen und Studierende dabei helfen, Sachen des Alltags
77 problemlos zu bewerkstelligen. Bildung muss auch dafür da sein, jungen Menschen dabei zu helfen, sich in
78 die Gesellschaft einzugliedern und sich eine gute Lebensqualität zu schaffen.

79 **Digitales Lernen**

80 Wir brauchen eine moderne digitale Infrastruktur, die digitales Lernen heute und morgen ermöglicht und
81 gleichzeitig chancengerechtes Lernen für alle gewährleistet. Daher fordern wir:

82 • Schnelles Internet und W-LAN ausnahmslos in allen Bildungseinrichtungen – Kostenlose Versorgung
83 der Schüler*innen, Auszubildenden und Studierenden mit

84 Endgeräten

85 • Digitales Nutzungskonzept für Schulen mit Leihmöglichkeiten von Tablets für Schüler*innen

86 • Vermittlung von Medienkompetenz und Nutzung digitaler (Ausbildungs-) Technik in der

87 Ausbildung

88 • Ausbau digitaler Infrastruktur in den Betrieben, Schulen, Hochschulen und beruflichen

89 Schulen

90 • Angebot von Onlinevorlesungen und Aufzeichnung an Hochschulen

91 • Ausstattung der Schüler*innen, Azubis und Studierenden mit der notwendigen Software – Die digitale
92 Verwaltung an Hochschulen einführen

93 **Frühkindliche Bildung**

94 Arbeitende Eltern und solche, die wieder in ihren Beruf einsteigen wollen, stehen noch immer vor dem Pro-
95 blem, dass noch immer nicht für jedes Kind in Bayern ein Kita- oder Krippenplatz zur Verfügung steht. Deshalb
96 fordern wir einen umfassenden Ausbau der Kita- und Krippenplätze, verbunden mit der personellen Aufsto-
97 ckung bestehender und geplanter

98 Einrichtungen. Wie in so vielen Teilen der Bildungssystems müssen wir auch bei den

99 Jüngsten einem eklatanten Personalmangel entgegenblicken. Die chronische strukturelle Unterfinanzierung
100 von Berufen in Bildungskontexten ist auch hier der Grund für fehlendes pädagogisch qualifiziertes Personal,
101 diese Lücke kann auch nicht einfach durch

102 Quereinsteiger*innen geschlossen werden. Um die Situation zu entschärfen, fordern wir eine bessere Be-
103 zahlung, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die sich durch die CoronaPandemie nochmals verschärft
104 haben und die vollständige Übernahme der Kita- und

105 Krippengebühren durch den Freistaat, um allen den gleichen Zugang zu frühkindlicher

106 Bildung zu ermöglichen. Außerdem fordern wir weiterhin einen kostenlosen Schwimmunterricht ab dem zwei-
107 ten Kindergartenjahr, da dieser besonders stark vom sozioökonomischen Hintergrund abhängig ist. Dazu ge-
108 hört auch ein Ausbau- und Sanierungsprogramm für öffentliche Schwimmbäder.

109 **Schulische Bildung**

110 **Lehrer*innen – Offensive**

111 Im Zuge der Neuerungen im Schulsystem ist es unabdingbar, eine fundierte Ausbildung der Lehrer*innen
112 ebenso mitzudenken. Viel zu lange wurden medienwirksame Änderungen propagiert und die tatsächlichen
113 Belastungen ohne Vorbereitung auf das Schulpersonal abgewälzt. Deshalb fordern wir für die Lehramtsaus-
114 bildung eine grundlegende Änderung und Anpassung an das System der Solidarischen Gemeinschaftsschu-
115 le.

116 Um eine inklusive Gleichbehandlung der heterogenen und vielfältigen Personenkreise zu gewährleisten, muss
117 eine fundierte Kenntnis über Diversität und verschiedenste Kulturen geschaffen werden. Nur durch derartige
118 interkulturelle Kompetenzen können angehende Lehrkräfte diese Grundlagen an die Schüler*innen, sowie in
119 der frühkindlichen Bildung vermitteln.

120 Aus diesen Gründen fordern wir die Einführung eines dem Bologna-Prozess adäquaten

121 Lehramtsstudienganges, bei dem die frühzeitige Entscheidung für einen bestimmten Schultypus entfallen
122 muss. Hierfür werden im ersten Schritt die Lehrer*innenausbildung zusammengelegt, um eine ganzheitliche
123 Ausbildung und ein pädagogisches Fundament zu schaffen. Bis zur Einführung der Solidarischen Gemein-
124 schaftsschule kann somit mehr Flexibilität innerhalb der Lehrer*innenbildung entstehen und auf aktuellen
125 Bedarf durch die

126 Studierenden selbst reagiert werden. Neben der Abschaffung von Zugangsbeschränkungen

127 (NC) muss zwingend das Angebot der Studienplätze ausgebaut und mit der nötigen Finanzierung versehen
128 werden. Ebenso ist es zwingend erforderlich, die Vergütung der aktuell noch unterschiedlichen Schultypen auf
129 ein gemeinsames Level anzuheben (A13 für alle Lehrkräfte, Anpassung der Vergütung der Fachlehrer*innen).
130 Ferner muss schnellstmöglich ein Schub der Medien- und Digitalkompetenz innerhalb der

131 Lehrer*innenausbildung integriert werden, so dass dies zu einer grundlegenden Vermittlung auch innerhalb
132 der Schule stattfinden kann.

133 Anschließend an diese schnell umzusetzenden Maßnahmen soll ein neues, zweistufiges System eingeführt
134 werden. Dieses modularisierte Studienmodell besteht aus einer zweistufigen Lehramtsausbildung, welche mit
135 einer Regelstudienzeit von sechs Semestern mit dem Bachelor of Education abgeschlossen wird, worin neben
136 den fachbezogenen Studienanteilen ein Schwerpunkt auf die pädagogischen, psychologischen und didakti-
137 schen

138 Aspekte gelegt wird. Daran anschließend folgt ein an den Bachelor gekoppelter

139 Masterstudiengang (Master of Education), welcher in vier Semestern den Schwerpunkt auf fachbezogene Stu-
140 dieninhalte legen lässt. Nach diesen zehn Semestern erfolgt die Zulassung

141 der Studierenden als Lehrkräfte an der Solidarischen Gemeinschaftsschule. Das Staatsexamen wird abge-
142 schafft. Um einen höheren Realitäts- und Praxisbezug des Lehramtsstudiums zu gewährleisten sind Praxisse-
143 mester ein integraler Bestandteil dieser notwendigen Reform. Wir fordern diese im Umfang von drei Semes-
144 tern, welche einer adäquaten Bezahlung und ausreichenden Lehrbefähigungen unter professioneller Leitung
145 zu Grunde liegen muss.

146 Um den akuten Lehrer*innenmangel, sowie den allgemeinen Mangel an pädagogischem Fachpersonal kurz-
147 und mittelfristig abzufedern, fordern wir darüber hinaus die Schaffung von pädagogischen Ausbildungen und
148 Weiterbildungen, um geschultes Personal an allen bayerischen Bildungsinstitutionen bereitzustellen. Hierbei
149 werden Interessierte in grundlegenden, pädagogischen Methoden und Sachlagen unterrichtet und ausgebil-
150 det. Die 1-2-jährige Ausbildung/Schulung mündet in einer Anstellung im Beamt*innenverhältnis, um eine gesi-
151 cherte Motivation und personelle Absicherung an Bildungseinrichtungen sicherzustellen. Dies macht die Ein-
152 stellung von pädagogisch nicht ausreichend unterwiesenen Personen an Schulen und anderen Institutionen
153 hinfällig.

154 **Das System der Solidarischen Gemeinschaftsschule**

155 Wir fordern die Vereinigung aller Schulformen in einem System der solidarischen

156 Gemeinschaftsschule, mit dem Ziel, an einer Schule alle derzeitigen Abschlüsse erlangen zu können. Dabei
157 umfasst die schulische Laufbahn an der Gemeinschaftsschule mindestens 10 Jahre, mit der Option einer drei-
158 jährigen Oberstufe mit dem Erwerb der allgemeinen Hochschulreife. Der Übertritt an weiterführende Schulen
159 soll kurzfristig erst nach 6 Jahren erfolgen und langfristig komplett abgeschafft werden. Darüber hinaus soll
160 an der weiterführenden Schule das Interesse und die Stärken der Schüler*innen im Vordergrund stehen. In
161 den Modulen enthalten sind unter anderem auch die Vermittlung von alltägliche Kompetenzen zur Vorberei-
162 tung auf das Erwachsenenleben mit Schwerpunkten auf Gesundheit, Resilienz und Fähigkeiten den Alltag zu
163 meistern.

164 Ebenfalls braucht es gezielte Förderungen, wie z.B. die Schaffung von kostenfreien international anerkannte
165 Sprachprüfungen. Zusätzlich fordern wir das Aufbrechen der Schulfächer und ein Fächersystem nach dem
166 Vorbild des finnischen Modells, mit der Möglichkeit Zu- und Abwahl. Von Beginn an soll das religiöse Zusam-
167 menleben in unserer Gesellschaft gelernt werden, deshalb fordern wir für alle einen gemeinsamen Ethikunter-

168 richt. Dieser soll nach Religionswissenschaftlichen und Philosophisch-Ethischen Maßstäben gestaltet werden.
169 Durch eine erhöhte Flexibilisierung, beispielsweise durch ein modulares System, können Schüler*innen gezielt
170 gefördert werden. Dabei arbeiten die

171 Gemeinschaftsschulen mit regionalen Vereinen, wie z.B. mit Sport- und Musikvereinen zusammen, um einen
172 kostenlosen Zugang zu Sportgeräten und Instrumenten zu gewährleisten. Außerdem soll die Gemeinschafts-
173 schule wie auch andere Schularten einem gebundenen Ganztagsystem entsprechen mit den einhergehenden
174 Forderungen nach kostenloser und guter Verpflegung und der Abschaffung von Hausaufgaben, um die zuneh-
175 mende Ungleichheit nicht in einen ungleichen privaten Raum zu befördern. Selbstverständlich soll auch die
176 Gemeinschaftsschule eine demokratische Schule sein und nach derartigen Kriterien entsprechend gestaltet
177 werden.

178 **Schulausstattung**

179 Um gute Bildung für alle Schüler*innen zu ermöglichen muss auch bei der Ausstattung der Schulen selbst
180 angesetzt werden. Ein generelles Handyverbot an Schulen erscheint uns nicht mehr zeitgemäß. Es soll in der
181 Verantwortung der jeweiligen Lehrkraft liegen, wie weit Handynutzung im Klassenzimmer zulässig ist.

182 **Lehrmaterial**

183 Lernmaterial und Lehrmittel müssen für alle zugänglich kostenlos in den Schulen vorhanden sein. Das schließt
184 explizit Schreibwaren wie Blöcke, Stifte, Lineale etc. und weitere schulische Hilfsmittel wie Taschenrechner
185 mit ein. Schulbücher müssen in analoger und digitaler Form ausreichend vorhanden sein. Die verwendete
186 Software soll bayernweit vereinheitlicht und durch Lizenzen für den ganzen Freistaat gedeckt sein.

187 **Versorgung**

188 Ebenfalls dient es der Gleichstellung aller Schüler*innen, wenn sie in der Schule grundsätzlich ein kostenfreies,
189 warmes und vollwertiges Mittagessen einnehmen können.

190 Neben dem leiblichen muss auch das seelische Wohl der Schüler*innen gewährleistet werden. Schulpsycho-
191 logische Betreuung ist hierzu der Schlüssel. Diese kann nicht allein von den Lehrkräften geleistet werden.
192 Daher müssen neue Stellen für Schulpsycholog*innen und Sozialarbeiter*innen geschaffen werden, um eine
193 flächendeckende Betreuung sicher zu stellen. Zunächst muss angestrebt werden, dass es mindestens eine*n
194 Schulpsycholog*in und eine*n Sozialarbeiter*in pro Schule gibt. Alle Mittel, die für einen inklusiven und bar-
195 rrierefreien Unterricht notwendig sind, müssen zur Verfügung stehen (z. B. pädagogische Schulbegleitung für
196 ADHS).

197 Auch außerschulische Lernorte spielen bei der Bildung eine Rolle. Klassen-, Studien- und Spracherwerbsreisen
198 sollen für alle Schüler*innen möglich sein und dürfen nicht an finanziellen Hürden scheitern. Daher muss eine
199 volle Kostenerstattung möglich sein.

200 **Lernorte**

201 Nur in einer angemessenen Umgebung kann Bildung gelingen! Bestehende Schulen befinden sich momentan
202 teilweise in einem katastrophalen Zustand. Es müssen Sofortmaßnahmen zur Sanierung der bestehenden
203 Schulgebäude getroffen werden, um einen gesunden und angenehmen Aufenthalt in den Lernorten sicher
204 zu stellen. Während der Sanierungsmaßnahmen darf eine Auslagerung in Container nur provisorisch bleiben.
205 Die Auslagerung ist auf maximal fünf Jahr zu begrenzen.

206 Bei Schulneubauten müssen moderne, zukunftsfähige Konzepte erarbeitet und angewandt werden. Diese
207 Schulkonzepte betreffen Nachhaltigkeit, pädagogische Raumkonzepte und eine Orientierung an den Bedürf-
208 nissen von Schüler*innen.

209 Eine Schule ist nur dann solidarisch, wenn sie auch demokratisch ist

210 Die solidarische Schule kann nur als demokratische Schule gedacht werden. Formen der Mitbestimmung müs-
211 sen in der demokratischen Gesellschaft so früh wie möglich aktiv gelebt werden, um mündige und selbststän-
212 dige Bürger*innen zu prägen, die sich ihrer Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten bewusst sind. Die Schule
213 muss der Ort dieser Prägung sein. Das Schulwesen muss in allen Bereichen demokratisiert werden, im Sin-
214 ne echter Mitbestimmung statt Scheinbeteiligung. In einer Demokratischen Schule wird das Zusammenleben
215 von allen Beteiligten gemeinsam organisiert. Das erfordert die Gleichberechtigung von Schüler*innen und
216 Lehrer*innen in paritätisch besetzten Gremien. Die Schüler*innen brauchen auch Raum, Zeit und Unterstüt-
217 zung, um eine eigene Selbstverwaltung aufbauen zu können. Partizipative und eigenverantwortliche Projekte
218 müssen finanziell realisierbar gemacht werden. Zugleich

219 muss der Politikunterricht einen höheren Stellenwert haben, der auch in erhöhter Wochenstundenzahl wider-
220 gespiegelt wird.

221 Mit den Schulnoten fällt ein weiteres antiquiertes Element des Schulsystems

222 Noten spielen aktuell in der Schule eine zentrale Rolle. Mit Hilfe der Noten sollen Kinder extrinsisch motiviert
223 werden, was nach aktuellen wissenschaftlichen Auffassungen langfristig nicht erfolversprechend ist. Dabei
224 spiegeln Noten jedoch vor allem den aktuellen familiären und sozialen Zustand anhand ausgewählter Krite-
225 rien wider. So wird jedes Kind mit seinen unterschiedlichen Facetten nach den gleichen Prinzipien beurteilt.
226 Auch zeigen Noten die aktuellen Probleme und Defizite eines Kindes auf, ohne sie zu beheben, im Gegenteil,
227 schlechte Noten führen bis hin zur Demotivation. Wir fordern deshalb die Abschaffung von Noten und die
228 Einführung konstruktiven und persönlichen Coachings. Hier muss auch bei

229 Lehrkräften der Wandel hin zu einer Feedback-Kultur geschult werden. Wichtig ist, dass die Schüler*innen
230 keine Nachteile gegenüber Schüler*innen aus anderen Bundesländern haben.

231 Ausbildung

232 Wir fordern außerdem, dass Ausbildungen stark aufgewertet werden und so der Bildung an Hochschulen
233 gleichgestellt werden. Um dies zu erreichen, müssen verschiedene Maßnahmen ergriffen und umgesetzt wer-
234 den.

235 Integration in Berufsschulen und Ausbildung:

236 Auszubildende müssen durch die Schaffung mehrsprachiger Ausbildungsangebote und kostenlosen Sprachkur-
237 sen unterstützt werden. Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse muss beschleunigt werden und kostenlos
238 erfolgen. Nach Ausbildungsplatzwechsel und Ausbildungsabbrüchen dürfen Geflüchtete nicht abgeschoben
239 werden, eine Integration muss weiter ermöglicht werden.

240 Außerdem muss der gesicherte Aufenthaltsstatus bis zum Abschluss einer Berufsausbildung und anschließen-
241 der mindestens dreijähriger Berufsausübung unabhängig vom Lebensalter gewährleistet werden. Wir fordern
242 ein Recht auf Zugang zu Fördermaßnahmen des Landes

243 Bayern (assistierte Ausbildung, ausbildungsbegleitende Hilfen usw.) und die Unterbringung Geflüchteter in
244 Azubi- und Studierendenwohnheimen bei entsprechend ausgebauten Wohnheimplätzen, mit Fördermitteln
245 des Landes.

246 Bessere Absicherung und finanzielle Unterstützung:

247 Wir fordern außerdem eine Verbesserung der sozialen Sicherungen für Azubis, einschließlich der vollzeitschu-
248 lischen Berufe durch Maßnahmen des Landes

249 (entbürokratisierter Zugang, Berufsausbildungsbeihilfe usw.). Auszubildende müssen auch in Bezug auf Fahrt-
250 kosten und Wohnen entlastet werden, indem der ausbildende Betrieb die Fahrt-, Unterbringungs- und Wohn-
251 kosten übernimmt.

252 Berufsschulen:

253 Um die Qualität der berufsschulischen Bildung zu steigern, müssen zunächst auch die Arbeitsbedingungen der
254 Lehrkräfte verbessert werden, wir setzen uns ein für mehr Sicherheit für Lehrkräfte, gleiche Vergütung für glei-
255 che Arbeit, Abbau befristeter und prekärer Stellen an beruflichen Schulen. Es müssen Qualifizierungsangebo-
256 te an beruflichen Schulen und Hochschulen geschaffen werden, um Lehrkräfte auf den aktuellen technischen
257 und wissenschaftlichen Stand zu halten. Auch die personelle Ausstattung an beruflichen Schulen ist zu ver-
258 bessern, durch multiprofessionelle Teams, auch um die inklusive Berufsausbildung zu unterstützen. Auch in
259 diesem Bereich ist eine absolute und unmittelbare Lehr- und Lernmittelfreiheit für dual und vollzeitschulische
260 Auszubildende durchzusetzen. Daneben müssen die Auszubildenden durch die Verbesserung der sachlichen
261 Ausstattung einschließlich der Bereitstellung eines (digitalen) Arbeitsplatzes gefördert werden.

262 **Ausbildendes Personal:**

263 Der Betreuungsschlüssel von mindestens 1:8 für hauptberufliches Ausbildungspersonal ist für ein individuelles
264 Lernen unabdingbar, im ersten Schritt lässt sich dies am schnellsten innerhalb der Zuständigkeiten von Frei-
265 staat und Kommunen umsetzen. Wir sind aus auch bewusst, dass Bildung nicht mit dem Ende der Ausbildung
266 beendet ist, deshalb wollen wir ein gesetzliches Recht auf Weiterbildung für Ausbildungspersonal unabhängig
267 von der Forderung nach Bildungsurlaub und kostenneutral gesetzlich verankern. Hierzu wollen wir auch einen
268 Bildungsurlaub einführen (10 Tage auf zwei Jahre).

269 **Duale Student*innen:**

270 Auch im Bereich des dualen Studiums muss die Ausbildung beispielsweise durch

271 Hochschulübergreifenden Standards für dual Studierende aufgewertet werden. Studierende müssen auch in
272 diesem Bereich finanziell entlastet werden, indem sie einen Rechtsanspruch auf Kostenübernahmen (Fahrt,
273 Studiengebühren und Unterbringung) durch ihr Arbeitgeber*innen erhalten. Eine Rückzahlungsklauseln ist
274 gesetzlich zu verbieten.

275 **Hochschulen**

276 **Aufgaben der Hochschulen und Grundlagen der Hochschulbildung**

277 Lehre und Forschung sind und bleiben mit uns Hauptaufgaben der bayerischen

278 Hochschulen. Einer kapitalistischen Verwertungsorientierung, wie sie sich gerade durch die Entwürfe der der-
279 zeitigen Landesregierung zur Hochschulreform zieht, aber auch schon ohne diese fehlgeleitete Reform zu weit
280 in der bayerischen Hochschullandschaft etabliert ist, erteilen wir eine klare Absage. Der Wissenstransfer von
281 den Hochschulen in Gesellschaft und Wirtschaft ist zwar zu fördern, darf aber nicht zur Grundvoraussetzung
282 für die Arbeit der Hochschulen erhoben werden. Vielmehr sollten aktuelle Forschungsergebnisse der

283 Öffentlichkeit kostenlos zugänglich sein. Für uns gilt grundlegend, dass Ergebnisse öffentlich finanzierter For-
284 schung auch öffentlich zugänglich sein und gleichzeitig Hochschulen in öffentlicher Trägerschaft auch unab-
285 hängig von Drittmitteln arbeitsfähig und angemessen ausgestattet sein müssen.

286 Diese Unabhängigkeit von Drittmitteln bedeutet nicht weniger als die Freiheit der Forschung von äußerer Ein-
287 flussnahme. Anstatt an wirtschaftlichen Maßstäben soll die Arbeit der Hochschulen an ethischen Kriterien,
288 gesellschaftlicher Verantwortung und Nachhaltigkeit orientiert sein und in demokratischen Strukturen unter
289 paritätischer Repräsentation aller betroffener Statusgruppen, organisiert werden. In diesem Kontext beken-
290 nen wir uns zur Zivilklausel im Sinne einer Friedens-orientierten Forschung. Gerade der Hintergrund der Rolle
291 der Hochschulen und Universitäten in der menschenverachtenden NS-Diktatur bedeutet eine ganz besondere
292 ethische Verantwortung den Forschungsstandort Deutschland.

293 **Demokratisierung und Partizipation**

294 Wir setzen uns für eine konsequente Demokratisierung der Hochschulen ein. Jede

295 Statusgruppe soll dabei über eine eigene Interessenvertretung verfügen, deren Aufgaben,

296 Kompetenzen und Befugnisse gesetzlich festzuschreiben sind. Insbesondere die Wiedereinführung der Ver-
297 fassten Studierendenschaft in Bayern ist als Maßnahme für eine vernünftige demokratische Teilhabe der Stu-
298 dierenden in den einzelnen Hochschulen wie auch auf Landesebene lange überfällig.

299 In den Statusgruppen-übergreifenden Hochschulgremien wollen wir eine viertel-paritätische Repräsentation
300 der Statusgruppen nach Thüringer Vorbild unter Wahrung verfassungsrechtlicher Vorgaben durchsetzen. Die-
301 se und alle Gremien sollen auch hinsichtlich des Geschlechts paritätisch besetzt werden.

302 **Hochschulfinanzierung**

303 Damit Hochschulen ihren Aufgaben in Forschung und Lehre vollumfänglich erfüllen können, benötigen sie eine
304 ausreichende und dauerhafte Finanzierung durch den Freistaat Bayern. Diese muss den Hochschule einerseits
305 Planungssicherheit durch die langfristige Anlegung als auch finanzielle Unabhängigkeit von Drittmittelprojek-
306 ten, und damit von wirtschaftlichen Interessen, durch ihre Höhe gewährleisten können.

307 Diese Aufgabe kann der Freistaat Bayern nicht alleine leisten. Deshalb fordern wir die längst überfällige voll-
308 ständige Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern.

309 **Hochschulzugang**

310 Der Zugang zu Hochschulen ermöglicht den Bildungsaufstieg. Dafür müssen vorhandene Hürden für Studie-
311 rende aus Arbeiter*innenfamilien als auch für EU-Staatsbürger*innen abgebaut werden. Deshalb fordern wir
312 internationale Standards für den Zugang an eine Hochschule auch in Bayern anzuerkennen. Zudem fordern
313 wir Zulassungsbeschränkungen für Studiengänge abzuschaffen.

314 **Arbeitsplatz Hochschule**

315 Nicht erst seit #IchBinHanna sind die Probleme prekärer Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen weit be-
316 kannt. Seit Jahren kämpfen Beschäftigte und Gewerkschaften gegen den Kahlschlag des akademischen Mittel-
317 baus, gegen Kettenbefristungen und ausbeuterische Pseudo-Teilzeit-Stellen. Was bisher fehlt, ist der politische
318 Wille, diese

319 Probleme anzugehen. Wir wollen die Probleme angehen, indem wir Daueraufgaben in Forschung und Leh-
320 re auch mit Dauerstellen versehen, Höchstbefristungsdauern abschaffen und sachgrundloser Befristung ab-
321 schaffen. Zudem fordern wir auch für studentische Hilfskräfte nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) mit
322 vertraglich festgeschriebenen Urlaubsansprüchen und Wochenarbeitszeiten. Zudem muss dem Trend der
323 Kurzzeitverträge auch hier Einhalt geboten werden. Deshalb setzen wir uns für Mindestvertragslaufzeiten für
324 Arbeitsverträge von studentischen Beschäftigten ein.

325 Für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen wir eine juristische Grundlage für ein Arbeitneh-
326 mer*innenrecht auf Tele-Arbeit.

327 Die demokratische Partizipation der Angestellten an den Hochschulen stärken wir durch eine Personalvertre-
328 tung nach Vorbild des Betriebsverfassungsgesetzes, damit geht insbesondere ein Freistellungsanspruch für in
329 der Interessensvertretung beschäftigte Personen einher.

330 **Hochschulbetrieb**

331 Übergeordnetes Ziel wissenschaftlicher Lehre muss die Vermittlung von wissenschaftlichen Standards sein.
332 Die Universitäten müssen dafür Sorge tragen, dass diese sowohl in Lehre als auch Forschung eingehalten
333 werden. Eine Hochschulübergreifende Qualitätssicherung der Lehre kann dazu beitragen, dass Standards ein-
334 gehalten werden und Studiengänge vergleichbar sind. Für die eine Vernachlässigung der Lehre seitens der
335 Universität fordern wir Handlungen von Seiten der Landesregierung (z.B. Sanktionen). Zudem fordern wir die
336 richtigen Schlussfolgerungen aus zwei Jahren Pandemie zu ziehen.

337 Für die Qualitätssicherung der Lehre sollen die Verantwortlichen sinnvolle didaktische
 338 Konzepte entwickeln, die das klassische Vorlesungskonzept aufbrechen. Wie etwa eine Orientierung hin zu
 339 Seminaren mit kleinerer Teilnehmer*innenanzahl, regelmäßigen Übungs- und Fragestunden, Transparenz bei
 340 Prüfungsablauf und -bewertung,
 341 Hochschulübergreifende Evaluationen von LV. Der dadurch entstehende zusätzliche Workload für Hochschul-
 342 lehrer*innen muss in der Lehrverpflichtungserklärung einkalkuliert werden dürfen.

343 **Feminismus, Chancengleichheit und Vielfalt**

344 Wir kämpfen gegen jegliche Art der Ausgrenzung und Diskriminierung. Ungleichbehandlung darf nicht nur
 345 ein Thema der benachteiligten Gruppe sein, sondern muss als gesamtgesellschaftliches Problem begriffen
 346 werden. Chancengleiche Bildung ohne Beeinflussung durch Geschlecht, Gender, Herkunft, Beeinträchtigung
 347 oder finanziellen Hintergrund ist für uns ein Grundrecht.

348 Lange gewachsene und manifestierte patriarchale Strukturen durchbrechen wir durch einen Kanon aus kon-
 349 sequentem Empowerment auf der einen Seite und festen Quotenregelungen auf der anderen Seite. Feminis-
 350 tische Hochschulpolitik braucht Konkretes Handeln und mehr als bloße Lippenbekenntnisse und Allgemein-
 351 plätze. Wir fordern daher:

- 352 • Der Ausbau der Kompetenzen der Frauenbeauftragten in den Hochschulgremien – Vetorecht?
- 353 • Gleichberechtigte Repräsentation aller Geschlechter bei Einstellung und Berufungen in allen akademi-
 354 schen Karrierestufen
- 355 • Verbindliche Zielvereinbarungen, die in regelmäßigen Abständen durch die Hochschulgremien festge-
 356 legt und überprüft werden
- 357 • Schutz vor sexualisierter Gewalt durch konsequente Aufklärungs- und Präventionsarbeit, die Etablie-
 358 rung niederschwellig erreichbarer Meldestellen und Schaffung von safer-spaces
- 359 •

360 Wir kämpfen gegen gesellschaftlich geschaffene (binäre) Geschlechterstereotype und veraltete Rollenbilder.
 361 Kein Studiengang und kein Forschungszweig, egal ob im MINTBereich, Lehramtsstudium, Land- und Forst-
 362 wirtschaft oder in der Ökonomik, sollte Geschlechter-spezifisch beworben oder ausgerichtet sein. Bestehende
 363 Stereotype sollen durch offensive Aufklärungsarbeit bekämpft und durchbrochen werden.

364 **Chancengleichheit internationalistisch**

365 Wissen kennt keine Grenzen. In diesem Sinne befürworten wir für einen Ausbau internationaler Hochschul-
 366 Partnerschaften und stärken Austausch-Förder-Programme wie ERASMUS, denn kultureller Austausch und
 367 wissenschaftliche Zusammenarbeit über Staatsgrenzen hinweg fördern den Internationalen Zusammenhalt
 368 und baut Ressentiments ab.

369 **Versorgung in allen Bereichen**

370 Die Bewirtschaftung der Uni-Mensen soll nachhaltiger und sozialer ausgerichtet werden. Studierende sollen
 371 Anspruch auf eine warme Mahlzeit täglich erhalten, die Verwendung regionaler, nachhaltiger Ressourcen wol-
 372 len wir durch gezielte Förderung als Norm etablieren.

373 Die psychologischen Beratungsstellen der Studierendenwerke stießen während der Pandemie vielerorts an
 374 die Grenzen ihrer Kapazität, doch gerade in Krisenzeiten ist die Betreuung durch psychologisch geschultes
 375 Personal immens wichtig. Hier braucht es dauerhaft mehr Stellen, damit auch in Krisenzeiten die Wartezeiten
 376 minimal gehalten werden können, sowie die damit einhergehend notwendigen technischen und räumlichen
 377 Voraussetzungen. Hürden, psychologische Beratung oder auch Behandlung in Anspruch zu nehmen, wollen
 378 wir abbauen. Das bedeutet insbesondere, dass die Inanspruchnahme psychologischer Hilfe kein Ausschluss-
 379 kriterium für die Verbeamtung von Lehrkräften sein darf.

380 Inklusion

381 Wir fordern die Barrierefreiheit aller Gebäude einer Hochschule durch stufenlose Zugänge, Arbeitsplätze für
382 Menschen mit Behinderungen in Bibliotheken, Büros und Laboren als auch Leitsystemen für Menschen mit
383 Seheinschränkungen. Hierfür sollen die Hochschulen ihre Räumlichkeiten auf möglich Barrieren prüfen und
384 diese – wenn nötig mit baulichen Maßnahmen – beheben.

385 Neben baulichen Maßnahmen fordern wir, dass Inklusion auch in der Lehre und Forschung der Universitäten
386 umgesetzt wird. Lehrende sollen ihre Veranstaltungen barrierefrei gestalten, um allen Studierenden die Teil-
387 nahme an ihren LV zu ermöglichen. Abteilungs- und Institutsleitungen entwickeln Richtlinien für eine inklusives
388 Arbeitsumfeld.

389 Für die Unterstützung bei der Umsetzung von inklusivem Lernen und Forschen müssen allen Mitgliedern der
390 Hochschulen Workshops und Seminare zum Thema "Inklusion" angeboten werden. Zusätzlich sollen Stellen
391 für "Inklusionsbeauftragte" geschaffen werden, die diesen Prozess begleiten und unterstützen sollen.

392 Erwachsenenbildung**393 Bildungsgeld**

394 Ein (unabhängiges) Bildungsgeld garantiert jeder sich in Aus-/Weiterbildung befindlichen Person finanziel-
395 le Sicherheit, die keine Kindergrundsicherung erhält. Dies ermöglicht sorgenfreies lebenslanges Lernen und
396 (Weiter-)Bilden. Gerade in Zeiten von branchenübergreifendem Fachkräftemangel und dem immer flexibler
397 werdenden Arbeitsmarkt wird ein Instrument benötigt, das den Menschen hilft, sich den neuen Herausforde-
398 rungen zu stellen und anzupassen.

399 Das Bildungsgeld ist modular aufgebaut und soll aus drei Kategorien bestehen:

- 400 • Lebensunterhalt (Miete, abwechslungsreiche und gesunde Ernährung, Mobilität, etc.)
- 401 • Bildungsausgaben (Studiengebühren, Kosten für Lernmaterialien, etc.)
- 402 • Soziale und Kulturelle Teilhabe (Besuch von Kino, Theater, Bars, Urlaube, etc.)

403 Es soll ausreichen, um Lehrmaterialien zu beschaffen und darüber hinaus auch den Lebensunterhalt zu be-
404 streiten. Darunter fallen nicht nur Miete, gesunde Lebensmittel, etc. sondern auch die soziale und kulturelle
405 Teilhabe, Urlaube, usw.

406 Das Bildungsgeld ist nicht abhängig vom eigenen Vermögen, dem Vermögen und Einkommen der Eltern, Ehe-
407 gatten/Partner*innen oder Geschwistern.

408 Der Antrag ist unkompliziert und unbürokratisch, wodurch eine schnelle Auszahlung an den*die Antragstel-
409 ler*in gewährleistet wird.

410 Im Mittelpunkt steht das Lernen. Dennoch soll ein finanzieller Zuverdienst nicht sanktioniert werden.

411 Darüber hinaus sollen einmalige kostenintensive Anschaffungen (z.B. Laptops / Tablets) durch ein jährliches
412 Budget unterstützt werden.

413 Außerschulische Bildung

414 Als Jungsozialist*innen ist uns die umfassende und ganzheitliche Bildung ein unfassbar wichtiges Anliegen.
415 Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, dass in Bayern Jugendarbeit als eine unverzichtbare Säule vor
416 allem auch für jugendgerechte Kommunen gesehen wird. Denn die Angebote der Jugendarbeit von der Grup-
417 penstunde, über Festivals und Freizeiten bis hin zu Seminaren und internationalen Begegnungen sind wesent-
418 liche und unfassbar wichtige Bestandteile des Freizeit- und Bildungsangebots für junge Menschen. Aus diesem
419 Grund fordern wir:

- 420 • Förderung des ehrenamtlichen Engagements weiter ausbauen

421 Jugendarbeit ist ohne das ehrenamtliche Engagement von Jugendleiter*innen undenkbar.

422 Aus diesem Grund müssen auch in Bayern die Rahmenbedingungen und

423 Entfaltungsmöglichkeiten umfassend sichergestellt und ausgebaut werden. Gerade das Jugendarbeitsfreistel-
424 lungsgesetz mit seinen starren, engen Grenzen sollte deutlich flexibler ausgestaltet werden.

425 • Gesamtverantwortung wahrnehmen

426 Die Kommunen müssen ihre Gesamtverantwortung für die Jugendarbeit wahrnehmen, freie Träger der Ju-
427 gendarbeit (Jugendverbände, Jugendinitiativen und -ringe) stärker unterstützen, beraten und begleiten sowie
428 das Subsidiaritätsprinzip achten. Doch dabei sollte es Aufgabe des Landes sein deutlich mehr Mittel für die
429 Jugendarbeit vor Ort in den Kommunen zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört auch eine angemessene ju-
430 gendarbeitsgerechte personelle Ausstattung.

431 • Kontinuierliche und verlässliche Förderung der Jugendverbände und – initiativen sicherstellen

432 Die Jugendverbände und -initiativen sowie die anderen Träger der Jugendhilfe leisten einen maßgeblichen
433 Beitrag zu einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft und sind ein wichtiger Partner bei der Sozialisati-
434 on junger Menschen. Die bedarfsgerechte Förderung der Jugendarbeit ist für Kommunen und das Land eine
435 pflichtige Aufgabe, für die ein angemessener Teil des Jugendhilfeeats verwendet werden muss.

436 Förderrichtlinien und Anträge sind in leichter Sprache zu verfassen und müssen leicht zugänglich sein, um auch
437 Jugendinitiativen, z.B. Jugendgruppen von jungen Menschen mit Migrationsgeschichte, einen leichten Zugang
438 zur Förderung zu ermöglichen. Die Förderung einzelner Projekte der Jugendarbeit muss kurzfristig und ohne
439 die vorherige Anerkennung als Träger der Jugendhilfe möglich sein.

440 Bei Kooperationen zwischen Jugendverbänden und Ganztagschulen müssen die Schulen eine ausreichen-
441 de Finanzierung außerunterrichtlicher Bildungsangebote zur Verfügung stellen. Dies darf nicht zu Lasten der
442 Förderung außerschulischer Jugendarbeit gehen. – Integrations- und Inklusionskraft der Jugendarbeit för-
443 dern

444 Die Startchancen junger Menschen dürfen nicht von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängig sein.
445 Daher ist es notwendig, dass die Kommunen ihre Anstrengungen verstärken, dass alle jungen Menschen
446 die Chance zur gesellschaftlichen Teilhabe bekommen. Auch bei jungen Geflüchteten kann die Jugendarbeit
447 dazu einen wesentlichen Beitrag leisten, wenn dafür die notwendige Unterstützung seitens der Kommunen
448 zur

449 Verfügung gestellt wird. Dies kann durch zusätzliche Zuschüsse für Ferienfreizeiten und Seminare der Jugend-
450 arbeit, durch eine Übernahme der Mitgliedschaftsgebühren in Vereinen oder durch andere Unterstützungs-
451 leistungen geschehen.

452 – Partizipation von jungen Menschen in außerschulischen Bereichen fördern

453 Durch einen gemeinsam mit den Jugendverbänden entwickelten Jugendcheck müssen bei allen Vorhaben des
454 Landes die Auswirkungen auf junge Menschen überprüft werden. Sofern eine besondere Relevanz der Vorha-
455 ben für Jugendliche gegeben ist, muss eine verbindliche Beteiligung junger Menschen unter Einbeziehung der
456 Jugendverbände gesetzlich geregelt werden. Träger, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen gegen-
457 über der Landespolitik vertreten, müssen vermehrt angehört und deren Mitsprache- und Entscheidungsmög-
458 lichkeiten müssen ausgebaut werden.

459 Neben der Jugendverbandsarbeit gibt es allerdings noch viele weitere Möglichkeiten der

460 Förderung von Bildung außerhalb des formalen Systems. Zum Beispiel können Schüler*innenlabore in den
461 Universitäten zusätzliche Lernangebote für Schüler*innen darstellen, die den Unterrichtsstoff vertiefen und
462 einen Einblick in die Forschungs- und Arbeitswelt ermöglichen. Dafür könnte der Freistaat über das Kultusmi-
463 nisterium Gelder für Stellen, Räume und Ausstattung zur Verfügung stellen und für den Aufbau der Angebote
464 und die wissenschaftliche Betreuung und Auswertung der Projekte.

465 Generell sollten außerschulische Angebote die von öffentlichen Institutionen getragen werden können, finan-
466 ziert werden.

467 Außerdem muss der Freistaat dafür sorgen, dass ein lebenslanges Lernen möglich ist, also auch die Erwach-
468 senenbildung stark ausgeweitet wird.

469 Wichtig ist, dass in der Schule niemand abgehängt wird. Dafür benötigt es individuelle Förderung außerhalb

470 des verpflichtenden Unterrichts. Dafür könnte der Freistaat den Schulen zusätzliche Unterrichtsstunden finan-
471 zieren, welche die Schulen vor Ort selbst organisieren ("Brücken bauen").

472 **Mobilität**

473 **Wo hin auch immer du fahren willst – wir machen´s möglich**

474 Mobilität ist Teil der Daseinsvorsorge. Das wollen wir in Bayern verankern und aktiv umsetzen. Der öffentliche
475 Personennah- und Fernverkehr muss mit der besten Infrastruktur, regelmäßigen Takten und bedarfsorien-
476 tierten Angeboten überall in Bayern verfügbar sein. Dazu braucht es auch einen Ausbau der Fuß- und Radver-
477 kehrsinfrastruktur im gesamten Freistaat. Neue Mobilitätsangebote dürfen nicht, wie z.B. Elektroroller in den
478 Großstädten, zur Belastung werden, sondern müssen sinnvoll in den Umweltverbund integriert werden. Damit
479 auch alle von A nach B kommen, müssen Verkehrsanbieter gesetzlich zur Barrierefreiheit verpflichtet werden.
480 Die Umsetzung ist staatlich zu überprüfen.

481 Wir wollen, dass nach 2023 die Versorgung und Mobilität integriert geplant ist. Wege sollen für alle verkürzt
482 werden. Dazu müssen Versorgungsinfrastrukturen dezentrale und digitale Elemente umfassen, um einfach
483 erreichbar zu sein, ohne lange Wege auf sich nehmen zu müssen. Der Verkehr darf gleichzeitig auch nicht die
484 Lebensqualität der Bürger*innen einschränken. Daher ist klar, dass Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und
485 die Gestaltung von lebenswerten Wohnorten mit geplant sein müssen.

486 **1. Verkehr**

487 **ÖPNV**

488 **Kostenloses Landesticket für alle Auszubildenden, Schüler*innen und Studierenden**

489 Von Jugendlichen wird immer mehr Mobilität erwartet. Für viele ist es schlicht aus Kostengründen nicht mög-
490 lich, die in den letzten Jahren enorm gestiegenen Mieten in den Ballungsräumen zu bezahlen. Das tägliche
491 Pendeln mit dem öffentlichen Nahverkehr zur Ausbildungsstätte ist keine Seltenheit mehr. Ein zusätzliches
492 Problem stellt der Weg zur Berufsschule dar. Auszubildende müssen häufig weite und dadurch kostenintensi-
493 ve Wege zur

494 Schule absolvieren. Die zum Teil immens hohen Ticketpreise müssen häufig für ein gesamtes Jahr ausgelegt
495 werden, bevor ein kleiner Teil der entstandenen Kosten rückerstattet wird oder auch selbst erbracht werden.
496 Vor allem Auszubildende, die nur sehr gering oder gar nicht vergütet werden, erfahren hier eine zusätzliche
497 finanzielle Last und Einschränkung.

498 Nicht wirklich besser ist die Lage bei den Schüler*innen. Diese müssen ab der 11. Jahrgangsstufe die Fahrtkos-
499 ten zur Schule meist selbst tragen. Bei Studierenden konnten in den letzten Jahren zumindest kleine Erfolge
500 erzielt werden. An einigen Universitäten gibt es Tickets nach dem Solidarmodell, die den Studierenden regio-
501 nal begrenztes Reisen zu niedrigeren Preisen in Form eines Studierendentickets möglich machen. Das ist aus
502 unserer Sicht jedoch zu wenig.

503 Wir fordern daher die Einführung eines **kostenlosen Landestickets für alle Auszubildenden, Schüler*in-**
504 **nen, Studierenden** sowie Teilnehmende an den

505 Freiwilligendiensten „Bufdi, FSJ, FSJ Kultur, FOJ, FSJ für Geflüchtete“ im Freistaat Bayern. Die Kosten hierfür
506 übernimmt der Freistaat Bayern.

507 **Ticketfreier ÖPNV für alle**

508 Klar ist, dass in Zukunft nicht nur für Auszubildende und Studierende die Nutzung des ÖPNV, ohne ein Ticket
509 zu bezahlen, möglich sein muss, sondern für alle Personen in Bayern erfolgen soll. **Wir fordern daher, dass**
510 **mittelfristig der ticket- und kostenfreie ÖPNV für alle umgesetzt wird.**

511 **Taktung**

512 Gerade für junge Leute ist nicht nur die Busverbindung in die Stadt relevant, sondern auch eine regelmäßige
513 Bustaktung in die Nachbardörfer, um ohne große Umwege beispielsweise zum Fußballtraining zu gelangen.
514 Um nicht ständig auf das Auto der Eltern angewiesen zu sein, fordern wir flächendeckende Querverbindun-
515 gen durch Bus und Bahn zwischen verschiedenen Dörfern und Landkreisen. Wir fordern daher eine **Mobili-**
516 **tätsgarantie für Bayern**. Wir wollen, dass **jeder Ort mindestens einmal pro Stunde mit Bahn oder Bus**
517 angeschlossen ist, damit sauberer Verkehr und Teilhabe gleichermaßen gelingen. Das erreichen wir mit dem
518 vom Bund geförderten Ausbau bzw. der Wiederaufnahme von Schienenverbindungen, mit überregionalen
519 Expressbussen, Bahn, Bus oder Ruftaxis.

520 **Rufbusse**

521 Ein Rufbussystem soll in ländliche Regionen bei der Anbindung an den ÖPNV unterstützen. Um die Möglichkeit
522 zu haben auch in abgelegenen Regionen schnell von A nach B zu kommen ist es wichtig, dass ein Bus nach
523 Bedarf jede Stunde zur Verfügung steht.

524 **Bayerische Eisenbahngesellschaft**

525 Die bayerische Eisenbahngesellschaft soll in eigener Regie Regionalbuslinien anbieten, der
526 Orte verbindet, welche keine direkte Schienenanbindung haben. Wir werden die Verkehrs- und Mobilitäts-
527 Planung in Bayern verbessern. **Wir machen aus der Bayerischen Eisenbahngesellschaft eine Bayerische**
528 **Mobilitätsgesellschaft, die für alle überregionalen Bahn- und Busverbindungen zuständig ist.** Und wir
529 unterstützen
530 Landkreise und Städte viel stärker als bisher.

531 **Elektrifizierung aller Bahnstrecken und Reaktivierung von Bahn- und Busstrecken**

532 Die bundespolitische Aufgabe der Elektrifizierung aller Bahnstrecken muss von der zukünftigen Landesregie-
533 rung in aller Konsequenz unterstützt werden.

534 **SPFV**

535 Nicht nur der schienengebundene Nahverkehr sondern auch der Fernverkehr muss massiv gefördert wer-
536 den. Wir setzen uns für eine Verlagerung des Fernverkehrs von der Straße hin zur Schiene ein. So können wir
537 einerseits unsere Umwelt stärker vor der verkehrsbezogenen Umweltverschmutzung schützen. Andererseits
538 fördern wir so weiter die Mobilität von gerade jungen Menschen.

539 Deshalb müssen auch hier die Ticketpreise massiv gesenkt werden, damit das Zufahren von einer teuren
540 Alternative zur ersten Wahl im Fernverkehr wird. Uns ist aber auch klar, dass Fernreisen wegen fehlender
541 Anbindung nicht immer eine Option sind. Folglich muss das gesamte Schienennetz rück- und ausgebaut, be-
542 stehende eingleisige Strecken zu mehrgleisigen umgebaut werden und mehr Ballungszentren an das ICE-Netz
543 angebunden werden. Ebenso fordern wir neben dem Ausbau die Reaktivierung von Stillgelegten

544 Bahnstrecken und Buslinien in Bayern.

545

546

547

548

549 Radverkehr

550 Neben einem Ausbau des ÖPNV fordern wir auch eine **bessere Infrastruktur für den Radverkehr**. Das Fahr-
551 rad bietet gerade Jugendlichen ohne Führerschein die Möglichkeit flexibel, umweltfreundlich und kostengünstig
552 zu pendeln. Hierfür müssen die Fahrradwege aber gewisse Standards erfüllen, gut getrennt vom motorisier-
553 ten Verkehr verlaufen und bei Nacht ausreichend beleuchtet sein. Querverbindungen zwischen Stadtvierteln
554 und Gemeinden, vor allem auch im ländlichen Raum, sind vor Großprojekten wie Radschnellwegen zu prio-
555 risieren. Dies stellt sich kompliziert dar, da solche Verbindungen oft mehrere Gemeinden betreffen und auf
556 kommunaler Ebene abgesprochen werden müssen. Außerdem ergeben sich Konflikte mit Grundbesitzer*in-
557 nen, die Areal nicht hergeben und dadurch den Bau blockieren, deshalb sollen Kommunen bei der Erstellung
558 von Bebauungsplänen unterstützt werden, die im Zweifel eine Enteignung erleichtern und es ermöglichen
559 größere gemeindeübergreifende Radwegeprojekte zu planen.

560 Zusätzlich fordern wir eine flächendeckende Ausstattung von Bahnhöfen mit ausreichenden Fahrradabstell-
561 anlagen, sowie mit Leihfahrrädern und eine Integration dieser in den Tarif.

562 Fußverkehr

563 Fußgänger*innen sind bei allen Planungen primär zu berücksichtigen. Insbesondere die Umsetzung der gelten
564 den **Baurichtlinien für den Fußverkehr gehört durchgesetzt** und überwacht. Fördergelder sollen in der
565 Auszahlung an die Einhaltung der Baurichtlinien gebunden werden. Darüber hinaus fordern wir die Umsetzung
566 von **autofreien Innerstädten ab Kleinstadtgröße**. Dazu stellt der Freistaat einen Sonderförderung, für den
567 Umbau bereit. **Autoverkehr**

568 Tempolimit

569 Ein Tempolimit bringt nur Vorteile. Es reduziert Emissionen, führt zu einem geringeren Benzin und Kraftstoff-
570 verbrauch ist auch Lärmschutz, eine geringere Abnutzung der Straßen und senkt die Unfälle mit Personen-
571 und Sachschäden. Darüber hinaus wird die Lärmbelastung für Menschen und Tiere reduziert. Für Geschwin-
572 digkeitsbeschränkungen im Sinne des Lärmschutzes ist der Freistaat Bayern zuständig. Daher können wir in
573 Bayern eine sofortiges Tempolimit von 130 km/h umsetzen.

574 **Solang ein Tempolimit auf Bundesebene nicht umsetzbar ist, sollte auf Landesebene ein Tempolimit**
575 **eingeführt werden**. Dies soll über die erhöhte Lärmbelastung begründet werden. Wir wollen in geschlosse-
576 nen Ortschaften Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit.

577 Elektromobilität

578 Der Freistaat Bayern muss alles tun, um die bundespolitischen Zielsetzungen hinsichtlich der Elektromobilität
579 zu unterstützen.

580 Wir werden prüfen, ob E-Ladestationen ein Pflichtangebot für die Verteilnetzbetreiber sein sollen. Wir wol-
581 len eine deutliche Erhöhung der Förderung für E-Ladeinfrastruktur (Übernahme von mindestens 50 Prozent
582 der Kosten für Planung, Montage und Installation einer Ladeinfrastruktur sowie bis zu 10.000 Euro für einen
583 Schnellladepunkt) in ganz Bayern.

584 Taxi 50/50

585 Wir wollen, dass alle sicher und gut zu jeder Zeit nach Hause kommen. Vor allem in der Nacht muss es jungen
586 Menschen ermöglicht werden, sowohl kostengünstig, schnell als auch sicher nach Hause zu gelangen. Wenn
587 es keine Möglichkeit mehr gibt, auf den öffentlichen Nahverkehr zurückzugreifen, kann die Einführung eine
588 Taxi 50/50 Abhilfe schaffen. Alle Auszubildenden, Schüler*innen und Studierenden können sich online bei
589 Ihrer Stadtverwaltung oder Landratsamt anmelden, dass sie Azubi, Schüler*in beziehungsweise Student*in
590 im jeweiligen Kommunalgebiet sind und bekommen eine Zertifizierung (beispielsweise QR-Code), welche sie

591 bei der Taxifahrt vorzeigen können. Diese ermöglicht es, dass lediglich die Hälfte der entstandenen Kosten
592 durch die Personen übernommen werden muss. Der andere Teil wird durch die Stadt oder das Landratsamt
593 übernommen.

594 **Flugverkehr**

595 Bayern muss Vorreiter im Erreichen der Klimaziele sein. Deshalb dürfen die bayerischen Flughäfen nicht wei-
596 ter ausgebaut werden. Das gilt insbesondere für den Flughafen München, dessen Zahl von Flugbewegungen
597 bisher jede Prognose unterboten hat. Regionalflyghäfen sollen nicht mehr subventioniert und bei fehlender
598 Rentabilität stillgelegt werden.

599 **Vision Zero**

600 Wir wollen null Verkehrstoten („Vision Zero“). Dazu müssen in Bayern bauliche und organisatorische Maßnah-
601 men ergriffen werden, die für mehr Sicherheit im Straßenverkehr sorgen. Aber nicht nur die objektive Sicher-
602 heit muss ausgebaut und erhalten werden, sondern auch das Gefühl von Sicherheit im Rad- und Fußverkehr.
603

604 **Zentrale Forderung in der Verkehrspolitik:**

- 605 • Kostenloses Landesticket für alle Auszubildenden, Schüler*innen und Studierenden
- 606 • Stündliche Anbindung aller Orte mit dem ÖPNV
- 607 • Mittelfristig: ticketfreier ÖPNV
- 608 • Stärkung der bayerischen Eisenbahngesellschaft
- 609 • Autofreie Innenstädte ab Kleinstadtgröße
- 610 • Tempolimit
- 611 • Verbesserte Infrastruktur für Radverkehr

612 **2. Finanzierung**

613 Der ÖPNV ist gerade in Bayern aufgrund des Handelns der Staatsregierung seit Jahren hoffnungslos unter-
614 finanziert, auch die Investitionszuschüsse vom Bund müssen für die skizzierten anstehenden Maßnahmen
615 nicht nur deutlich ausgeweitet, sondern auch hinsichtlich der Fördermechanismen („Standardisierte Bewer-
616 tung“) überarbeitet werden. Wir fordern umfassende Finanzierungsmöglichkeiten für den dringenden benötigten
617 Ausbau der ÖPNVs.

618 **Der Freistaat muss seinen Beitrag leisten**

619 10% des bayerischen Eisenbahnnetzes werden nicht von der Deutschen Bahn, sondern von sogenannten nicht-
620 bundeseigenen Eisenbahnen oder kurz NE-Bahnen, betrieben. Während die DB Netz AG im Jahr 2020 vom
621 Bund rund 4,6 Milliarden Euro für Instandhaltung und Ersatz ihrer Infrastruktur erhält, fehlt durch die CSU
622 und Freie Wähler den NE-Bahnen ein solcher Topf. Entsprechend schwierig sind für diese Bahnen die Investi-
623 tionen in die Infrastruktur.

624 **Wir fordern, dass der Freistaat Bayern die Finanzierung für NE-Bahnen und die Reaktivierung von**
625 **Bahnstrecken durch ein jährliches Budget und eine Startfinanzierung angeht.**

626 Die Gelder vom Bund richtig verwenden

627 Aktuell fließen die Mittel vom Bund hauptsächlich in den Straßenbau. Zum Erreichen einer Mobilität für alle
628 müssen in Bayern die Finanzmittel umgeschichtet werden. **Die von der Bundesregierung nach dem Ent-**
629 **flechtungsgesetz und dessen Nachfolgeregelungen zugewiesenen Fördermittel sollen ab 2023 in Bay-**
630 **ern zu 75 Prozent für Maßnahmen, die dem ÖPNV dienen und nur zu 25 Prozent für die Förderung**
631 **von Maßnahmen für Straßenbau vergeben werden.** Dies wird im BayGVFG beziehungsweise an geeigneter
632 Stelle festgeschrieben.

633 Solidarisches Bürger*innenticket

634 Um zur Verkehrswende aus eigener Kraft einen höheren Beitrag zu leisten, fordern wir die **Einführung eines**
635 **Nahverkehrsbeitrags.** Ziel ist es, die Bevölkerung an der Finanzierung der Verkehrswende und hier insbe-
636 sondere am Ausbau des ÖPNV zu beteiligen – unabhängig davon, ob dieser von den einzelnen Beitragszah-
637 ler*innen genutzt wird oder nicht. Hierzu ist eine **Änderung des Kommunalabgabengesetz (KAG)** von Sei-
638 ten des Freistaats notwendig. Diese ermöglicht es den jeweiligen Städten und Regionen, alle Bürger*innen
639 zu einem **zweckgebundenen Beitrag** heranzuziehen und ließe ihr den Spielraum den Beitrag sinnvoll und
640 sozial gerecht auszugestalten. Alle rechtlich verpflichteten Beitragszahler*innen würden im Gegenzug ein so-
641 lidarisches Bürger*innenticket (“beitragsrechtlicher Sondervorteil”), erhalten. Als Beitragszahlende kommen
642 (je nach Ausgestaltung) alle in der Stadt oder Region gemeldeten Personen in Betracht, die ein gewisses Jah-
643 reseinkommen erzielen. Heißt, **wer mehr verdient zahlt auch mehr.** Wer aufgrund von geringerem bis kein
644 Einkommen oder anderen Gründen nicht in die Gruppe der Beitragszahler*innen fällt, soll trotzdem aufgrund
645 des Solidaritätsprinzips ein solches Ticket erhalten. Erhoben werden kann der Beitrag von der Stadt- oder
646 Kreisverwaltung.

647 Wer baut, muss zahlen

648 Darüber hinaus soll das Instrument der städtebaulichen Verträge zur Finanzierung des ÖPNV genutzt wer-
649 den. Bei Bodenwertsteigerungen infolge der Ausweisung von Bauland erfolgt eine Gewinnabschöpfung. Dies
650 geschieht – teils unter dem Stichwort „Soziale Bodenordnung“ – nach Maßgabe der Vorschriften des Bau-
651 gesetzbuchs in vielen Kommunen bereits durch städtebauliche Verträge zwischen Kommunen und Grund-
652 stückseigentümer*innen. Die hierdurch erzielten Gewinne lassen sich zur Finanzierung des ÖPNV verwenden.
653 Vorrangig soll durch den Planwertausgleich aber bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden.

654 ÖPNV- Erschließungsbeiträge

655 Genauso, wie für die Erschließung von Neubau- und Gewerbegebieten eine Umlegung der Straßenbaukosten
656 auf Anlieger erhoben wird, soll in Zukunft der Freistaat die Möglichkeit schaffen von **Grundstückseigentü-**
657 **mer*innen** ein einmaliger **Erschließungsbeitrag** zu erheben, **für die erstmalige Herstellung von bauli-**
658 **cher ÖPNV-Infrastruktur.** Um aber nicht nur die ÖPNV-Infrastruktur zu erbauen, sondern diese auch gut zu
659 erhalten werden in **regelmäßigen Abständen Erhaltungsbeiträge** erhoben.

660 Wer beschäftigt, trägt Sorge fürs Ankommen seiner Mitarbeiter*innen**661 Arbeitgeber-Nahverkehrssonderabgabe**

662 Um den Umstieg vom Auto auf eine flächendeckende öffentliche Zubringung zur Arbeit zu ermöglichen, müs-
663 sen ab einer bestimmten Betriebsgröße **alle Betriebe einer Kommune einen bestimmten Prozentsatz der**
664 **Lohnsumme zweckgebunden zur ÖPNVfinanzierung abführen** (analog der „versement transport“ in Frank-
665 reich oder der Dienstgeberabgabe in Wien). Hierbei wird auf die Arbeitgeber*innen zurückgegriffen, da auch
666 sie vom Umstieg profitieren: Der Betrieb wird für Kund*innen und Mitarbeiter*innen leichter erreichbar, ein

667 (Aus-)Bau der Parkplätze wird durch die bessere Anbindung obsolet. Es wird eine Sonderabgabe erhoben,
668 nicht notwendigerweise ein ÖPNV-Ticket damit erworben.

669 **Einzelhandels- Nahverkehrsabgabe**

670 Der ÖPNV- Ausbau zahlt auch auf Einzelhandelsunternehmen ein. Insbesondere große Lebensmittel-Ketten
671 verbrauchen aktuell vor allem Parkfläche. Um die Infrastruktur umbauen zu können und gleichzeitig die Er-
672 reichbarkeit von Einzelhandelsgeschäften zu garantieren, wird von Einzelhandelsunternehmen eine Abgabe
673 erhoben, die dem ÖPNV zugutekommt. Die Abgabe knüpft an der Verkehrsverursachung durch die Unterneh-
674 men an.

675 **Zentrale Forderungen der Finanzierung in der Mobilitätspolitik:**

676 Mehr finanzielle Unterstützung der Landesregierung

677 Solidarisches Bürger*innenticket

678 Anpassung des Kommunalabgabegesetzes

679 Arbeitgeber-/Einzelhandels-Nahverkehrsabgabe

680 Es wird auch weiterhin für unsere Mobilität gearbeitet

681 Klar ist, es braucht eine Mobilitätswende! Diese darf aber nicht zu ökonomischen oder sozialen Verwerfungen
682 führen, sondern muss, ganz im Gegenteil, die Chance der Transformation nutzen und sicherstellen, dass die
683 hochqualifizierte Arbeitnehmer*innen in Bayern weiter beschäftigt sind. Dazu braucht es bei der Transfor-
684 mation des Automobilsektors bayrische industrie- und strukturpolitische Begleitung. Besonders betroffene
685 Regionen müssen politische Unterstützung erfahren. Um die Transformation zu meistern, braucht es umfas-
686 sende Weiterbildungsinitiativen und eine fortschrittliche Qualifikationspolitik, um Menschen für neue Anforde-
687 rungen und neue Jobs weiterzubilden. Für die gesamtwirtschaftliche Transformation muss eine vorausschau-
688 ende Industriepolitik rechtliche Rahmensetzungen schaffen, die klimaneutrale Mobilität und emissionsarme
689 Zukunftstechnologien bevorzugen.

690 Die Situation der Beschäftigten im öffentlichen Verkehr muss deutlich verbessert werden. Dazu gehören hö-
691 here Löhne, mehr Beschäftigte und kürzere Arbeitszeiten. Im Bereich der neuen Mobilitätsdienstleistungen
692 dürfen nicht länger prekäre Arbeitsplätze entstehen.

693 Der Mobilitätssektor steht vor großen Umbrüchen, die durch die Verkehrswende, Digitalisierung und Co. ent-
694 stehen. Wir wollen den Geltungsbereich des Kurzarbeitergeldes von konjunkturellen Krisen auf Strukturum-
695 brüche erweitern und so ein Transformationskurzarbeitergeld schaffen. Wir wollen außerdem, dass das Kurz-
696 arbeitergeld länger gezahlt wird, um Arbeitsplatzverlusten vorzubeugen. Um Arbeitsplätze zu erhalten, müs-
697 sen die Arbeitnehmer*innen an den Gewinnen beteiligt werden. Und wir brauchen die 30-StundenWoche auch
698 im Verkehrsbereich. Alle neu geschaffenen Arbeitsplätze müssen unserer Vorstellung von „guter Arbeit“ ent-
699 sprechen. Dabei gelten für uns die Kriterien des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB): tarifgebunden, mit
700 Mitbestimmung und unbefristet.

701 **Wohnen**

702 Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum ist die soziale Frage unserer Zeit. Denn was nützt es, wenn erkämpf-
703 te Lohnforderungen durch die Miete wieder aufgebraucht werden? Was nützen boomende Städte mit einer
704 guten Infrastruktur, wenn man dort keine Wohnung findet? Was nützen neue Bauvorhaben, wenn sie alle
705 Erholungsflächen versiegeln und das Klima schädigen?

706

707 Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum folgt aus dem Zusammentreffen verschiedener Problemstellungen,
708 für die eine Lösung nur im Zusammenspiel verschiedener Themenfelder möglich ist. Wir wollen uns hier auf
709 Wohnraum für junge Menschen konzentrieren, sowie dem Neubau von bezahlbarem Wohnraum und guter

710 öffentlicher Daseinsvorsorge in Stadt und Land, Verbesserungen bei bestehenden Mietverhältnissen, einem
711 Ende von Bodenspekulation sowie ökologischen Anforderungen.

712 1. Junge Menschen brauchen Wohnraum

713 Junge Menschen finden weder auf dem Land noch in der Stadt ausreichend geeignete und bezahlbare Woh-
714 nungen. Eine geeignete Wohnung ist aber Voraussetzung für gutes Lernen und einen erfolgreichen Abschluss.
715 Und besonders diejenigen, die von ihren Eltern nicht umfassend finanziell unterstützt werden können, sind
716 auf preiswerten Wohnraum angewiesen.

717

718 Wir fordern **mehr kleinere Wohnungen für junge Menschen auf dem Land**, beispielsweise durch eine För-
719 derung des Baus von Einliegerwohnungen und Wohnformen, die keine Einfamilienhäuser sind. Das bedeutet
720 natürlich nicht, dass wir die Verdrängung von jungen Menschen aus den Innenstädten unterstützen. Mehr
721 Angebote für **Junges Wohnen** in Stadt und Land müssen durch kommunale und staatliche Wohnungsgesell-
722 schaften und wo möglich auch durch Genossenschaften geschaffen werden. Die Förderprogramme werden
723 allen jungen Menschen, Studierenden und Auszubildenden gleichermaßen offen stehen. Die Durchmischung
724 von Azubi- und Studierendenwohnen soll gefördert werden. Es müssen **Werkwohnungen** insbesondere für
725 Azubis und dual Studierende mit langer Zweckbindung und finanzieller Beteiligung der Ausbildungsbetriebe
726 gezielt gefördert werden. Wir fordern das Errichten von Gebäuden, welche **Mehrgenerationenwohnen** mög-
727 lich machen. Die Wohngebäude sollen den sozialen Austausch, zum Beispiel durch einen Sozialraum oder
728 Gemeinschaftsprojekte ermöglichen und bedarfsgerecht ausgestattet sein. In den Wohneinheiten sollen so-
729 wohl Junge Menschen als auch ältere Menschen ein Zuhause finden können und sich gegenseitig unterstüt-
730 zen.

731

732 Wir fordern mehr Gründungen von **Azubiwerken** nach Münchener Vorbild überall dort, wo es nachhaltig ist.
733 Für die Gebiete außerhalb der großen Ballungszentren prüfen wir die Errichtung eines **Azubiwerks durch den**
734 **Freistaat Bayern** selbst.

735

736 Wir werden bezahlbare und öffentlich betriebene **Studierendenwohnheime** bauen. Denn in München und
737 Würzburg gibt es nicht einmal für jeden zehnten Studierenden einen Platz im Wohnheim. Wir werden in den
738 Universitätsstädten diese **Wohnheimquote** auf 15% erhöhen. Bestehende Wohnanlagen dürfen nicht wie
739 derzeit beispielsweise ca. 1.500 Wohneinheiten in der Münchner Studentenstadt als baufällige Gefahrenquelle
740 leerstehen, sondern sie müssen gepflegt, zeitgemäß saniert und bewohnt sein.

741 Bezahlbar wohnen in Stadt und Land

Die Nachfrage an Wohnraum in Städten ist trotz Pandemie und den damit einhergehenden Veränderungen
in der Arbeitswelt weiterhin hoch. Wir wollen öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur im ganzen Land
stärken, um mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land den Druck von den größeren Städten
zu nehmen. Dafür braucht es eine nachhaltige Raumentwicklungs- und Regionalplanung sowie enge regionale
Kooperationen. Durch ein durchdachtes **Mobilitätskonzept** ermöglichen wir es allen, außerhalb der großen
Städte zu wohnen, ohne auf die Vorteile der Metropolen verzichten zu müssen.

Wir brauchen ausschließlich neuen bezahlbaren Wohnraum, kein "bauen, bauen, bauen" von Luxuswohnun-
gen. Bezahlbarer Wohnraum entsteht in erster Linie durch die **Bautätigkeit staatlicher und insbesondere**
kommunaler Wohnbaugesellschaften, deren

Neugründung wir erleichtern und Privatisierung beenden werden. Die staatliche Wohnbaugesellschaft Bayern-
Heim soll reformiert und ordentlich aufgestellt werden und neben den vor Ort in erster Linie tätigen kommunalen
Wohnbaugesellschaften sowie eigenen Wohnbaugesellschaften der Landkreise tätig werden. Die **Arbeits-**
bedingungen in der Baubranche müssen verbessert und gerechter werden, wir brauchen mehr Tariftreue,
mehr Familienverträglichkeit und einen höheren Gesundheits- und Arbeitsschutz. Wir brauchen viel mehr Di-
versität in der Baubranche, Diskriminierung und Benachteiligung von FINTA-Personen, wie zum Beispiel bei

Lohnunterschieden, werden wir bekämpfen. Wir fordern die Einhaltung der besseren Arbeitsbedingungen unter anderem in einen Tariftreue- und Vergabegesetz ein.

Das **Baulandmobilisierungsgesetz** des Bundes war ein erster Aufschlag zu einer gerechteren Wohnpolitik. Wir werden die zu seiner Umsetzung notwendigen Verordnungen im Gegensatz zur CSU mit dem Ziel bezahlbaren Wohnens großzügig umsetzen. Die **BayBO-Reform** von 2020 werden wir nachbessern, damit endlich im gesamten Staatsgebiet schnell und unkompliziert gebaut werden kann, mit einem Fokus auf bezahlbares Wohnen. Dabei werden wir gerade im urbanen Raum Abstandsflächen vereinheitlichen und reduzieren, um eine Nachverdichtung auch in großen Städten ermöglichen. Den Bauaufsichtsbehörden geben wir im Einvernehmen mit den Gemeinden die **Freiheit von einzelnen Bauvorschriften abzuweichen**, solange mindestens 60% der zu errichtenden Wohneinheiten langfristig für sozialen Wohnungsbau bereitgestellt werden und die Sicherheit für die Bewohner*innen gewährleistet ist. Barrierefreies Wohnen stellen wir sicher.

Bezahlbarer Wohnraum muss bezahlbar bleiben. Wir weiten die **Förderbindung von Sozialwohnungen** auf die maximal mögliche Länge aus. Zudem fördern wir einen Ankauf insbesondere von in absehbarer Zeit aus der Bindung fallenden Sozialwohnungen durch staatliche und kommunale Wohnbaugesellschaften. Um den Missbrauch von Wohnungen als

Ferienwohnung für höhere Renditen zu bekämpfen, werden wir das

Zweckentfremdungsgesetz verschärfen und für eine flächendeckende Umsetzung kämpfen.

Wir werden die gesetzliche Grundlage für die Obdachloseneinweisung verbessern und verschärfen, Kommunen bei der Beherbergung von **Obdachlosen** finanziell unterstützen und mehr landeseigene Immobilien hierfür bereitstellen. Mittelfristig werden wir mehr Einrichtungen für die Beherbergung von Hilfsbedürftigen schaffen.

Miete ist keine Rendite!

Viele Haushalte geben mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Miete aus. Miete darf aber kein Armutsfaktor sein! Unser Ziel sind möglichst viele bezahlbare Wohnungen für möglichst viele Menschen. Wir fordern eine sozial gerechte Wohnungspolitik, die bis in die Mitte der Gesellschaft zuerst diejenigen unterstützt, deren Einkommen und Chancen auf eine Wohnung am freien Wohnungsmarkt am geringsten sind. Öffentliche Gelder müssen aufgestockt und vorrangig dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten gebraucht werden. **Genossenschaftliches Wohnen** wollen wir im Sinne einer sozial gerechten Wohnungspolitik unterstützen und fördern. Wir brauchen eine Debatte zum Umgang mit der Förderung von **Wohneigentum**.

Der Mietvertrag ist von einem krassen Machtgefälle geprägt. Wir führen wieder ein **Wohnungsaufsichtsgesetz** ein und geben den Kommunen so die Befugnis zurück, die Behebung von Mängeln anzuordnen.

Auch die Wohnungssuche ist von **Alltagsdiskriminierung** geplagt. Wir werden dies durch alle landesrechtlich zulässigen Mittel bekämpfen und prüfen etwa die Errichtung einer Landesdiskriminierungsstelle. Bei der Vergabe staatlicher Wohnungen garantieren wir ein diskriminierungsfreies Verfahren.

Wir fordern die Einrichtung von **Mieter*innenräten als Vertretung der Mieter*innen** bei landeseigenen Wohnungsunternehmen, etwa mittels eines Wohnraumversorgungsgesetzes nach Berliner Vorbild. Wir erreichen das durch Vertretung im Aufsichtsrat der landeseigenen Wohnungsunternehmen, sodass eine Interessenvertretung bei Neubau-, Modernisierungs- und Instandsetzungsprogrammen, bei der Quartiersentwicklung sowie bei

Gemeinschaftseinrichtungen in den landeseigenen Wohnungsunternehmen gegeben ist.

Wir fordern die Einrichtung von finanziell durch den Freistaat gefördert und unterstützten Quartiersräten, nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Land. Sie sollen die

Wohnsituation und -qualität in den Quartieren verbessern. Das gelingt dadurch, dass die Quartiersrät*innen öffentliche Beratungen durchführen, um die Belange der Nachbarschaft zu erfahren.

Viele Städte und Gemeinden haben eigene Regelungen zur Förderung bezahlbaren

Wohnens geschaffen. Um einen Wissensaustausch zu erleichtern, fordern wir ein **Kompetenzzentrum** auf Landesebene. Dieses könnte beim Bayerischen Staatsministerium für Wohnen angesiedelt werden. Das Kompetenzzentrum soll auch für Mieter*innen eine Erstberatung anbieten.

Wohnraum ist kein Spekulationsobjekt!

Bei der Ausweisung neuen Baulandes erfahren Grundstücke eine erhebliche

Wertsteigerung, die ohne eigene Leistung der Eigentümer*innen geschieht. Wir fordern daher eine landesweit einheitliche Regelung entsprechend der von einigen Kommunen bereits angewendeten Modelle (z.B. So-BoN München, Drittelmodelle, Ansiedlungsmodelle).

Um Spekulation mit Bauland zu verhindern, werden wir die Geltungsdauer von

Baugenehmigungen auf drei Jahre verkürzen. Wir fordern eine landesweit flächendeckende

Ausdehnung von **Erhaltungssatzungsgebieten** und prüfen eine landesrechtliche Umsetzung der **neuen Wohnungsgemeinnützigkeit**. Den Bayerischen Sonderweg bei der neuen **Grundsteuer** werden wir beenden und künftig insbesondere die Höhe der Mieten einbeziehen. Das **Bayerische Stiftungsgesetz** wird angepasst, so dass gemeinnützige Stiftungen bei der Verwaltung ihres Immobilienbestandes nicht mehr zur Gewinnerzielung verpflichtet sind.

Weil sich die bayerische Landesbank verspekulierte, beschloss die Staatsregierung, die

Wohnungsgesellschaft **GBW** mit über 30.000 Wohnungen zu privatisieren. Wir finden: der Staat ist im Vergleich zu renditeorientierten Unternehmen der bessere Vermieter. Wir werden deshalb die Mittel des Grundgesetzes voll ausschöpfen und prüfen, inwieweit eine Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne – insbesondere der ehemaligen GBW-Wohnungen – ökonomisch und rechtlich denkbar ist. Wir fordern zudem, dass der Freistaat Bayern keine Grundstücke mehr privatisiert, sondern höchstens im Erbbaurecht vergibt. Kommunen und Landkreise sollen zudem die Möglichkeit erhalten, Grundstücke vom Freistaat zu vergünstigten Preisen zu erwerben, wenn sie diese selbst nicht weiter veräußern und zum Zwecke bezahlbaren Wohnens nutzen.

Nur ökologisches Bauen hat Zukunft

Durch die Förderung von insbesondere Lehm- und Holzbauweisen kann ein großer Teil des Zements eingespart werden. Zudem müssen Projekte gefördert werden, die sich mit alternativen Zementherstellungen beschäftigen. Generell sollten beim Bau möglichst viele **nachwachsende und recycelbare Rohstoffe** verbaut werden. Bei der Planung muss daher der Wärmeschutznachweis, der zur Eingabe gehört, stärker beachtet und kontrolliert werden. Wir fordern ein Ende der Förderung nicht-nachhaltiger Rohstoffe, insbesondere in Beton.

Neben den Heizkosten ist auch die umfangreiche Flächenversiegelung eine große Umweltbelastung. Wir wollen im Thema Hochhausbau eine neue Sensibilität schaffen, die neuere Konzepte entstehen lässt und es uns ermöglicht, **flächensparend bezahlbares Wohnen** zu schaffen und dabei Rücksicht auf das Stadtbild zu nehmen. Wir regen bei den Kommunen an, künftig die Planung und Genehmigung von Einfamilienhäusern zu vermeiden. Eine weitere Vermeidung von Flächenfraß lässt sich durch die vermehrte Unterstützung von Sanierungen gegenüber Neubauten erreichen. Dabei sollte es eine bessere Beratung und eine Unterstützung für Sanierungsmaßnahmen, z.B. je nach Baujahr geben. Die Sanierungsquote muss drastisch erhöht werden. Zudem soll ein größerer Fokus auf das Schließen von Baulücken gelegt werden als auf die Neuausweisung von Bauland. Stellplätze für PKW sollen durch quartiersbezogene Lösungswege und Mobilitätskonzepte reduziert werden.

Der größte Emissionsfaktor eines Hauses sind seine **Heizkosten**. Es sollten moderne Gebäudedämmung und Fenster genutzt werden. Die bisherigen Anforderungen der nun auslaufenden Förderungen sollten hierbei zum neuen Standard werden. Das Ziel neuer Förderprogramme muss langfristig ein klimaneutrales Haus werden, wobei besondere Förderungen für bezahlbaren Wohnungsbau geprüft werden. Die energetische Sanierung von älteren Gebäuden sollte weiterhin gefördert und ausreichend gefordert werden. Bei der **Heiztech-**

nik setzen viele Haushalte noch auf Gas- oder Ölheizungen. Diese sind nicht nur Klimaschädlich, die verwendeten Rohstoffe werden auch aus Staaten bezogen, von denen eine Importunabhängigkeit angestrebt werden sollte. Öl- und Gasheizungen müssen langfristig anderen Alternativen weichen. Dazu fordern wir ein Verbot von einem Verbau in Neubauten und eine geplante Ablösung in Altbauten je nach Baujahr. Als Alternativen sollen besonders Stromheizungen und insbesondere Luft-Wärmepumpen gefördert werden. Wir fordern zum Betrieb zur Stromgewinnung eine **Solardachpflicht** auf allen Gebäuden.

Es soll eine Beweislastumkehr gelten, bei der nachgewiesen werden muss, warum keine Solaranlage auf das Dach gebaut werden kann. Dabei sind auch thermische Anlagen zur Warmwassererzeugung zu unterstützen, besonderer Fokus soll aber auf der Stromerzeugung liegen. Hat ein*e Hausbesitzer*in keine finanziellen Möglichkeiten zum Bau einer Solaranlage, soll die Kommune das Dach kostenlos nutzen dürfen, eine Solaranlage installieren und den erzeugten Strom entweder einspeisen oder vergünstigt an die Hausbesitzer*in verkaufen.

Problemen aufgrund von **Wassermangel** kann entgegengewirkt werden, indem begrünte Dächer umgesetzt werden. Zu diesem Zweck sollen Steingärten oder -dächer verboten werden und begrünte Fassaden gefördert werden. Dem Wasserverbrauch muss ebenfalls entgegengewirkt werden. Durch den Bau einer Zisterne und dem Verlegen einer vierten Leitung im Haus, kann Regenwasser gesammelt und verwendet werden. Bei Neubauten soll diese sog. Grauwassernutzung deshalb gefördert und langfristig verpflichtend werden, bei Altbauten soll sie unterstützt werden. Zudem könnten Kommunen, besonders Städte, durch den Bau von gemeinsamen Speichern für Regenwasser eine Grauwasserverteilung ermöglichen, wo keine eigenen Zisternen in den Häusern verbaut werden können. Bei Mietwohnungen sollen die Kosten für all diese Klimaschutzmaßnahmen bei Vermieter*innen liegen und **nicht auf Mieter*innen umgelegt** werden dürfen.

Um der **Zersiedelung und Flächenfraß** entgegenzuwirken, fordern wir eine verpflichtende

Anbindung von Neubaugebieten an das ÖPNV-Netz. Weiterhin wollen wir die Stellplatzsatzungen bayernweit harmonisieren. Dabei soll die Höchstzahl an Stellplätzen, die eine Kommune fordern kann, begrenzt sein, um unnötige Abstellplätze zu vermeiden. Außerdem soll die Anzahl der zu bereitstellenden Stellplätze durch Mobilitätskonzepte reduziert werden können.

Um die Lebensqualität in Wohnvierteln zu stärken, wollen wir in geeigneten Quartieren eine Verkehrsberuhigung nach dem Barcelona-Modell prüfen. Dabei wird die Verkehrsbelastung gesenkt, indem die Einfahrt nur noch den Bewohner*innen und deren Gästen vorbehalten ist.

A Arbeit und Ausbildung

A Arbeit und Ausbildung

A-2	Jusos Oberpfalz	Das politische Streikrecht erkämpfen	36
-----	-----------------	--------------------------------------	----

A-2

Titel	Das politische Streikrecht erkämpfen
Antragsteller*innen	Jusos Oberpfalz
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress

Das politische Streikrecht erkämpfen

- 1 Verglichen mit anderen Demokratien und vor allem mit anderen westlichen Industriestaaten fällt auf, dass die
2 Bundesrepublik Deutschland ein erheblich restriktives Streikrecht hat. Von den 27 Staaten der Europäischen
3 Union + Großbritannien, ist der politische Streik nur im vereinigten Königreich, Österreich und Deutschland il-
4 legalisiert. Ein Verbot ist indes nirgendwo festgeschrieben. Auch mit den Illegalisierungen von Beamtenstreiks,
5 wilden Streiks, Blockaden, Boykotts, dem Streikverbot durch die christlichen Kirchen, der Einengung von Streik-
6 möglichkeiten nur auf tarifvertraglich regelbare Ziele und den Einschränkungen bei Sympathiestreiks, sind
7 Defizite in unserer politischen und wirtschaftlichen Demokratie verankert.
- 8 Wir fordern daher eine Streikrecht gemäß dem Art. 23 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der
9 Vereinten Nationen, den Übereinkommen 87 und 98 der Internationalen Arbeitsorganisation und dem Artikel
10 6 Abs. 4 der Europäischen Sozialcharta zu verankern.
- 11 Darüber hinaus wollen wir das zukünftig Arbeiter:innen, welche in Streiksituationen von der sogenannten kal-
12 ten Aussperrung betroffen sind wieder Anspruch auf ALG I erheben können. Wir fordern die vollumfängliche
13 Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechts und des Tarifeinheitsgesetzes, da aus diesen auch und vor allem
14 dem Arbeitskampf negative Konsequenzen erwachsen.

Adressat*innen: Landeskonferenz der Jusos Bayern, SPD Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag
 Arbeit im Wandel: sozial, feministisch, ökologisch.

A-4

Titel	Arbeit im Wandel: sozial, feministisch, ökologisch.
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern Adressat*innen: Landeskonferenz der Jusos Bayern, SPD Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

Arbeit im Wandel: sozial, feministisch, ökologisch.

- 1 Arbeit und das Verständnis von Arbeit haben sich in den vergangenen Jahren
- 2 gewandelt. Die Schwerpunkte der Menschen und ihre Einstellung zur Arbeit haben
- 3 sich verschoben. Umfragen zeigen, dass der Wert von Freizeit und
- 4 Selbstverwirklichung einen höheren Stellenwert einnimmt als früher. Die digitale
- 5 Transformation betrifft auch die Arbeitswelt und bringt nicht nur emanzipatorisches
- 6 Potential sondern auch Herausforderungen für unseren Kampf für gute Arbeit mit. Es
- 7 werden Branchen in den Bereichen der erneuerbaren Energien geschaffen werden
- 8 müssen und es werden welche in der Kohle und Stahlindustrie verloren gehen oder
- 9 sich verändern.
- 10 Der Ausbildungsstart bedeutet für viele junge Azubis, dass ein neuer Lebensabschnitt
- 11 beginnt. Um diesen Abschnitt für alle so angenehm wie möglich zu gestalten, müssen
- 12 wir noch vieles verbessern. „Wer nicht ausbildet wird umgelegt“ ist vielleicht nicht
- 13 ganz wörtlich gemeint, aber doch der richtige Ansatz für eines der Hauptprobleme.
- 14 Viele Betriebe bilden nicht oder nicht mehr aus und erschweren es so Azubis einen
- 15 Ausbildungsplatz zu finden, auch wenn klar ist, dass die Azubis die Zukunft der
- 16 Branche darstellen.
- 17 Als Jungsozialist*innen stehen wir Seite an Seite mit den Gewerkschaften und
- 18 kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen, eine flächendeckende Tarifbindung, die
- 19 Rückkehr aus Teilzeit in Vollzeit und vor allem aktuell: die Aufwertung der
- 20 Pflegeberufe. Das Wort „systemrelevant“ ist während der Pandemie zum
- 21 Dauerbrenner geworden und vor allem während des Lockdowns wurde deutlich, wer
- 22 unsere Gesellschaft in so einem Fall am Laufen hält. Trotzdem sind Berufe in der
- 23 Pflege und anderen sozialen Berufen vollkommen unterbezahlt und unterbesetzt.

24 Wir sagen: Es braucht mehr als nur Applaus: Es braucht nachhaltige Veränderungen.

25 **Feministische Perspektive**

26 Auch im 21. Jahrhundert stehen Frauen in unserer Gesellschaft vor vielen Hürden

27 und Herausforderungen und sind von systematischer Benachteiligung betroffen. Viele

28 dieser Probleme zeigen sich im Umfeld der Arbeit.

29 Eine der größten Baustellen findet sich an der Spitze von Unternehmen: In Deutschland besetzen kaum Frau-
30 en Leitungspositionen in großen Unternehmen, sie stoßen bei ihrem Aufstieg an eine „gläserne Decke“. Dieses
31 Phänomen existiert, weil Vorstände und Aufsichtsräte von Männern dominiert sind, die es vorziehen, auch mit
32 Männern zusammenzuarbeiten. Frauen werden so nicht auf entsprechende Posten berufen. Wir kämpfen des-
33 halb weiter für eine echte Gleichstellung und fordern eine Frauenquote von 50 Prozent für Aufsichtsräte und
34 Vorstände von Unternehmen.

35 Diskriminierung beginnt jedoch nicht bei der Vergabe von Vorstandsposten. Häufig

36 kommt es hierzu schon in Bewerbungsprozessen. Bewerber*innen werden dabei

37 aufgrund ihres Geschlechtes, ihrer Hautfarbe oder Herkunft noch vor einem Gespräch

38 aussortiert.

39 Ein Mittel, dem zu begegnen, ist, Bewerbungsverfahren zu anonymisieren. Dabei

40 werden Merkmale wie Herkunft und Geschlecht nicht in den entsprechenden

41 Unterlagen aufgeführt und Fotos liegen den Personaler*innen nicht vor. Wir fordern

42 deshalb, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) entsprechend zu

43 ergänzen, um solche anonymisierten Verfahren vorzuschreiben und Verstöße

44 sanktionierfähig zu machen.

45 Weiterhin ist in Deutschland auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Feld,

46 das von Missständen geprägt ist.

47 Entscheidet sich ein Paar für Kinder, ist es in der Regel die Frau, die entweder

48 Elternzeit nimmt oder ihren Beruf ganz verlässt. Auch die Pflege von Angehörigen

49 übernehmen meist Frauen. Frauen erledigen also meist diese gesellschaftliche „Care- und

50 Reproduktionsarbeit“. Zugleich ist der (Wieder-)Einstieg in den Beruf erschwert.

51 Das be- oder gar verhindert den beruflichen Aufstieg von Frauen und fördert das

52 Risiko, im Alter von Armut bedroht zu sein.

53 Wir akzeptieren das nicht – Care-Arbeit und Reproduktionsarbeit ist Arbeit!

54 Von einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung profitieren nicht nur, aber insbesondere

55 auch Eltern und pflegende Angehörige. Darüber hinaus wollen wir Unternehmen

56 verpflichten, flexible Arbeitszeitmodelle anzubieten. Besonders letztere müssen dabei

57 umfassend tariflich und gesetzlich abgesichert sein, damit kein Missbrauch möglich

58 ist. Das betrifft insbesondere Ruhezeiten sowie tägliche und wöchentliche

59 Höchstarbeitszeiten. Insgesamt ist für uns aber unerlässlich, dass die Maßnahmen

60 die Betroffenen tatsächlich entlasten und gleichzeitig für ein gleichbleibendes

61 Lohnniveau sorgen. Unabhängig vom Konzept sind ein Rückkehrrecht in die Vollzeit

62 und ein Rechtsanspruch auf gleiche Karrierechancen überfällig und müssen garantiert

63 werden. Hierzu fordern wir eine entsprechende Novellierung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG) und
64 eine Überarbeitung der geltenden
65 Brückenzeitregelung.

66 Um zu verhindern, dass Care- und Reproduktionsarbeit zum Armutsrisiko wird, muss
67 sie in der Rentenversicherung und in der Arbeitslosenversicherung berücksichtigt
68 werden. Gegebenenfalls muss der Staat dabei die Beiträge der Arbeitnehmer*innen
69 übernehmen.

70 Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der die Verrichtung von Care- bzw.
71 Reproduktionsarbeit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Das bedeutet, dass die
72 Professionalisierung der Care-Arbeit vorangetrieben wird, um flächendeckend
73 kostenlose Kinderbetreuung in Anspruch nehmen zu können und damit die
74 Organisation der Pflege von pflegebedürftigen und behinderten Angehörigen nicht
75 länger eine rein private Aufgabe ist. Darüber hinaus muss die Verteilung der Arbeit
76 von Geschlechterstereotypen befreit werden und in allen Bildungseinrichtungen
77 vermittelt werden, dass Care-Arbeit nicht weiblich, sondern menschlich ist. Für die
78 gerechte Verteilung der Care- und Reproduktionsarbeit sehen wir die Verkürzung der
79 Wochenarbeitszeit auf 25 Stunden als zentrales Instrument.

80 In der nun anlaufenden Legislatur erwarten wir, dass das Ehegattensplitting endlich
81 gestrichen wird. Das Steuermodell bevorzugt Verheiratete, bei denen nur eine Person
82 arbeitet. Entsprechend gesellschaftlicher Rollenklischees bleiben damit in den
83 allermeisten Fällen die Frauen zu Hause. Ein staatliches Programm, dass
84 Diskriminierung (in)direkt fördert, muss abgeschafft werden.

85 **Perspektive der Studierenden**

86 **Duales Studium**

87 Studium und Praxis miteinander zu verbinden ist in vielen Studiengängen enorm
88 hilfreich und erleichtert den späteren Berufseinstieg. Um hier die theoretischen Inhalte
89 und die Praxis bestmöglich kombinieren zu können, wurde bereits 1970 das duale
90 Studienmodell entwickelt. Das duale Studium sollte eine erste Antwort auf die
91 gestiegenen Qualifikationsanforderungen darstellen. Heute dient es nicht nur dazu,
92 während des Studiums schon Erfahrungen im Beruf zu sammeln, sondern auch
93 darum, sich in Teilen den Lebensunterhalt leisten zu können. In vielen dualen
94 Studiengängen fallen Studiengebühren an, die wir entschieden ablehnen. Für uns
95 steht fest: Bildung muss immer kostenfrei sein! Die Entlohnung des Dualen Studiums
96 muss sich verbessern, damit die dual Studierenden auch in teuren Städten tatsächlich
97 ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

98 Es lassen sich drei verschiedene Arten des dualen Studiums unterscheiden.

99 Das Ausbildungsintegrierende Studium verbindet den angestrebten Hochschulabschluss mit einem Abschluss
100 in einem anerkannten Ausbildungsberuf.

101 Das Praxisintegrierende Modell enthält verlängerte Praxisphasen in dem jeweiligen
102 Berufsfeld. Hierbei besteht für die Studierenden eine gültige Hochschulzulassung und
103 entweder ein Ausbildungs- oder Studienvertrag mit dem Praxispartner. Das
104 Berufsintegrierende Modell verbindet eine Teilzeittätigkeit mit einem Studium.
105 Viele Studierende arbeiten teilweise mehr als 30 Stunden pro Woche und werden
106 dafür nicht ausreichend entlohnt, denn aktuell sind die Rahmenbedingungen für dual
107 Studierende nicht gesetzlich geregelt. Wir Jusos fordern bereits seit 2016 die
108 Aufnahme von dual Studierenden in das Berufsbildungsgesetz (BBiG), um die
109 Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Löhne zu erhöhen. Nach fünf Jahren ist
110 diese Forderung aktueller denn je, denn die Zahl der dual Studierenden steigt und die
111 "Spielregeln" für die Praxisphasen sind weiterhin nicht angemessen geregelt. Wir
112 fordern die Aufnahme von dual Studierenden und ihren entsprechenden Praxisphasen
113 in den Unternehmen in das BBiG. Hier gelten aktuell keine einheitlichen Regelungen
114 und die Verträge zwischen den Studierenden und den Unternehmen werden
115 individuell geschlossen und es gibt keine Pflicht, einen gewissen Mindestbetrag
116 auszuzahlen, was zu Ausbeutung der jungen Mitarbeiter*innen führt. Außerdem muss
117 eine geregelte Ausbildung sichergestellt werden. Daher fordern wir die Pflicht zur
118 Vorlage eines Ausbildungsplans, der während des Studiums als Orientierung dient
119 und vielfältige Einblicke in den Beruf gewähren soll.

120 Bei der Aushandlung von Tarifverträgen ist es wichtig, die Besonderheiten der dual
121 Studierenden in den Blick zu nehmen und Ihre Belange wie Urlaub, Freistellung für
122 die Vorlesungen und Arbeitszeit im BBiG zu regeln und eine gesetzliche Grundlage zu
123 schaffen.

124 Diese Form der Ausbildung wird immer beliebter und 20% aller Studierenden
125 schlagen diesen Weg ein. Wir stehen solidarisch an der Seite der Studierenden und
126 der Gewerkschaften, die sich schon lange für das Thema einsetzen.

127 Um Gleichstellung zu fördern und Antifaschismus in unserer Gesellschaft zu stärken,
128 sollten diskriminierungskritische Inhalte Bestandteil aller Ausbildungen sein – das gilt
129 somit auch für das Studium. Wir fordern daher die Vermittlung
130 diskriminierungskritischer Inhalte, Kompetenzen und Grundsätze als verpflichtende
131 Bestandteile aller Studiengänge in Bayern – und perspektivisch bundesweit.

132 **Wissenschaftliche Perspektive**

133 "Unter dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz hätte jemand wie Albert Einstein
134 sicherlich keinen Nobelpreis bekommen" sagt der stellvertretende Vorsitzende der
135 Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW). Wer an einer deutschen
136 Universität promoviert, habilitiert oder auf andere Weise seine Qualifikation erhöht, fällt unter eben jenes
137 Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG), das bestimmt,

138 dass wissenschaftliche Mitarbeiter*innen bis zu sechs Jahr vor und sechs Jahre nach
139 ihrer Promotion befristet beschäftigt werden dürfen (in der Medizin sind es sechs
140 beziehungsweise neun Jahre). Die genauen Laufzeiten können die Hochschulen
141 selbst festlegen. Diese Regelungen haben zur Folge, dass es quasi keine
142 unbefristeten Stellen in der wissenschaftlichen Arbeit gibt, sondern alle
143 Mitarbeitenden auf eine Professur hinarbeiten oder die Wissenschaft früher oder
144 später verlassen müssen. 2020 waren laut GEW 89 Prozent aller Verträge
145 wissenschaftlicher Mitarbeiter befristet.

146 Die Befristungen sollen den wissenschaftlichen Werdegang der nachrückenden
147 Forscher*innen regeln und laut Bundesbildungsministerin Karlicek auch durch mehr
148 personellen Wandel Innovation schaffen und mehr Menschen einen Weg in der
149 Wissenschaft bieten. Doch das WissZeitVG verfehlt dieses Ziel und verschlechtert
150 sogar die Lebensverhältnisse von jungen wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen.
151 Unabhängig davon, ob "Innovation" tatsächlich durch Befristung entstehen kann, ist es
152 in unseren Augen nicht das primäre Ziel von Wissenschaft innovativ zu sein sondern
153 in erster Linie, wissenschaftliche Qualität durch ordentliche
154 Beschäftigungsverhältnisse sicherzustellen. Nur Wissenschaftler*innen, die sich keine
155 Sorgen um ihre berufliche Zukunft machen müssen, können gut forschen.

- 156 • Wer befristet arbeitet, kann keine Familie planen. 49 Prozent der Frauen und 42
157 Prozent der Männer, die nach der Promotion in der Wissenschaft arbeiten, bleiben
158 kinderlos. Gerade in der Phase zwischen Mitte 20 und Ende 30, in der Familien
159 gegründet und die Lebensplanung geschieht, haben junge Mitarbeiter*innen an
160 Universitäten keine Planungssicherheit, sondern hangeln sich von Vertrag zu
161 Vertrag.
- 162 • Die meisten Stellen sind wegen der vielfältigen Aufgaben auf Teilzeit ausgelegt.
163 Mit der Arbeit in Laboren, der Lehre oder der Betreuung studentischer Arbeiten
164 neben der Promotion wird aus einer bezahlten Teilzeitstelle schnell eine
165 gearbeitete Vollzeitstelle. Das eigentliche Ziel, die Promotion oder Habilitation,
166 wird zur Aufgabe in der vermeintlichen Freizeit.
- 167 • Die Innovation und die Qualität in der Forschung leiden, denn wer jedes halbe
168 Jahr auf einen neuen Vertrag hoffen muss, wird eher solide Publikationen
169 verfassen anstatt kontroverse Thesen zu vertreten und gängige Standpunkte der
170 Wissenschaft anzugreifen. Zudem herrscht auch hier keine Planungssicherheit,
171 denn wird ein Vertrag nicht verlängert, kann auch die Forschungsarbeit oft nicht
172 fortgeführt werden.

173 • Das Ziel der Professur ist ein Irrweg, denn nur eine von 23 Bewerbungen hat
174 Erfolg. Auf wenige Stellen kommen so enorm viele Bewerber*innen. Dabei werden
175 hauptsächlich die Zahl der Publikation und die erreichten Drittmittel bei der
176 Auswahl betrachtet, weniger die Qualität der Lehre. Wer keine Professur
177 bekommt, muss in den meisten Fällen nach zwölf Jahren befristeter Arbeit in der
178 Wissenschaft die Hochschule verlassen und in die freie Wirtschaft wechseln. In
179 vielen Fällen ist dieser Schritt aufgrund des Alters schwer und die
180 Karrierechancen sind extrem gering.

181 Diese Missstände nehmen wir nicht weiter hin! Die wissenschaftlichen
182 Mitarbeiter*innen sind das Grundgerüst der universitären Forschung und Lehre. Sie
183 unterrichten die künftigen Akademiker*innen und forschen zum Wohl der
184 Allgemeinheit. Deshalb verdienen sie Respekt und Sicherheit, keine prekären
185 Arbeitsverhältnisse. Wir fordern deshalb:

- 186 • Als Qualifikationserwerb dürfen nur noch Promotion und Habilitation behandelt
187 werden. Befristete Verträge sollen nur noch in diesen Fällen zulässig sein, nicht
188 mehr bei der Mitarbeit in Forschungsgruppen oder bei der Arbeit an Publikationen.
- 189 • Die Dauer der Befristung darf nicht mehr von den Universitäten selbst festgelegt
190 werden, sondern muss stärker gesetzlich beschränkt sein.
- 191 • Frauen muss es möglich sein, auch mit Kindern einen wissenschaftlichen
192 Werdegang anzustreben. Dazu müssen sie besonders gefördert werden, dazu
193 zählt beispielsweise die Bereitstellung von Betreuungsplätzen.
- 194 • Der geradlinige wissenschaftliche Werdegang mit dem Ziel einer Professur muss
195 verlassen werden. Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen müssen stattdessen
196 unbefristet angestellt werden.
- 197 • Unser Ziel ist es, alle Beschäftigten deutscher Hochschulen aus prekären,
198 befristeten und unfreiwillig abgeschlossenen Teilzeitverträgen in
199 sozialversicherungspflichtige Dauerstellen zu überführen.

200 Nur mit diesen Maßnahme können wir den Wissenschaftsstandort Deutschland
201 sichern und jungen Menschen gleichzeitig einen perspektivreichen Weg in die
202 universitäre Forschung eröffnen. Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen sollen endlich
203 den Respekt bekommen, den sie verdienen!

204 **Geringfügige Beschäftigung**

205 Grundsätzlich lehnen wir geringfügige Beschäftigungsverhältnisse ab. Diese sind vor
206 allem ein Mittel, mit dem Altersarmut, aber auch Armut im Falle des Jobverlustes
207 gefördert werden, da diese Arbeit keine Rentenpunkte einbringt und zudem auch kein
208 Beitrag in die Sozialversicherung eingezahlt wird. Da Frauen tendenziell häufiger in
209 geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, sind sie von diesen Gefahren

210 mehr betroffen als Männer. Arbeitgeber*innen haben aus unserer Sicht eine
211 Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft und diese Verpflichtung besteht darin,
212 Arbeitsplätze zu schaffen, die ein gutes Auskommen, das armutsfest ist, zu
213 garantieren. Dazu gehört neben dem Mindestlohn die Einzahlung in die Renten- und
214 Sozialversicherung. Wir fordern die Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro.
215 Verhältnisse, in denen Arbeitgeber*innen Bewerber*innen dazu nötigen, auf Renten- und
216 Sozialversicherungseinzahlungen zu verzichten, müssen unterbunden werden.
217 Hierzu bedarf es der Abschaffung von geringfügigen Beschäftigungen in der heutigen
218 Form. Für Schüler*innen und Studierende braucht es beispielsweise Formen der
219 Beschäftigung, die Einzahlungen in die Renten- und Sozialversicherung generieren,
220 damit bereits diese Arbeit zur Absicherung für später beiträgt.
221 Solange geringfügige Beschäftigungsverhältnisse bestand haben, bedarf es einer
222 besseren Aufklärung darüber, welche Auswirkungen der Verzicht auf Einzahlung von
223 Renten- und Sozialversicherungsbeiträge hat. Viele junge Menschen, die als
224 Schüler*innen ihren ersten Job annehmen, wissen nicht ausreichend darüber
225 Bescheid und lassen sich so leicht von Arbeitgeber*innen davon überzeugen, dass
226 sie auf eine Einzahlung verzichten. Hier muss dringend mehr Wissen vermittelt
227 werden.

228 **Perspektive der Azubis**

229 Mit der Einführung der Mindestvergütung für Auszubildende haben wir Jusos in der
230 letzten Legislaturperiode viel für junge Menschen erreicht – gegen den Widerstand der
231 Union. Die Höhe der Mindestausbildungsvergütung reicht aber immer noch nicht für
232 ein selbstständiges Leben von jungen Leuten aus. Daher kämpfen wir für eine
233 Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung, bis dies erreicht ist. Ebenso wollen wir
234 den Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) auf alle Ausbildungsberufe
235 ausweiten, sodass die Mindestausbildungsvergütung ebenso wie alle anderen
236 Schutzrechte im BBiG zukünftig für alle jungen Menschen in Ausbildung gelten.
237 Wir möchten eine Ausbildungsgarantie einführen, die jedem jungen Menschen das
238 Recht auf einen guten Ausbildungsplatz gibt. Denn immer noch verlassen viel zu viele
239 junge Menschen, die gerne eine Ausbildung machen würden die Schule ohne einen
240 Ausbildungsplatz. Der Staat hat hier die Verantwortung jedem jungen Menschen eine
241 gute Zukunftsperspektive zu geben. Die betriebliche Ausbildung hat hier jedoch
242 Vorrang vor dem staatlichen Ausbildungssystem. Daher bleibt es Ziel, dass jeder junge Mensch einen betrieb-
243 lichen Ausbildungsplatz bekommt.
244 Inzwischen beteiligen sich rund 80 Prozent der Betriebe gar nicht mehr an der
245 Ausbildung von Fachkräften. Gerade in Zeiten, in denen sich fast alle
246 Arbeitgeberverbände über fehlende Fachkräfte beklagen, es aber immer noch jährlich

247 Zehntausende junge Menschen gibt, die keinen Ausbildungsplatz bekommen, ist das
248 ein Zustand, den wir nicht hinnehmen können. Daher möchten wir durch eine
249 Ausbildungsplatzumlage dafür sorgen, dass sich zukünftig alle Betriebe zumindest
250 finanziell an der Ausbildung von Fachkräften beteiligen. Die Ausbildungsplatzumlage
251 sollte in einen Ausbildungsfonds entrichtet werden, aus dem wiederum die Schaffung
252 von Ausbildungsplätzen (im Rahmen der Ausbildungsgarantie) finanziert werden.
253 Damit Auszubildende berufliche Sicherheit auch nach dem Ende der Ausbildung
254 haben, fordern wir eine Übernahmegarantie in die Festanstellung.

255 Junge Menschen, die von ihren Eltern nicht finanziell unterstützt werden, haben oft
256 Probleme, die Lebenshaltungskosten während der Ausbildung zu tragen.

257 Mit dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) wurde 1971 eine staatliche
258 Förderung für solche Situationen geschaffen. Heute können aber nur noch wenige
259 Auszubildende diese Förderung in Anspruch nehmen, weil die Grenzen für das
260 Einkommen der Eltern zu niedrig angesetzt sind. Außerdem wird die Beantragung
261 durch viele bürokratische Hürden erschwert.

262 Wir fordern deshalb eine Umgestaltung des BAföG, die mehr Menschen den Zugang
263 zur Förderung ermöglicht. Dazu zählt beispielsweise, dass das BAföG unabhängig
264 vom Einkommen der Eltern ausgezahlt wird. Auch wollen wir, dass das BAföG nach
265 dem Ende der Ausbildung nicht mehr wie bisher zurückgezahlt werden muss.

266 Der antifaschistische Kampf für eine befreite Gesellschaft muss auch in den
267 Berufsschulen geführt werden. Die Vermittlung diskriminierungskritischer Konzepte,
268 Inhalte und Grundsätze ist ein weiterer Schritt auf diesem Weg und muss
269 baldmöglichst verpflichtender Teil der Lehrpläne für Berufsschulen in Bayern werden –
270 perspektivisch auch bundesweit.

271 **Ökologische Perspektive**

272 Der Klimawandel ist die zentrale Herausforderung unserer Zeit und wirkt sich damit
273 auf alle Teile unserer Gesellschaft aus. Wenn wir tatsächlichen Klimaschutz umsetzen
274 wollen, müssen wir ihn auch unter dem Eindruck der Arbeit betrachten.

275 Was den Bereich Arbeit in dieser Frage hingegen einzigartig macht, ist, dass sich
276 politische Entscheidungen unmittelbar und entscheidend auf die Lebensgrundlage der
277 Menschen auswirken.

278 Als sozialistischer Richtungsverband gilt für uns, dass wir Klimaschutz vor dem
279 Hintergrund von Klassenunterschieden betrachten und wir für soziale Gerechtigkeit
280 kämpfen – besonders, wenn es um Arbeit geht.

281 **Wege zur Arbeit**

282 Für viele Menschen in Deutschland ist der tägliche Weg zur Arbeit weiterhin der
283 Normalfall. Mehr als zwei Drittel greifen dabei auf das Auto zurück.

284 Für eine ökologischer gestaltete Arbeit, aber auch die Verkehrswende ist der
285 Arbeitsweg ein guter Ansatzpunkt.

286 Wir wollen den ÖPNV auch durch die flächendeckende Einführung eines Jobtickets
287 vorantreiben. Dieses muss über Landkreisgrenzen hinweg gültig und paritätisch vom
288 Staat und den Unternehmen finanziert werden. Damit schaffen wir auch den Anreiz,
289 den ÖPNV der Anschaffung von Firmenfahrzeugen vorzuziehen.

290 Bildung und Ausbildung spielen in diesem Zusammenhang ebenfalls eine wichtige
291 Rolle. Für uns als Jusos ist klar, dass Bildung auf allen Ebenen kostenfrei sein muss.
292 Nur so ist sie für jede*n zugänglich. Das bedeutet, dass der Staat auch die Kosten für
293 den Weg zur Schule oder Universität tragen muss.

294 Wir fordern deshalb ein steuerfinanziertes Bildungstickets für Schüler*innen,
295 Auszubildende und Studierende. Auch wer sich für eine Fort- oder Weiterbildung
296 entscheidet, darf auf den Fahrtkosten nicht sitzenbleiben, wenn er*sie nicht bereits ein
297 Jobticket hat. Am Ticket der Auszubildenden sollen sich, wie beim Jobticket, auch die
298 Unternehmen paritätisch an der Finanzierung beteiligen.

299 Zur Schulzeit, der Ausbildung oder dem Studium gehört die Begegnung mit anderen
300 jungen Menschen. Auch die eigenen Interessen bilden sich in dieser Zeit. Mobil zu
301 sein ist dabei besonders wichtig.

302 Wir wollen deshalb, dass die Bildungstickets nicht nur für den Weg zur Schule oder
303 Universität gelten, sondern jungen Menschen auch ermöglichen soll, in größere
304 Städte zu kommen.

305 Insgesamt wollen wir, dass der ÖPNV für alle zugänglich ist – unabhängig von Beruf
306 oder Alter. Wir wollen den kostenfreien ÖPNV für alle und setzten dabei auch auf
307 massive Investitionen, besonders, um Land und Stadt besser zu verbinden und
308 Querverbindungen zu schaffen. Wenn ausreichend Alternativen bestehen, wollen wir
309 den PKW-Verkehr weniger attraktiv machen und seine Infrastruktur zurück bauen.
310 Dadurch schaffen wir Platz, der wieder allen Menschen zur Verfügung steht.

311 **Für einen sozial-radikalen Wandel**

312 Einige Bereiche unserer Wirtschaft lassen sich nicht klimaneutral umbauen. Das betrifft gerade auch die Arbeit
313 im Kohlebergbau. Die Jobs in diesen Branchen werden
314 deshalb in den kommenden Jahren verschwinden. Für uns gehört es zur Ehrlichkeit,
315 das gegenüber den Beschäftigten so klarzustellen.

316 Wir stehen besonders in diesem Wandel an der Seite der Arbeiter*innen.
317 Deshalb fordern wir einerseits eine Frührente für Kohlearbeiter*innen, denen der
318 Arbeitsmarkt keine Chancen bietet oder zubilligt. Diese Rente darf das Rentenniveau
319 nicht unterschreiten und muss aus Steuermitteln finanziert werden. Die
320 Rentenbeiträge sollen übernommen werden, damit die Beschäftigten keine Nachteile

321 beim Eintritt in die reguläre Rente haben.

322 Für jüngere Arbeitnehmer*innen fordern wir umfassende Begleit- und

323 Unterstützungsprogramme bei der Umschulung, Weiterbildung und weiteren

324 Arbeitssuche. Während dieser Zeit soll das alte Verdienstniveau durch den Staat

325 garantiert werden.

326 In Regionen, in denen heute Kohle abgebaut wird, haben sich soziale und kulturelle

327 Strukturen gebildet. Die Schaffung von klimaneutralen Arbeitsplätzen soll deshalb

328 gerade dort gefördert werden. Besonders die zivilgesellschaftlichen Initiativen, gerade

329 solche, die sich für Toleranz, Antifaschismus und Jugendbildung engagieren, müssen

330 umfassend unterstützt werden.

331 Wenn Produktionsprozesse umgestaltet werden, können in anderen Branchen

332 Arbeitsplätze in eine klimaneutrale Zukunft überführt und neue Arbeitsplätze

333 geschaffen werden.

334 Dazu wollen wir Fort- und Weiterbildungen fördern. In diesem Zusammenhang fordern

335 wir ein Recht auf lebenslange Bildung. Die Teilnahme an solchen Programmen wollen

336 wir durch mindestens zehn zusätzliche (Bildungs-)Urlaubstage ermöglichen und die

337 Kosten für diese Weiterqualifikation auf die Unternehmen umlegen.

338 Um die sozial-ökologische Transformation generell aber besonders um sie im

339 Interesse der Beschäftigten voranzubringen wird eine grundlegende Demokratisierung

340 der Betriebe notwendig sein. Wir wollen, dass gemeinsam entschieden wird, wie und

341 was wir produzieren. Ressourcen sind endlich und müssen über demokratische

342 Aushandlung solidarisch verteilt werden.

343 **Ressourcenschonende Arbeit**

344 Klima- und Ressourcenschutz müssen auch am Arbeitsplatz eine Rolle spielen. Es ist

345 Aufgabe der Unternehmensführungen, ihre Arbeitsplätze und Prozesse

346 dementsprechend zu gestalten.

347 Die Digitalisierung schafft hier neue Möglichkeiten. So lassen sich Behördengänge weitestgehend papierlos

348 und von zu Hause aus erledigen und Dienstreisen,

349 besonders mit dem Flugzeug, können durch Online-Konferenzen vermieden werden.

350 In diesen Bereichen brauchen wir einen gezielten Ausbau.

351 Wir erkennen die Möglichkeit für den Klimaschutz, die das Homeoffice eröffnet.

352 Gleichzeitig sind wir uns der Risiken für Arbeitnehmer*innenrechte und soziale

353 Kontakte bewusst. Wir stehen hier an Seite der Gewerkschaften, um Ausbeutung zu

354 verhindern und gute Arbeitsbedingungen für alle zu schaffen.

355 Gerade in der Pflege gibt es viel zu tun: Wir sind der Auffassung, dass dem

356 Personalüberlastung nur mit Hilfe eines gesetzlich verbindlichen

357 Personalbemessungsinstrument erfolgreich entgegengewirkt werden kann. Wir

358 müssen zu einer Lohnpolitik kommen, die Einerseits zu einer flächendeckenden
359 Tarifbindung die Lohnentwicklung in den nächsten Jahren sichert, aber andererseits
360 eine Neubewertung der Eingruppierung in den Care-Berufen gewährleistet, die die
361 Komplexität und gesellschaftlichen Relevanz abbildet. Hierbei ist die regelmäßig und
362 häufige Evaluation und Anpassung maßgeblich. Dem Personalmangel kann nur durch
363 eine Ausbildungsinitiative entgegengewirkt werde. Auch die Möglichkeit sich in Care-
364 Berufen akademisch weiterzubilden, muss dringend ausgebaut werden.

365 **Arbeit im Wandel**

366 Wie unsere gesamte Gesellschaft befindet sich auch die Arbeitswelt in einem stetigen
367 Wandel und es kommen neue Herausforderungen auf uns zu, die es zu lösen gilt. Als
368 Teil der Arbeiter*innenbewegung begleiten wir diesen Weg und setzen uns an jeder
369 Stelle für die Belange der Arbeitnehmenden ein. Ausbeutung und ungerechte
370 Behandlung Einzelner müssen ein Ende nehmen.

B Bildung

B Bildung

B-1	Themenwerkstatt Bildung über Juso- Landesvorstand	Make Bildung – Not War!	49
B-4	Juso Landesvorstand Bayern	Antrag politische Bildung	61

B-1

Titel	Make Bildung – Not War!
Antragsteller*innen	Themenwerkstatt Bildung über Juso-Landesvorstand
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landtagsfraktion, BayernSPD-Landesvorstand

Make Bildung – Not War!

- 1 Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesvorstand, BayernSPD-Landtagsfraktion
- 2 Viele Menschen geben zurzeit ihr gewohntes Leben auf, sind tagelang auf den Beinen und suchen in verschie-
3 denen Ländern ein Dach über dem Kopf. Auch hier in Deutschland. Doch nicht nur Erwachsene und Berufstätige
4 sind unter diesen Geflüchteten, sondern auch Schüler*innen und Student*innen. Dadurch kommen auch
5 in den Bildungsstätten einige Probleme auf.
- 6 Wir, die Themenwerkstatt Bildung, der Jusos Bayern fordern somit:
- 7 An Schulen wird dringend mehr Personal gebraucht. Nicht nur, um den schon bestehenden Lehrer*innen-
8 Mangel zu decken, sondern auch, da die ukrainischen Kinder kaum, oder gar kein Deutsch können. Somit
9 sitzen diese zwar hinten in den Klassenräumen, verstehen aber nichts von dem Unterricht. Langfristig fordern
10 wir, diesen Mangel zu beheben, indem das Lehramtsstudium von Grund auf überarbeitet wird. Akut muss der
11 Freistaat aber ausreichend finanzielle Mittel zu Verfügung stellen, um diesen personellen Mehraufwand zu
12 decken. Es darf sich nicht länger auf Freiwillige verlassen und gleichzeitig die eigene Verantwortung anderen
13 zugeschoben werden.
- 14 Psychologische Betreuung ist nicht nur an Schulen, sondern auch an Universitäten eminent wichtig. Die ukrai-
15 nischen Staatsbürger*innen leiden unter Verlust und Trauma. Es müssen Möglichkeiten gefunden und um-
16 gesetzt werden, um den Menschen zu helfen. Genauso muss auch auf die Eltern geachtet werden, die selbst
17 von traumatischen Erlebnissen betroffen sind. Somit wären ukrainisch- russisch- oder englischsprachige Sozi-
18 alarbeiter*innen für Familien sehr wichtig. Mentor*innen an der Uni müssen vorhanden sein und finanzielle
19 Mittel aufgestockt werden.
- 20 Sprachkurse müssen angeboten werden, sowohl in Ukrainisch und Russisch, als auch in Englisch. Die Geflücht-
21 eten wollen sich integrieren, und das ist nur möglich, wenn sie die Grundlagen unserer Sprache beherrschen.
22 In Schulen ist es von immenser Bedeutung, mehr DaZ-Unterricht anzubieten, um den Kindern Deutsch bei-
23 zubringen und sie in ihre Umgebungsgesellschaft zu integrieren. Denn der Besuch unseres erstsprachlichen
24 Deutschunterrichts bringt ihnen anfangs wenig. Vor der Einrichtung langfristiger "Ausländerklassen" können
25 wir nur warnen, da zu diesem Zeitpunkt nicht klar ist, wie lange die ukrainischen Geflüchteten in Deutschland
26 bleiben. Die Schüler*innen müssen integriert und nicht in abgekapselten Klassenverbänden separiert wer-
27 den, damit ihre "Rückkehrfähigkeit" erhalten bleibt. Integration ist aber nur in Kontakt mit Umgebungssprache
28 und -kultur möglich, die in solchen "Ausländerklassen" ausgesperrt wird. Zudem sollte beachtet werden, dass
29 auch Tutorien und Nachhilfe von ukrainisch, russisch oder englisch sprachigen Personen angeboten werden
30 kann.
- 31 Auch Schul-/Lernmittel und digitale Endgeräte werden in Massen gebraucht. Dort fordern wir eine Unter-
32 stützung des Staates. Schulen und Gemeinden können hier nicht alleine agieren. Langfristig müssen Schulen
33 Staatsanliegen werden und dürfen nicht allein gelassen werden. Es muss Hilfe angeboten werden. Wir bitten
34 auch darum, dass sämtliche Elternbeiräte sich an Schulen erkundigen und sich intern darum bemühen, einige
35 Lernmaterialien zusammenzubekommen.
- 36 Auch Studierenden muss entgegengekommen werden. In Form von Vergünstigungen im öffentlichen Ver-

- 37 kehr, wie auch bei Mensabeiträgen oder Semesterbeiträgen. Öffentliche wie auch private Träger*innen von
38 Studierenden-Wohnheime sollen Konzepte entwickeln, wie bei
- 39 Wohnungssuche und Finanzierung der Miete unterstützt werden kann. Darunter fällt auch die Bafög-
40 Erleichterung bei Geflüchteten. Schließlich haben diese nicht alle benötigten Dokumente mitgenommen, wie
41 denn auch, auf der Flucht vor einem Krieg.
- 42 Bildungsstipendien müssen auch für Geflüchtete zugänglich gemacht werden, genauso wie die Ermögli-
43 chung von Weiterführungen und Beendigung von Forschungsprojekten, die in der Ukraine angefangen wur-
44 den.
- 45 Abschließend fordern wir eine langfristige Unterstützung der ukrainischen Flüchtlinge. Uns geht es darum,
46 dass diese nicht nur ein paar Monate unterstützt werden, sondern so lang wie sie dies brauchen. Schließlich
47 werden die meisten von ihnen auch länger, wenn nicht sogar für immer bei uns in Deutschland bleiben.
- 48 Солідарність з Україною (Solidarität mit Ukraine).

Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag
Mehr demokratische Teilhabe für junge Menschen
B-2 Mehr demokratische Teilhabe für junge Menschen

B-2

Titel	Mehr demokratische Teilhabe für junge Menschen
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

Mehr demokratische Teilhabe für junge Menschen

- 1 „Junge Menschen sind politisch, auch wenn immer noch versucht wird, Jugendlichen das politische Interesse
2 abzusprechen. Doch was heißt eigentlich „unpolitisch oder politisch sein“? Für viele ältere Menschen geschieht
3 die Politik nur in Parlamenten und nur, wer Teil eines Parlaments ist, ist auch Politiker*in. Jugendliche, die
4 Freitags mit „Fridays for Future“ auf die Straße gehen, werden nicht ernst genommen und schon gar nicht als
5 politische Menschen wahrgenommen. Es gilt immer noch das Klischee von „diesen jungen Leuten“, die nicht
6 wissen, was sie da tun. Die aktuelle Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2019 zeigt, dass das politische Interesse
7 bei Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren seit 2015 konstant relativ hoch liegt.
- 8 „Diese jungen Leute“ wollen dabei vor allem auch selbst Ziele erreichen und nicht nur den „erwachsenen“
9 Politiker*innen zuschauen. Gewünscht ist eine echte Partizipation, also eine aktive Teilhabe an Planungen,
10 Entscheidungen und deren Verwirklichungen, die vor allem den eigenen Lebensraum betreffen. Die Jugendli-
11 chen wollen Politik mitgestalten und nicht hören, wie über sie geredet wird. Sie wissen, was sie brauchen und
12 können dies selbst artikulieren.
- 13 Jedes Projekt, das unter dem Titel „Jugendpartizipation“ läuft, muss auf Wirkung ausgelegt sein.
- 14 Das bedeutet, dass es einen echten Einfluss auf Entscheidungen hat und nicht lediglich eine Scheinpartizipa-
15 tion darstellt. Nur so kann Partizipation für Jugendliche attraktiv sein. Die Jugendlichen müssen aktiv einge-
16 bunden sein, damit sie sehen, dass sie etwas bewirken können und dies auch weiter betreiben, sodass sie
17 nicht nach einem Projekt direkt wieder demotiviert aufgeben. Deshalb sind zwei Aspekte wichtig, die zum Ge-
18 lingen führen: hauptamtliches, geschultes Personal, dass die Beteiligung und Umsetzung konkreter Projekte
19 ermöglicht und die Bereitstellung der dafür notwendigen Ressourcen. So ist gewährleistet, dass die jungen
20 Menschen, die sich für Projekte einsetzen auch deren zeitnahe Umsetzung gestalten können.
- 21 **Politische Bildung: Partizipation fördern**
- 22 Bildung, so wie wir Jusos sie verstehen, befähigt Menschen, ihr Leben selbstbestimmt zu leben. Sie bildet damit
23 das Fundament einer demokratischen Gesellschaft. Politische Bildung meint insbesondere den Bereich der
24 Bildung, in dem Menschen lernen, wie politische Prozesse funktionieren und wie man an ihnen mitwirken
25 kann sowie Zusammenhänge im politischen Geschehen und in der Geschichte zu verstehen. Außerdem trägt
26 sie ihren Teil dazu bei, dass Werte wie Toleranz und Solidarität ausgebildet und gestärkt werden. Politische
27 Bildung erfolgt auf verschiedenen Wegen: Durch das Erlernen von theoretischem Wissen und das praktische
28 Erfahren von partizipativen Prozessen.

29 Jede*r hat eine Meinung – egal ob zwei oder 52 Jahre alt. Insbesondere Jugendliche unter 18 Jahren haben
30 durch den Ausschluss von demokratischen Wahlen weniger Möglichkeiten ihre Meinung einzubringen. Unab-
31 hängig davon artikulieren junge Menschen ihre Meinung anders, als erwachsene Menschen, dieser Besonder-
32 heit im Engagement Jugendlicher muss entgegen gekommen werden. Mitbestimmung ist dabei ein Lernpro-
33 zess, der so früh wie möglich beginnen muss. Bereits in der Kita können Kinder in Entscheidungen eingebun-
34 den werden. Sie lernen dabei, dass ihre Meinung zählt und eine Rolle spielt, und sie lernen auch auf andere
35 Meinungen zu achten.

36 Während die Bereiche, in denen Kleinkinder mitbestimmen, sich noch auf kleinere, kurzfristige Entscheidun-
37 gen beschränken, sollen die Möglichkeiten von Schüler*innen je nach Alter und Selbstständigkeit weiter wach-
38 sen. Dies betrifft sowohl die Gestaltung des Unterrichts als auch außerunterrichtliche Bereiche.

39 Jugendbeteiligungsformate müssen altersangemessen, niedrigschwellig und motivierend gestaltet werden.
40 Hierfür sind innovative Methoden zur Gestaltung von Diskussions- und Gruppenprozessen einzusetzen. Ins-
41 besondere sollen auch Methoden gefunden werden, die Kinder im Vorschul- und Grundschulalter an stadt-
42 planerischen Vorgängen die sie betreffen spielerisch beteiligt.

43 **Partizipation im Unterricht**

44 Unterricht, der Schüler*innen ermöglicht, eigene Entscheidungen über Lerninhalt und -methodik zu wählen,
45 ist in unserem aktuellen Schul- und Unterrichtssystem kaum möglich. Volle Lehrpläne und Leistungsdruck
46 dominieren den Alltag ebenso wie Frontalunterricht, in welchem die Lehrkraft bestimmt, wie häufig die Schü-
47 ler*innen etwas beitragen dürfen. Um selbstbestimmten Unterricht ermöglichen zu können, müssen Freiräu-
48 me durch erneuerte Lehrpläne und Stundentafeln geschaffen werden, sodass Kinder und Jugendliche – teils
49 individuell, teils in Gruppen – wählen können, was und in welcher Art und Weise sie lernen möchten. Auch
50 die Lehrkräfte müssen in Aus- und Weiterbildung dazu befähigt werden, ihren Schüler*innen Partizipation im
51 Unterricht zu ermöglichen.

52 **Politische Bildung als Lerninhalt**

53 In der Schule wird politische Bildung in Bayern vor allem im Fach "Politik und Gesellschaft" (vormals: Sozial-
54 kunde) bzw. "Sozialwesen" verortet, welches je nach Schulart unterschiedlich intensiv, jedoch stets mit sehr
55 niedrigem Stundenkontingent unterrichtet wird. So hat ein*e Schüler*in am Gymnasium eine Stunde Klasse
56 10, zwei Stunden Klasse 11, je eine 12 und 13, insgesamt also fünf Wochenstunden Unterricht in Sozialkunde,
57 was im Vergleich aller Schularten das Maximum darstellt. Das ist in unseren Augen zu wenig!

58 Ein Ziel des Faches ist, Schüler*innen zu Diskussionen anzuregen. Dies ist in diesen kurzen Zeitabschnitten
59 kaum möglich. Wir fordern deshalb sowohl die Erhöhung des Stundendeputats für Politikunterricht als auch
60 an dieser Stelle eine Flexibilisierung der Lernzeiten langfristig über ein Aufbrechen des starren Stundenrhyth-
61 muses sowie die Etablierung von Lernen in Projekten. Politikunterricht beziehungsweise passende Projekte
62 sollten dabei ab der ersten Klasse ihren Raum bekommen, wobei von Anfang an Bezug auf die aktuelle Tages-
63 politik genommen werden sollte. Es gilt, das Interesse von Kinder für Politik zu wecken und aufrechtzuerhalten.
64 Dies kann und sollte auch durch den Austausch mit Mandatsträger*innen oder Kandidierenden der demokra-
65 tischen Parteien, denen die AfD nicht angehört, aller politischen Ebenen geschehen, um Politiker*innen nahbar
66 zu machen. Ziel dabei ist es auch, die in den letzten Jahren teilweise verstärkt befeuerte Skepsis gegenüber
67 Parteien und Parlamenten abzubauen. Ebenso sind Gesprächsrunden oder Projekte mit Gewerkschaften und
68 Verbänden zu fördern sowie der Besuch von Orten mit politischer Relevanz wie zum Beispiel Gedenkstätten
69 oder Parlamente.

70 Bei der politischen Bildung, insbesondere der Zusammenarbeit mit Parteien und Organisationen, ist die Ein-
71 haltung des Beutelsbacher Konsenses selbstverständlich sicherzustellen. Dies bedeutet, dass Schüler*innen
72 durch die Lernangebote befähigt werden müssen, sich ihre Meinung zu bilden und sich an politischen Prozes-
73 sen zu beteiligen, und dass strittige Meinungen aus verschiedenen Blickwinkeln dargestellt werden müssen.
74 Dabei bleibt zu betonen, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Homophobie und Sexis-
75 mus keine strittigen Themen sind, sondern strikt abgelehnt werden und in der freiheitlich demokratischen
76 Grundordnung keinen Platz haben. Menschen, Parteien und Verbänden, die dies nicht glaubhaft vertreten, ist
77 in der Schule kein Podium zu bieten.

78 **SMVen stärken**

79 In der "Schülermitverantwortung" (sic) (kurz SMV) können sich Jugendliche an weiterführenden Schulen enga-
80 gieren, um ihre Schule mitzugestalten. An der Spitze des Gremiums stehen die von der Schüler*innenschaft
81 oder der Klassensprecher*innenversammlung gewählte Schüler*innensprecher*innen. Die SMV hat dabei
82 nach Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz das Recht, über alle die Schüler*innenschaft betreffen-
83 den Belange informiert zu werden, Beschwerden vorzubringen, zwischen Schüler*innen und Lehrkräften oder
84 Schulleitung zu vermitteln sowie Wünsche bezüglich des Schulalltags und Schulveranstaltungen vorzubringen
85 und bei der Umsetzung mitzuwirken. Inwieweit die SMVen dabei an ihren Schulen tatsächlich ihre eigenen Ide-
86 en und Vorstellungen umsetzen können, hängt allerdings stark von der jeweiligen Schulleitung ab. Wir fordern,
87 dass gewisse Rechte den SMVen über die aktuellen Bestimmungen hinaus grundlegend eingeräumt werden.
88 Hierzu gehört zum einen das Recht auf ein mehrtägiges, außer Haus stattfindendes SMV-Seminar an allen wei-
89 terführenden Schulen, das jährlich zu Beginn des Schuljahres stattfinden soll. Die SMVen können hier ihre ge-
90 meinsamen Ziele festlegen und sich als Team finden. Das Seminar soll vollständig finanziert werden. Darüber
91 hinaus sind den SMVen weitere finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit Projekte umgesetzt werden
92 können. Insbesondere sollen dabei politische Projekte unterstützt werden, die über aktuellen Aktivitäten wie
93 einen Kuchenverkauf und eine Halloweenparty hinausegehen.

94 Wir fordern außerdem, dass Schüler*innen in bestimmten Bereichen alleinige Entscheidungsrechte haben.
95 Dies kann beispielsweise die Verwendung von einem niedrigen einstelligen Prozentanteil des Schulbudgets
96 oder die Auswahl und das Angebot von Wahlfächern betreffen. Außerdem sind den SMVen die notwendigen
97 Räumlichkeiten für ihre Arbeit zur Verfügung zu stellen. Diese sollten auch außerhalb der Schulöffnungszeiten
98 erreichbar sein, da sich die Schüler*innen während der Schulzeit vorwiegend im Unterricht aufhalten und
99 deshalb keine Aktionen planen können.

100 Auch die Betreuung der SMV durch eine oder mehrere Verbindungslehrkräfte hängt stark von den gewählten
101 Personen ab – von völligem Desinteresse über angemessene und erwünschte Begleitung bis zur Bevormun-
102 dung. Sowohl für Schulleitungen als auch für Verbindungslehrkräfte sollten deshalb regelmäßige Weiterbildun-
103 gen angeboten werden, in denen sie lernen, wie sie partizipative Prozesse gestalten und die SMV im richtigen
104 Maße unterstützen können.

105 **Partizipationsmöglichkeiten in der Freizeit**

106 Kinder und Jugendliche verbringen einen großen Teil ihrer Zeit in oder bei Hausaufgaben und Lernen mit der
107 Schule. Bereits für Kinder in der dritten und vierten Klasse nimmt die häusliche Vorbereitung einen großen
108 Zeitraum am Nachmittag ein. Um sich entfalten zu können, ist es aber ebenso notwendig, den eigenen indivi-
109 duellen Hobbys nachgehen zu können. Schulen in Bayern sollten daher grundsätzlich als rhythmisierte Ganz-
110 tagsschulen organisiert sein, damit nach Ende der Schule auch alle schulischen Pflichten erfüllt sind. So haben
111 sie die Möglichkeit, Sport zu treiben oder sich ehrenamtlich zu engagieren. Auch in Vereinen und Verbänden
112 sollen die Möglichkeiten der Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche gestärkt werden.

113 **Mitbestimmung in der Ausbildung**

114 Während es auch in Berufsschulen SMVen gibt und die Auszubildenden hier – zumindest teilweise – mitbestim-
115 men dürfen, ist eine Mitbestimmung im Ausbildungsbetrieb bei weitem nicht sichergestellt. In Unternehmen
116 mit Betriebsrat vertreten Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) die Interessen der Auszubildenden.
117 Hat ein Unternehmen keinen Betriebsrat, so ist auch die Bildung einer JAV aktuell nicht möglich. Diesen Zu-
118 stand halten wir für nicht tragbar und fordern, dass in allen Unternehmen die Gründung einer JAV möglich
119 ist!

120 Damit die JAV eine echte Mitbestimmung besitzt, fordern wir unabhängige Handlungsmöglichkeit auch ohne
121 Zustimmung des BR in Fragen der Jugend, Auszubildenden, Dual Studierenden und Praktikant*innen. Dies
122 muss unter einem verstärkten Kündigungsschutz, Versetzungsschutz und der Zusicherung einer unbefriste-
123 ten Übernahme von JAV's nach der Ausbildung geschehen, um ohne Sorge auch bei schwierigen Fragen aktiv
124 werden zu können. Uns ist wichtig die Möglichkeiten der Mitbestimmung durch Azubis, Dualis, Jugendlichen
125 und Praktikant*innen in möglichst viele Betriebe zu tragen, weswegen die Altersgrenze für die Gründung einer
126 JAV abgeschafft werden soll und bereits ab 3 Azubis, Dualis, Jugendlichen oder Praktikant*innen deren Einsatz
127 länger als 3 Monate andauert, möglich sein muss.

128 **Politische Bildung über die Schule hinaus**

129 Mit dem Abschluss der Schule und der Ausbildung endet Lernen nicht. Vielmehr erlernt man sein Leben lang

130 neues Wissen und neue Fertigkeiten, die nicht ausschließlich mit dem eigenen Beruf zusammenhängen müs-
131 sen. Hierzu gehört auch die Fortbildung im Bereich der politischen Bildung. In allen Bundesländern außer
132 Sachsen und Bayern haben Arbeitnehmer*innen für Weiterbildung in den verschiedensten Bereichen die Mög-
133 lichkeit, Bildungsurlaub zu nehmen. Wir bekräftigen an dieser Stelle unsere Forderung nach der Einführung
134 eines gesetzlichen Anspruches auf Bildungsurlaub im Umfang von mindestens zwölf Tagen.

135 Darüber hinaus wollen wir, dass Einrichtungen der politischen Bildung stärker gefördert werden. In Oberbay-
136 ern ist dabei insbesondere die Georg-von-Vollmar-Akademie zu nennen, die im Bereich der politischen Bildung
137 ein attraktives und umfangreiches Bildungsangebot anbietet. Daher werden wir uns weiterhin dafür einsetzen,
138 dass deren Bildungsstätte in Kochel erhalten bleibt.

139 **Partizipation in der Kommune**

140 **Jugendsprechstunde**

141 Analog zu Bürger*innensprechstunden, die in vielen Kommunen von Bürgermeister*innen angeboten wer-
142 den, soll es auch mindestens einmal im Monat eine Sprechstunde des*r Bürgermeister*in für Kinder und Ju-
143 gendliche geben. Die Jugendlichen können so mit ihren Fragen rund um die Kommune bzw. die Politik in der
144 Kommune zum*r Bürgermeister*in kommen und bekommen Antworten aus erster Hand. Damit die Jugendli-
145 chen an kommunalen Entscheidungen teilhaben, brauchen sie die Möglichkeit leicht an Antworten zu kommen
146 – dies klappt am besten in einer Jugendsprechstunde des*r Bürgermeister*in oder eines*r Vertreter*in des
147 Gemeinderats. Ein leicht zugängliches, niederschwelliges Onlineportal soll darüber hinaus alle Beschlüsse und
148 Anträge der Kommunen (Gemeinde- & Stadträte sowie Kreistage) übersichtlich zur Verfügung stellen.

149 **Jungbürger*innenversammlungen**

150 Um die Jugendlichen besser in die Geschehnisse der Gemeinde einzubinden, soll mindestens einmal im Jahr
151 eine Jungbürger*innenversammlung stattfinden, zu der alle Jugendlichen, im Alter von 10 bis 22 Jahre, recht-
152 zeitig per Post eingeladen werden. Um eine möglichst breite Beteiligung zu ermöglichen, ist darüber hinaus
153 auch in den Jugendzentren zu mobilisieren, in denen auch Menschen erreicht werden können, die noch nicht
154 politisch interessiert oder aktiv sind. Zusätzlich muss die Veranstaltung auf Social Media und in der Zeitung
155 beworben werden. Auf der Jungbürger*innenversammlung muss der Stadt- oder Gemeinderat allen Jugendli-
156 chen mit einem offenen Ohr Rede und Antwort stehen.

157 Innerhalb eines bestimmten Rahmens soll die Jungbürger*innenversammlung abschließende Entscheidungen
158 treffen können, wenn kein Jugendrat vorhanden ist. Die Themensetzung für die Veranstaltung soll dabei durch
159 die Jugendlichen selbst, beispielsweise durch Rückmeldung in den sozialen Medien erfolgen.

160 **Jugendrat**

161 Neben der Jungbürger*innenversammlung stellt auch ein Jugendrat eine gute Möglichkeit der direkten Jugend-
162 partizipation dar.

163 *Definition Jugendrat*

164 Ein Jugendrat ist ein Gremium, in welchem Jugendliche zu aktuellen Belangen einer Kommune tagen. Es ori-
165 entiert sich dabei an den parlamentarischen Gremien in der Kommune – also dem Stadt- oder Gemeinderat.
166 den Jugendrat bzw. die Jugendlichen, die Teil des Jugendrats sind, sollen zu einer Verbesserung der Situati-
167 on von Kindern und Jugendlichen in der Kommune beitragen. Sie sind die Vertreter*innen aller Kinder und
168 Jugendlichen und setzen sich für diese ein.

169 Die institutionalisierte Beteiligung von Jugendlichen an der politischen Entscheidungsfindung existiert in ver-
170 schiedenen Formen unter verschiedenen Bezeichnungen. Unter Jugendparlamenten werden unterschiedliche
171 Dinge verstanden, das reicht von gewählten dauernden Vertreter*innen bis zu einmalig tagenden Vollver-
172 sammlungen, aus denen keine Ergebnisse resultieren.

173 Wir verwenden daher den Begriff des Jugendrates, dieser beinhaltet für uns Kriterien, wie die projektorientierte
174 und verstetigte Arbeitsweise, ausreichende Finanzierung und hauptamtliche Unterstützung.

175 *Grundanforderungen an Jugendräte*

176 Die Wahlen für den Jugendrat sollen demokratisch per Brief stattfinden. Wahlberechtigt sind alle Kinder und
177 Jugendlichen von 13 bis 22 Jahren mit Wohnsitz in der jeweiligen Gemeinde. Hierbei muss die Kommune dafür
178 sorgen, dass alle sozialen Schichten abgebildet sind.

179 Sind in der Kommunalen Ebene ausreichend örtliche Schulen vorhanden, so ist die Wahl für den Jugendrat
180 über ein Delegiertensystem zu bevorzugen. Dabei entsenden die örtlichen Schulen gewählte Delegierte, wo-
181 bei alle vorhandenen Schularten gleichermaßen vertreten sein müssen. Diese bilden dann den Jugendrat auf
182 kommunaler Ebene. Die kommunalen Strukturen bringen unterschiedlichste Voraussetzungen mit sich. Länd-
183 liche Kommunen, in denen es nur wenige oder gar keine weiterführenden Schulen gibt, haben oft das Problem,
184 dass eine schulbasierte stetige Jugendpartizipationsarbeit kaum umzusetzen ist. Wichtig ist uns, dass Jugend-
185 partizipation überall stattfindet. Deshalb bevorzugen wir in diesen Fällen Projektbezogene Jugendarbeit, deren
186 Ausgestaltung den Kommunen obliegt. So können insbesondere ländliche Strukturen von jungen Menschen
187 mitgestaltet und attraktiver gemacht werden. Grundsätzlich soll dabei auf Geschlechtergerechtigkeit geachtet
188 werden und sich an die Leitplanken des BJR für Jugendpartizipation gehalten werden:

189 – altersangemessen, milieu- und geschlechtersensibel niederschwellig und motivierend zeitlich für die Jugendli-
190 chen überschaubar angelegt bezugnehmend auf das konkrete Lebensumfeld transparent in den tatsächlichen
191 Auswirkungen auf Entscheidungen ausreichend mit finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet Per-
192 spektiven und Nachhaltigkeit für Anschlussprojekte/-initiativen bietend

193 Sobald die Wahl des Jugendrats durchgeführt wurde, liegt die politische Verantwortung bei den gewählten
194 Mitgliedern.

195 Jeder Jugendrat wird durch eine pädagogische Fachkraft unterstützt. Diese hat dabei selbstverständlich im
196 Jugendrat kein Stimmrecht, kann aber angehört werden. So begleitet sie den Prozess, gibt – sofern nötig – Im-
197 pulse und steht zur Unterstützung bereit, sollte es zu Konflikten oder anderen Problemen kommen. Inwieweit
198 eine Betreuung durch die pädagogische Fachkraft erfolgt beziehungsweise wie umfangreich diese ist, soll von
199 den Jugendlichen mitbestimmt werden können.

200 *Räumlichkeiten*

201 Weiterhin ist es notwendig, dass der Rat einen barrierefreien Tagungsraum von der Gemeinde zur Verfügung
202 gestellt bekommt. Als Raum kann beispielsweise der Jugendraum oder das Jugendzentrum der Gemeinde
203 genutzt werden, wenn Ausstattung und Größe dies zulassen.

204 *Ebenen und Zusammenarbeit der einzelnen Jugendräte*

205 Die Jugendräte sollen analog zu den Kommunalebene angegliedert sein. Davon ausgenommen sind die Be-
206 zirkrausschüsse der großen Städte, da sich dort junge Menschen erfahrungsgemäß eher mit der gesamten
207 Stadt identifizieren als mit einzelnen Stadtvierteln. Die Räte auf den unterschiedlichen Ebenen sollen unab-
208 hängig voneinander gewählt werden. Selbstverständlich besteht die Möglichkeit, sich sowohl für einen Platz
209 im Jugendrat der Kommune zu bewerben als auch für den Kreisjugendrat. Durch die Unabhängigkeit der Gre-
210 mien verhindert man, dass immer nur die gleichen Menschen Verantwortung und Posten übernehmen. So
211 können sich Bewerber*innen, die sich insbesondere für Themen im Landkreis einbringen wollen, auf der ent-
212 sprechenden Ebene wählen lassen, ohne vorher auf kommunaler Ebene gewählt worden zu sein. Das schafft
213 abwechslungsreiche Jugendräte mit vielen neuen Blickwinkeln.

214 Wir möchten die Zusammenarbeit zwischen Kreis- und Kommunalebene fördern, indem wir analog zu den
215 Bürgermeister*innenrunden auch Treffen zum inhaltlichen Austausch anbieten. Dabei kann ein Erfahrungs-
216 austausch stattfinden und es können neue Denkanstöße geliefert werden. Verschiedene Themen, die in meh-
217 reren Gemeinden relevant sind, können vom Kreis unterstützt werden, damit eine flächendeckende Umset-
218 zung erreicht werden kann.

219 *Aktive Mitbestimmung des Jugendrats*

220 Um dem Jugendrat die Möglichkeit zu geben, seine Beschlüsse und Initiativen umzusetzen und seine Arbeits-
221 fähigkeit zu gewährleisten, sollen die Kommunen in ihrem Haushalt für den Jugendrat eine gesonderte Stelle
222 einrichten. Der Jugendrat verwaltet dabei selbst die ihm zur Verfügung gestellten Mittel und legt der Kommune
223 einen Bericht über die Verwendung der Mittel vor.

224 Damit die Bedürfnisse der Jugendlichen durch das Budget erfasst werden, soll die Kommune den Jugendlichen
225 in dieser Angelegenheit ein Mitspracherecht über die Höhe des Budgets einräumen.

226 Die Anträge, die den Jugendrat behandelt, sind Vorschläge der jungen Bevölkerung einer Kommune, wie sie
227 sich ihr Leben vor Ort in Zukunft wünschen und vorstellen. Die Gemeinden sollen den Räten deshalb außerdem
228 die Möglichkeit geben, Anträge in den Gemeinderat einzubringen. An den Beratungen über die Vorschläge
229 sollen Mitglieder des Jugendrates teilnehmen und auch ein Rederecht bekommen. So soll sichergestellt sein,
230 dass den Jugendrat möglichst reibungslos tätig sein kann und Jugendbeteiligung in der Kommune erfolgreich
231 funktioniert.

232 *Unterstützung des Jugendrats durch Jugendbeauftragte des Gemeinderats und pädagogische Fachkräfte*

233 Kommunale Jugendbeteiligung ist in jeder Gemeinde ein besonders wichtiges Thema, das leider oft nicht die
234 nötige Aufmerksamkeit bekommt. Gerade in kleineren Gemeinden kommt es häufig vor, dass sich Jugend-
235 beauftragte als einzige den Anliegen der Jugendlichen annehmen. Das es sich hierbei in der Regel um ein
236 Ehrenamt zusätzlich zum Gemeinderatsmandat handelt, hängt die jugendpolitische Aktivität häufig von den
237 zeitlichen Ressourcen und den politischen Schwerpunkten der*des Beauftragten ab und kommt leider häufig
238 zu kurz. Da die kommunale Jugendbeteiligung ein sehr großes Feld ist, reicht es oft nicht, nur einen ehrenamt-
239 lichen Beauftragten dafür einzusetzen. Wir fordern stattdessen pädagogische Fachkräfte, die sich als Teilbe-
240 reich ihrer Arbeitsstelle um die Koordination und den Aufbau des Jugendrats kümmern. Gerade in kleineren
241 Gemeinden kann es sein, dass sie sich keine Fachkraft leisten können und diese Fachkraft auch nicht genug
242 Aufgaben für eine Vollzeitstelle hätte. Eine mögliche Lösung wäre an dieser Stelle, dass sich mehrere Nach-
243 bargemeinden eine pädagogische Fachkraft für den Bereich der Jugendpartizipation und die Betreuung des
244 Jugendrats teilen.

245 Wichtig ist bei der Unterstützung des Jugendrats, dass die Sozialpädagog*innen nicht die Rolle der*des "Auf-
246 passer*in" übernehmen, sondern sie sollen im Sinne des Empowerment-Ansatzes, die Jugendlichen befähigen,
247 selbst aktiv zu werden und den Prozess der politischen Beteiligung unterstützend zu begleiten. Die pädagogi-
248 sche Fachkraft steht dabei immer, wenn Fragen aufkommen, als Ansprechperson zur Verfügung.

249 Deshalb fordern wir:

250 Die Partizipation junger Menschen als Grundsatz in die Bayrische Verfassung aufzunehmen. Die Jugendbetei-
251 ligung als Prinzip in die Bayrische Gemeindeordnung sowie in den Geschäftsordnungen der Kommunen und
252 Landkreise festzuschreiben.

253 **Wahlalter 14 jetzt!**

254 *Fridays for Future*, die Demonstrationen gegen die Urheberrechtsreform der Europäischen Union und zahlrei-
255 che Debatten über die Sozialen Netzwerke machen klar: Die Jugend will mitbestimmen. Aktive Mitbestimmung
256 und Beeinflussung der politischen Lage geschieht in einer Demokratie durch die Teilnahme an Wahlen. Doch
257 hier haben wir aktuell für Jugendliche einen deutlichen Missstand: Wählen ist erst ab Erreichen der Volljährig-
258 keit mit 18 Jahren möglich.

259 Besonders konservative Kräfte lehnen vehement das Wahlrecht für Jugendliche unter 18 Jahren ab. Der häu-
260 figste Vorwurf der Gegner*innen ist die fehlende Einsichtigkeit und der Mangel an Verantwortungsbewusst-
261 sein der jungen Menschen, die an die Urnen treten möchten.

262 Doch bekommen die Jugendlichen in vielen Bereichen noch vor dem Erreichen der Volljährigkeit Verpflich-
263 tungen auferlegt und Rechte zugesprochen. Mit 16 Jahren können Jugendliche bereits eine Arbeit annehmen
264 bzw. in eine Lehre eintreten. Damit kann auch die Verpflichtung mit einhergehen, Steuern und Abgaben zu
265 entrichten.

266 Die Strafmündigkeit tritt bereits mit 14 Jahren ein, ein*e Jugendliche*r kann ab diesem Zeitpunkt für all seine
267 Vergehen zur Rechenschaft gezogen werden und muss sich für diese verantworten. Auch haben Jugendliche
268 in vielen deutschen Bundesländern mit Erreichen des vierzehnten Lebensjahres das Recht, ihre Religion be-
269 ziehungsweise ihre Religionszugehörigkeit frei zu wählen, ohne die Zustimmung der Eltern einholen zu müs-
270 sen.

271 Auch der Vorwurf, Jugendliche seien in ihrer Wahlentscheidung leichter beeinflussbar als ihre erwachsenen
272 Mitbürger*innen, entbehrt seiner Grundlage. Besonders des Vorwurf, junge Menschen würden leichter für

273 einfache und radikale Äußerungen zu begeistern sein als

274 Erwachsene und deshalb eher rechtsradikale Parteien wählen, ist haltlos: Stimmten bei der Bundestagswahl
275 2017 12,6 Prozent der Deutschen für eine offen menschenfeindliche Partei, die AfD, erreichte diese bei den Ju-
276 niorwahlen, also Wahlen für alle Minderjährigen, 6,0 Prozent, die Hälfte des Ergebnisses der Bundestagswahl.
277 Bei näherer Betrachtung entpuppen sich die Argumente der Gegner*innen einer Herabsetzung des Wahlalters
278 als Nebel um den wahren Kern: Einer Verweigerungshaltung gegenüber der gesellschaftlichen Entwicklung, die
279 dem 21. Jahrhundert angemessen ist.

280 Doch diese Anschauung wird sich nicht halten, denn wir werden das nicht zulassen. Das machen wir mit diesem
281 Antrag nochmals deutlich. Wir fordern das kommunale Wahlrecht für alle Menschen an ihrem Hauptwohnsitz.
282 Wir fordern die Absenkung des Wahlalters – aktiv wie auch passiv – auf 14 Jahre für alle!

Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landtagsfraktion, BayernSPD-Landesparteitag
Schulen sollen stärken

B-3

Titel	Schulen sollen stärken
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landtagsfraktion, BayernSPD-Landesparteitag
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landtagsfraktion, BayernSPD-Landesparteitag

Schulen sollen stärken

1 “Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden” – so
2 steht es seit 74 Jahren in Artikel 131 der Bayerischen Verfassung, doch von der Erfüllung dieses Versprechens
3 sind wir insbesondere in Corona- Zeiten weit entfernt. Immer noch wird zu viel Wert gelegt auf reine Fakten-
4 vermittlung, deren lebensweltlicher Bezug oftmals fragwürdig ist.

5 Über dem Lernen als Wert an sich wird immer wieder die Abprüfbarkeit des Lernstoffes gestellt. Die Diskussion
6 um Öffnung und Schließung von Schulen drehte sich zu oft um Fragen der (Abschluss-)Prüfungen, aber zu sel-
7 ten um pädagogische Fragen. Zusätzlich zu den Belastungen während der Pandemie sollen die Schüler*innen
8 vor allem Leistungen erbringen – aus diesem Grund wurden sogar die Faschingsferien in Bayern gestrichen. In
9 der aktuellen Zeit der großen Belastung, in der psychische Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen mas-
10 siv ansteigen, aber auch für die Zeit nach der Pandemie ist es wichtig, die psychische Stärkung der Lernenden
11 endlich in den Fokus der Bildung zu lenken.

12 Die psychische Gesundheit der Schüler*innen leidet unter dem Leistungs- und Selektionsdruck unseres Schul-
13 systems. Für uns ist klar, dass Leistungsdruck und gegliedertes Schulsystem fallen müssen, um Stress und
14 massive Belastung wirksam aus den Schulen zu vertreiben. Aber auch im aktuellen Bildungssystem wollen
15 wir den Fokus so verschieben, dass die Stärkung der psychischen Gesundheit der Kinder und ihr allgemeines
16 Wohlbefinden einen höheren Stellenwert erhalten. Uns ist dabei wichtig, dass unsere Überlegungen für alle
17 Schulformen gültig sind und wir insbesondere weg wollen von der Überbetonung von Gymnasium und Abitur,
18 um auch anderen Schulformen zur Aufmerksamkeit zu verhelfen, die sie verdienen.

19 **Keine Entscheidung ohne Schüler*innen**

20 Die momentanen Zeiten sind für alle eine Herausforderung. Auch die Schüler*innen leiden massiv darunter,
21 dass keine Planbarkeit möglich ist. Sie haben keine Möglichkeit, mitzubestimmen und müssen den Verord-
22 nungen folgen, die vom Kultusministerium diktiert werden. Das Erlernen demokratischer Verfahren und die
23 Erfahrung der eigenen Selbstwirksamkeit in der Gemeinschaft gehören zu den wichtigsten Bildungszielen. Al-
24 lerdings stehen sie faktisch in der Schule oft im Hintergrund. Ministerium, Schulträger*innen, Direktorat und
25 Lehrer*innenschaft entscheiden oft über die Köpfe der Schüler*innen hinweg. In der “Schulfamilie” bestim-
26 men also nach wie vor meist Patriarchen über scheinbar unmündige Kinder.

27 **Deshalb fordern wir:**

- 28 • Die Schüler*innen müssen bei Entscheidungen über das Lernen Mitspracherecht bekommen. Unser
29 Ziel ist eine Schule, in der individuelles Lernen möglich ist und Schüler*innen ihre Lernziele selbst wäh-
30 len. Im aktuellen System sind Schwerpunktsetzungen bzw.

- 31 • Wahlmöglichkeiten für Einzelne und Klassen ermöglichen. In Zeiten von Distanz- und Wechselunter-
 32 richt sollte es Klassen und einzelnen Schüler*innen möglich sein, selbst zu wählen, ob sie in der Schule
 33 oder Online am Unterricht teilnehmen wollen. Die Präsenzpflicht ist auszusetzen.
- 34 • Im Unterricht muss eine Feedbackkultur eingeführt werden, in der es den Schüler*innen ohne Angst vor
 35 "Rache" durch die Lehrkraft in Form von schlechten Zensuren möglich ist, den Unterricht zu kritisieren
 36 und mit ihren Vorschlägen zu verbessern.
- 37 • In Bayern muss die Erlaubnis für die Einrichtung Demokratischer Schulen gegeben werden. Diese Schul-
 38 form übt nicht nur demokratische Verhaltensformen von Anfang ein, sie ermöglicht auch freies Lernen:
 39 die Schüler*innen lernen wann wo wie und was sie wollen. Die Erfahrungen der Demokratischen Schu-
 40 len müssen für die Schulentwicklung auch und insbesondere der Regelschulen fruchtbar gemacht wer-
 41 den. Langfristig soll die Demokratische Schule die Regelschule werden.

42 **Zeit für Schüler*innen – Zeit für Lehrkräfte – Zeit für Klassen**

43 Die Kontaktbeschränkungen, der Distanzunterricht und der fehlende soziale Austausch mit Mitmenschen zerrt
 44 enorm an der psychischen Gesundheit der Schüler*innen. Aber auch sonst fehlt in Schulen häufig die Zeit, sich
 45 mit dem eigenen Befinden und dem anderer auseinanderzusetzen, da der Fokus auf dem Lernen von Fakten
 46 und der Leistungsmessung liegt.

47 Wir wollen für Schüler*innen, Lehrkräfte, Klassen und Beratungsfachkräfte Zeiten schaffen.

48 **Deshalb fordern wir:**

- 49 • Austausch zwischen Lehrkräften und Schüler*innen über Lernen und Leben muss zum Alltag gehören.
 50 Regelmäßige Feedback- und Beratungsgespräche müssen Raum und Zeit bekommen – das bedeutet,
 51 dass sowohl zur Beratung geeignete Räumlichkeiten als auch fest vorgesehene
- 52 • Zeiten für Einzelgespräche zwischen Schüler*innen und Lehrkräften geschaffen werden müssen. Es ist
 53 Aufgabe des Kultusministeriums, eine Möglichkeit zu schaffen, wie diese Gespräche – insbesondere
 54 in Zeiten des Distanzlernens – auch online geführt werden können, ohne dass es Probleme mit dem
 55 Datenschutz gibt.
- 56 • Bewährt haben sich auch "Zeit für uns"- Stunden (ZfU), in denen Schüler*innen frei selbst bestimmen,
 57 was thematisiert werden soll. Hier haben die Schüler*innen die Möglichkeit, sich in ihrer Klasse auszu-
 58 tauschen. Das Spektrum der Themen reicht von Planung und Mitgestaltung von schulinternen Projek-
 59 ten und Veranstaltungen, über Probleme in der Klasse, bis zu Ideen für soziales und politisches Engage-
 60 ment. Die ZfU- Stunden müssen für alle Schulen in einem sinnvollen Umfang vorgeschrieben werden.
 61 Lehrkräfte müssen mit dem Konzept vertraut gemacht werden. Es ist wichtig, dass sie lernen, sich in
 62 diesen Stunden zurückzunehmen.
- 63 • An allen Schulen muss ausreichend Personal für die Beratung von Schüler*innen angestellt sein. Für
 64 die Vernetzung der multiprofessionellen Teams muss Arbeitszeit eingeplant werden.

65 **Soziales und selbstständiges Lernen**

66 Im Berufsleben bekommen Menschen Aufgaben, doch wie sie diese Aufgaben lösen, ist ihnen überlassen. Zu-
 67 sammenarbeit, kreative Lösungsfindung und Selbststrukturierung sind Fähigkeiten, die dann gebraucht wer-
 68 den. Doch der aktuelle Unterricht ist häufig das Gegenteil von Zusammenarbeit und Eigenständigkeit. Mit Blick
 69 auf die Zukunft sind viele junge Menschen verunsichert, weil sie das Gefühl haben, relevante Kompetenzen im
 70 Unterricht nicht erlernt zu haben. Unser Ziel ist klar: Unterricht muss viel schüler*innenzentrierter sein und
 71 statt reiner Fakten Kompetenzen vermitteln, die ein Leben lang helfen. Solche Kompetenzen können kaum im
 72 herkömmlichen Unterricht vermittelt werden. Lediglich bei Aufenthalten in Schullandheimen oder Wandertag-
 73 en liegen solche Lernformen derzeit vor, denn auch in diesen offenen Situationen können die Schüler*innen
 74 viel voneinander und miteinander lernen. Weitere offene Lehr- Lernsituationen sind Planspiele, bei denen
 75 die Schüler*innen durch Unterstützung der Lehrkraft das politische Geschehen beispielsweise in Bayern oder
 76 Deutschland direkt erfahren. Durch diese direkte Erfahrung lernen die Schüler*innen den Stoff deutlich inten-
 77 siver.

78 **Deshalb fordern wir:**

79 • Ausbau und aktive Förderung offener Lernkonzepte und Teamarbeiten im regulären Schulunterricht
80 und in Prüfungssituationen.

81 • Verpflichtende Schullandheimaufenthalte und Wandertage mit Übernahme aller Kosten.

82 **Gleiche Chancen für alle – Materielle Nachteile ausgleichen, Lernen fördern**

83 Schüler*innen, die weniger Geld als andere haben, haben in der Schule schlechtere Bedingungen. Dies wurde
84 auch während der Pandemie mehr als deutlich. Viele Schüler*innen haben nicht die nötigen Endgeräte, um
85 am digitalen Unterricht teilnehmen zu können. Dies setzt die jungen Menschen zusätzlich unter hohen Druck.
86 Noch problematischer wird es, wenn Schüler*innen keinen geeigneten Raum haben, um in Ruhe lernen zu
87 können, zum Beispiel weil ihre Eltern im gleichen Raum im Homeoffice arbeiten oder sie sich mit ihren Ge-
88 schwistern den Computer teilen müssen. Ein weiterer Punkt, der in den Fokus genommen werden muss, sind
89 die unterschiedlichen Startbedingungen beim Thema Lernen. Schüler*innen aus Akademiker*innenfamilien
90 bekommen häufig von ihren Eltern vorgelebt, wie man konzentriert lernt, weil die Eltern in ähnlicher Weise
91 arbeiten. In Familien, in denen die Eltern einem Beruf nachgehen, der vor allem körperliche Arbeit erfordert,
92 haben die Kinder dieses Vorbild nicht. Es ist Aufgabe der Schule, Kindern die Möglichkeit zu geben, konzen-
93 triertes Lernen zu erlernen. Der Vergleich mit anderen belastet junge Menschen zusätzlich, vor allem dann,
94 wenn sie nicht auf der Seite der Wohlhabenden stehen.

95 **Deshalb fordern wir:**

96 • Lernmittelfreiheit beinhaltet aktuell nur die Schulbücher (– und dies auch nur teilweise, da verloreng-
97 gangene Schulbücher ersetzt werden müssen.) Wir fordern eine Ausweitung der Lernmittelfreiheit auf
98 den gesamten Schulbedarf, also zum Beispiel Hefte, Stifte und auch digitale Ausstattung wie zum Bei-
99 spiel ein Laptop. Gleichzeitig müssen schnelle und stabile Internetverbindungen sichergestellt werden.

100 • Lernen lernen muss zentraler Bestandteil der Schule und des Unterrichts sein. Dabei ist es notwendig,
101 die individuellen Voraussetzungen der einzelnen Schüler*innen in den Fokus zu nehmen und nicht
102 mit dem Gießkannenprinzip allen Schüler*innen die gleiche Förderung zukommen zu lassen.

103 **Psychische Gesundheit zum Thema machen – Stigmatisierung von psychischen Erkrankungen been-** 104 **den**

105 Um psychischen Krankheiten aktiv entgegenzuwirken, ist es nicht nur wichtig, dass Stress und Belastungen ins-
106 gesamt reduziert werden, sondern auch, dass junge Menschen erfahren, wie sie mit individuellen Belastungen
107 umgehen können. Gleichzeitig müssen psychische Erkrankungen in der Gesellschaft den gleichen Stellenwert
108 wie körperliche Erkrankungen erhalten und mit derselben Rücksichtnahme auf Betroffene einhergehen. Dazu
109 ist es notwendig, dass Schüler*innen ein breites Wissen über psychische Erkrankungen erlangen.

110 **Deshalb fordern wir:**

111 • Psychische Erkrankungen sollen als Querschnittsthema in allen Fächern behandelt werden. Dies be-
112 inhaltet nicht zwangsläufig die ausführliche Darstellung des Störungsbildes, sondern soll auch in Er-
113 wählungen in allen Fachbereichen, der Literatur und sonstigen Aufgaben vorkommen.

114 • Schulen sollen Informationsabende und Ausstellungen zu psychischen Erkrankungen und Möglichkei-
115 ten von Hilfe und Unterstützung anbieten.

116 • Die Ansprechpartner*innen innerhalb der Schulfamilie für psychisch belastete Schüler*innen sowie
117 Freund*innen und Familienmitglieder psychisch belasteter Personen müssen klar kommuniziert und
118 ihre Kontaktdaten in der Schule an prominenter Stelle dauerhaft ausgehangen werden.

B-4

Titel	Antrag politische Bildung	
Antragsteller*innen	Juso Landesvorstand Bayern	
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, BayernSPD-Landtagsfraktion, Landesparteitag	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-

Antrag politische Bildung

1 **Innerschulisch:**

2 Bayern ist mit einem Anteil von 0,5 Prozent das Schlusslicht in der politischen Bildung in der
3 Bundesrepublik. Daher fordern wir, dass das Fach Politik und Gesellschaft mit mehr Stunden
4 an allen weiterführenden Schulen ausgestattet wird. Konkret wollen wir, dass mindestens 8%
5 der Lernzeit auf politische Bildung entfallen. Gleichzeitig muss das Fach bereits ab der
6 sechsten Jahrgangsstufe unterrichtet werden. Darüber hinaus muss die Aufstockung der
7 Stundenzeit, zu einem flexibleren Lehrplan führen, sodass auf aktuelle politische Ereignisse
8 und Schüler*innen Interessen eingegangen werden kann. Ebenfalls gibt es dadurch mehr
9 Möglichkeiten Schulausflüge im Fach „Politik und Gesellschaft“ und „GPG“ zu veranstalten
10 und dadurch Demokratie besser und direkter erleben zu können. Hierzu braucht es verstärkt
11 Angebote von politischen Institutionen. Wichtig ist auch, demokratische Prozesse in der
12 Schule stärker abzubilden und der SMV (Schüler mit Verantwortung) und allen
13 Schüler*innenvertretungen in dem Zusammenhang mehr Kompetenzen einzuräumen.

14 **Außerschulisch:**

15 Die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, wie dringend politische Bildung für die
16 Gesamtbevölkerung ist. Dazu braucht es eine finanzielle, personelle und institutionalisierte
17 Etablierung politischer Bildung in der Erwachsenenbildung. Bildungsstätten, wie die Georgvon-Vollmar-
18 Akademie oder die Akademie Frankenwarte müssen weiterhin finanziell
19 abgesichert werden.
20 Außerschulische Bildungsangebote im Rahmen der politischen Bildung ergänzen die
21 schulische politische Bildung. Diese leisten einen wichtigen Beitrag, indem sie einzelne
22 Kompetenzen, die laut Lehrplan fächerübergreifend gelehrt werden sollen, konkret
23 aufgreifen, sie thematisieren und vertiefen. Derartige Projekte sind auf Förderungen des
24 Bundes und des Freistaats angewiesen und arbeiten stets unter großen Unsicherheiten.
25 Deshalb fordern wir den Freistaat auf demokratiefördernde Projekte abzusichern und die
26 zeitliche Befristung nach einer kurzen Probezeit von einem Jahr abzuschaffen. Die Aufgabe

27 von Lehrkräften ist neben der Vermittlung von fachlichem Wissen und Kompetenzen, die
28 Erziehung zu mündigen und demokratischen Mitgliedern der Gesellschaft. Zweiteres wird
29 aufgrund von Überlastungen im Schulwesen vernachlässigt. Gute außerschulische Angebote
30 bieten Lehrkräften eine essentielle Hilfestellung. Deshalb fordern wir für Kinder und
31 Jugendliche bis zum 21. Lebensjahr ein Recht auf außerschulische Bildung im Rahmen der
32 schulischen Bildung.

C Wohnen

C Wohnen

Adressat*innen: Landeskonferenz der Jusos Bayern, Landesparteitag der BayernSPDKommunale Selbstbestimmung durch SOBON!C-1 Kommunale Selbstbestimmung durch SOBON!

C-1

Titel	Kommunale Selbstbestimmung durch SOBON!
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern Adressat*innen: Landeskonferenz der Jusos Bayern, Landesparteitag der BayernSPD
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

Kommunale Selbstbestimmung durch SOBON!

- 1 Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist angespannt, besonders bezahlbarer
- 2 Wohnraum ist Mangelware. Immer weniger Menschen können sich angemessenen
- 3 Wohnraum leisten, egal ob im Mietverhältnis oder als Eigenheim. Viele Einheimische
- 4 werden aus ihren Wohnorten verdrängt. Kommunen haben mit diesem Problem stark
- 5 zu kämpfen. Parallel müssen sie die Folgekosten von Neubauten tragen, denn sie
- 6 rufen Bedarf für unter anderem neuen Kindertagesstätten, Schulen, Straßen und
- 7 grüne Ausgleichsflächen hervor. Diese externen Kosten wiegen durch steigende
- 8 Boden- und Baupreise immer stärker. Eine hohe Doppelbelastung resultiert.
- 9 Gleichzeitig gilt: Wenn aus Land Bauland wird, erfährt der Boden eine enorme
- 10 Wertsteigerung. Die Eigentümer*innen verdienen an der kommunalen Genehmigung.
- 11 Die Folgekosten trägt die Kommune und damit die Gemeinschaft, die sie direkt bei der
- 12 Wertschöpfung unterstützt. Im Gegenzug sind die Planungsbegünstigten an keine
- 13 Leistung an die Allgemeinheit verpflichtet. Es hat sich ein starkes Ungleichgewicht an
- 14 Profit und Kosten etabliert.
- 15 Um diese Ungleichheit in der Belastung zwischen Gemeinden und Eigentümer*innen
- 16 umzuschichten, muss auf beiden Seiten eine Veränderung geschaffen werden.
- 17 Kommunen entlasten, Eigentümer*innen belasten! Diesem Prinzip folgt die
- 18 Sozialgerechte Bodennutzung (SOBON). Grundlage bietet §1 Abs. 5 Baugesetzbuch:
- 19 „Bauleitpläne sollen [...] eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte
- 20 Bodennutzung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung
- 21 gewährleisten“.
- 22 Das Verfahren beginnt mit einer Planungsvereinbarung zwischen der Kommune und
- 23 die Planungsbegünstigten, in dem sie die Planung und Erstellung auf eigene Kosten

- 24 erklärt. Des Weiteren verpflichtet er*sie sich zu einem Abschluss eines
25 städtebaulichen Vertrages gemäß §11 BauGB. In diesem wird geregelt, wie der*die
26 Planungsbegünstigte seiner*ihrer sozialen Verantwortung gerecht wird.
27 Wir fordern daher:
- 28 • Neben einer Bodenwertsteuer zur Abschöpfung von Planungsgewinnen
29 befürworten wir das Modell der Sozialgerechten Bodennutzung als
30 "Planwertausgleich Light".
 - 31 • Die Münchner SoBoN hat sich seit ihrer Einführung seit vielen Jahren bewährt und
32 wurde seitdem stets weiterentwickelt und verbessert. Wir begrüßen insbesondere
33 die Erhöhung der Erschließungsbeiträge, die Erhöhung der Quote
34 an gefördertem Wohnraum auf 60% des neu geschaffenen Wohnbaurechts, die
35 Verlängerung der Förderbindungen, die Möglichkeit zum Ankauf geförderten
36 Wohnraums zu fairen Preisen durch die Gemeinde bzw. kommunale Unternehmen
37 und das neue Umwandlungsverbot eines großen Teils der Mietwohnungen in
38 Eigentumswohnungen.
 - 39 • Die Münchner SoBoN soll daher künftig flächendeckend in Deutschland gelten.
 - 40 • Zusätzlich soll geprüft werden, ob eine Erweiterung der SoBoN zur Förderung
41 klimafreundlicher Infrastrukturmaßnahmen umsetzbar ist.
 - 42 • Die Gemeinden können bei Bedarf als Ausprägung ihrer kommunalen
43 Selbstverwaltung in eigenen kommunalen Satzungen Anpassungen vornehmen,
44 die allerdings den Charakter der SoBoN nicht wesentlich verändern dürfen.

F Feminismus und Gleichstellung

F Feminismus und Gleichstellung

Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag
Sexismus innerhalb der SPD bekämpfen – Awarenesssteams etablieren
F-2 Sexismus innerhalb der SPD bekämpfen – Awarenesssteams etablieren

F-2

Titel	Sexismus innerhalb der SPD bekämpfen – Awarenesssteams etablieren
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

Sexismus innerhalb der SPD bekämpfen – Awarenesssteams etablieren

- 1 In allen SPD-Gliederungen ab der Unterbezirksebene werden ab sofort Awarenesssteams eingesetzt. Wenn es
- 2 bereits Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte gibt, sollen diese Teil des Awarenesssteams sein. Diese Teams
- 3 bestehen aus mindestens zwei und höchstens acht Personen, wobei mindestens 50% des Teams Frauen sind.
- 4 Da die Awarenesssteams für alle da sein sollen, werden die Mitglieder des Teams auf den jeweiligen Jahres-
- 5 hauptversammlungen der SPD-Gliederungen beziehungsweise auf den Parteitagen für die gleiche Dauer wie
- 6 der Vorstand gewählt. Dabei wäre es gut, wenn die Vorsitzenden nicht Teil des Awarenesssteams sind, damit
- 7 es hier zu keiner Vermischung der Ämter kommt.
- 8 Die Awarenesssteams fungieren als dauerhafte Ansprechpersonen für alle Genoss*innen bei innerverband-
- 9 lichen Problemen mit Sexismus und Diskriminierung. Sie sollen innerhalb des Verbandes für diese Themen
- 10 sensibilisieren und betroffene Genoss*innen unterstützen. Die Beratung des Awarenesssteams ist vertraulich.
- 11 Falls es notwendig erscheint und von den Betroffenen gewünscht ist, hat das Awarenesssteam darüber hinaus
- 12 die Aufgabe, mit der*dem Vorsitzenden oder eine*n der stellvertretenden Vorsitzenden, falls die*der Vorsit-
- 13 zende betroffen ist, der jeweiligen Untergliederung über den Umgang mit den Vorfällen zu beraten. Sowie über
- 14 erste Maßnahmen zu entscheiden (Ansprechen, Meldung des Vorfalls an den Vorstand). Soweit erforderlich,
- 15 empfiehlt das Awarenesssteam dem Vorstand weitergehende Sanktionen (z.B. Hausverbot). Nach Abschluss
- 16 dokumentiert das Awarenesssteam anonymisiert den Vorfall und berichtet an den Vorstand.
- 17 Das Awarenesssteam ist telefonisch und per Mail erreichbar sowie auf Veranstaltungen persönlich ansprech-
- 18 bar. Die Kontaktdaten sind in geeigneter Weise öffentlich zu machen. Bei großen Veranstaltungen (z.B. Lan-
- 19 desparteitag) kann das Awarenesssteam durch weitere Unterstützer*innen ergänzt werden.
- 20 Auf Bezirks- und Landesebene soll es darüber hinaus für die Genoss*innen, die sich in Awarenesssteams enga-
- 21 gieren, regelmäßige Schulungen geben. Diese dienen der Aus- und Weiterbildung der Awarenessbeauftragten
- 22 und bieten ihnen die Möglichkeit, sich ohne Druck über die teilweise belastenden Erfahrungen aus der Awaren-
- 23 essarbeit auszutauschen und die Arbeit zu reflektieren. Zudem können die Awarenesssteams hier gemeinsam
- 24 Strategien entwickeln, wie der Verband besser sensibilisiert werden kann und was nötig ist, damit wir gemein-
- 25 sam Sexismus und Diskriminierung innerhalb der Partei beenden.

Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag
 Niedrigschwellige Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten bei sexualisierter Gewalt und Diskriminierung schaffen
 F-3 Niedrigschwellige Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten bei sexualisierter Gewalt und Diskriminierung schaffen

F-3

Titel	Niedrigschwellige Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten bei sexualisierter Gewalt und Diskriminierung schaffen
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

Niedrigschwellige Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten bei sexualisierter Gewalt und Diskriminierung schaffen

- 1 Wir fordern die Schaffung niedrigschwelliger Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten bei sexualisierter Ge-
- 2 walt und Diskriminierung von Seiten öffentlicher Institutionen. Das bloße Einführen von zum Beispiel Frau-
- 3 en*beauftragten und Gleichstellungsbeauftragten allein reicht nicht aus. Die Angebote müssen auch bei den
- 4 Betroffenen ankommen. Wenn nach Informationen gesucht wird, müssen diese leicht auffindbar sein. Dazu
- 5 zählen entsprechende Keywords auf den Webseiten, damit entsprechende Angebote einfach über Suchma-
- 6 schinen gefunden werden können, wie „Awareness + Name der Universität“, „Belästigung + Name der Univer-
- 7 sität“ etc., sowie auch entsprechend detaillierte Informationen auf den Webseiten mit internen sowie externen
- 8 Ansprechpartner*innen für Betroffene in unterschiedlichen Situationen.
- 9 Sowohl die Informationen als auch die Beratung müssen in verschiedenen Sprachen angeboten werden, damit
- 10 auch nicht deutschsprachige Betroffene das Angebot wahrnehmen können.

G Gesundheit

G Gesundheit

G-1	Jusos Unterfranken	Gute Ausbildung im Gesundheitswesen – Heilberufegesetz	70
-----	-----------------------	--	----

G-1

Titel	Gute Ausbildung im Gesundheitswesen – Heilberufegesetz
Antragsteller*innen	Jusos Unterfranken
Adressat*innen	

Gute Ausbildung im Gesundheitswesen – Heilberufegesetz

1 Heute sind viele Heilberufe (OTA, MTA, Pflegefachmann / Pflegefachfrau, Physiotherapie, Geburtspfleger:innen, Notfallsanitäter:innen,...) in jeweils eigenen Berufszulassungsgesetzen geregelt. Diese Gesetze sind teilweise seit Jahrzehnten nicht mehr novelliert worden. Dort, wo es Novellierungen gab, konnten keine Fortschritte für eine bessere Ausbildung erreicht werden (siehe Pflegeberufegesetz). Zusammen mit den Kolleg:innen von ver.di fordern wir die Novellierung dieser Berufszulassungsgesetze mit dem Ziel, dass das Berufsbildungsgesetz (BBiG) Anwendung für die Heilberufe findet. Alternativ wäre mindestens die Schaffung eines gemeinsamen Gesetzes für alle Heilberufe (BBHG), in dem einheitliche Standards für die Heilberufe nach dem Vorbild des BBiG festgelegt werden könnten, sinnvoll. Es ist hierbei jedoch sicherzustellen, dass zumindest die Schutzparagrafen des BBiG (z.B. eine angemessene Ausbildungsvergütung) für alle Ausbildungen in den Heilberufen gelten. Die ausdrückliche Nichtanwendung des BBiG muss ausgeschlossen werden, damit BBiG-Vorschriften zumindest in den Regelungsbereichen zur Geltung kommen, die im Berufszulassungsgesetz nicht oder nicht abweichend geregelt werden. Somit fordern wir ein gemeinsames Ausbildungsgesetz für die Heilberufe, mit einheitlich geregelten Rahmenbedingungen und im Detail im Rahmen der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung zu regelnden Berufsspezifika.

15 Ausbildung muss zur eigenverantwortlichen und selbständigen Berufsausübung befähigen. Es sind für alle Gesundheitsberufe gemeinsame und berufsspezifische Kompetenzen festzulegen. Ausbildungsberufsbilder sollen sowohl zu einer Profilschärfung der jeweiligen berufsspezifischen Kompetenzen beitragen als auch die interprofessionelle Zusammenarbeit fördern. Die während der Ausbildung zu entwickelnden Kompetenzen sind dabei am Ausbildungsberufsbild auszurichten (Ausbildungsziele). Daher sollen die Ausbildungsziele entsprechend dem allgemein anerkannten Stand wissenschaftlicher, medizinischer und weitere bezugswissenschaftlicher Erkenntnisse fachliche, personale, soziale und methodische Kompetenzen beinhalten. Maßgebend für die Formulierung der Ausbildungsziele sollen nicht nur die derzeitigen, sondern auch absehbare, künftige berufliche Anforderungsprofile sein, die sich, soweit möglich, an den qualifikatorischen Erfordernissen des 21. Jahrhunderts orientieren. Kompetenzbeschreibungen, die sich allein an derzeitiger Praxis orientieren, werden dem Anliegen nicht gerecht. Im Rahmen dieses Gesetzes sollten Ausbildungsziele für jeden Beruf kompetenzorientiert beschrieben sein. Die vorbehaltenen Tätigkeiten der einzelnen Heilberufe müssen konkret definiert werden. Für eine gute Ausbildung im Gesundheitswesen sind bundeseinheitliche Standards notwendig, welche einen Rahmen definieren. Die Jusos setzten sich zusammen mit Vertreter:innen von ver.di auf politischer Ebene dafür ein, dass folgende Standards geschaffen werden. Die Reihenfolge der nachfolgenden Punkte stellt keine inhaltliche Priorisierung dar.

31 Während der praktischen Ausbildung entwickeln die Auszubildenden die für ihren zukünftigen Beruf
32 notwendigen Kompetenzen. Ein Ziel ist daher, die Qualität der praktischen Ausbildung in besonderem
33 Maße zu fördern. Es braucht klare ausbildungsvertragliche Strukturen. Ausbildungsverträge sind ausschließlich mit dem Betrieb zu schließen. Dieser muss Träger der gesamten Ausbildung sein. Verträge
34 über Praktikant:innenverhältnisse lehnen wir in diesem Kontext, sowohl bei der beruflichen als auch
35 bei der hochschulischen Ausbildung, ab. Durch eine eindeutige Vertragslage wird die Mitbestimmung
36 abgesichert bzw. kann erst ihre Wirkungsmacht entfalten. Um auch hier bundeseinheitliche Standards
37

38 zu erreichen, sind das Bundespersonalvertretungsgesetz, die Landespersonalvertretungsgesetze und
39 die kirchlichen Regelungen zur Mitarbeitervertretung dem Inhalt des § 98 Betriebsverfassungsgesetz
40 anzupassen. Auszubildende haben das Recht auf eine angemessene Praxisbegleitung und Praxisanlei-
41 tung. Diese sind gesetzlich zu verankern. Mindestens 20% der tatsächlichen praktischen Ausbildungs-
42 zeit müssen in Form von strukturierter und geplanter Praxisanleitung erfolgen. Die Verantwortung zur
43 Dokumentation dieser obliegt dem Arbeitgeber. Darüber hinaus ist zusätzliche Praxisanleitung sicher-
44 zustellen, die sich am individuellen Bedarf der Auszubildenden orientiert. Die Praxisanleitung erfolgt
45 durch Ausbilder:innen (in ihrer Rolle wie bisher Praxisanleiter:innen). Diese verfügen über eine be-
46 rufspädagogische Zusatzqualifikation im Umfang von mind. 720 Stunden. Für die Wahrnehmung ih-
47 rer Aufgaben sowie für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sind die Ausbilder:innen von ihren üb-
48 rigen Tätigkeiten unter Fortzahlung ihrer Bezüge freizustellen. Die Finanzierung der Fort- und Weiter-
49 bildungsmaßnahmen ist Aufgabe des Arbeitgebers und muss von diesem getragen werden. Es sol-
50 len sowohl bereichsbezogene als auch vollfreigestellte Ausbilder:innen in der Ausbildung eingesetzt
51 werden. Das quantitative Verhältnis von praktischer und theoretischer Ausbildung ist berufsspezifisch
52 festzulegen. Hierbei muss die praktische Ausbildung überwiegen. Die theoretische Ausbildung ist mit
53 den praktischen Ausbildungsinhalten im Betrieb inhaltlich aufeinander aufbauend abzustimmen. Der
54 Betrieb ist in seiner Ausbildungsverantwortung zu stärken. Die Koordination der Ausbildung liegt beim
55 Betrieb. Dafür ist durch den Betrieb ein Ausbildungsplan zu erstellen. Die für die berufsbildenden Schu-
56 len geltenden Standards sollen auch für die Schulen für Gesundheitsberufe gelten. Die Qualifikation
57 von Lehrenden an Schulen für Gesundheitsberufe soll einheitlich geregelt werden. Sie orientiert sich
58 an den Qualifikationsanforderungen von Lehrenden an berufsbildenden Schulen und soll sowohl eine
59 3-jährige Ausbildung im zu unterrichtenden Beruf, ebenso wie ein pädagogisches Hochschulstudium
60 mit einem wissenschaftlichen Hochschulabschluss umfassen. Darüber hinaus ist eine Fortbildungsver-
61 pflichtung für die Lehrenden gesetzlich zu regeln, welche sowohl in Bezug auf das theoretische Wissen
62 als auch die praktische Tätigkeit im entsprechenden Gesundheitsberuf vollumfänglich durch den Ar-
63 beitgeber zu finanzieren ist. Den Lehrenden muss die Teilnahme unter Fortzahlung der Bezüge ermög-
64 licht werden. Bei der Anzahl von Lehrkräften ist EU Recht (europäisches Übereinkommen des Europarates
65 von 1967) in nationales Recht zu übersetzen und damit die empfohlene Quote von 1 Lehrkraft zu 15
66 Auszubildenden zu erfüllen. Eine Kursgröße von höchstens 15 Auszubildenden darf nicht überschrit-
67 ten werden. Ein verbindlicher bundeseinheitlicher Ausbildungsrahmenplan für die praktische Ausbil-
68 dung und ein Rahmenlehrplan für die theoretische Ausbildung sind zu schaffen. Fachspezifika der
69 Ausbildungsstandorte, wie z.B. psychiatrische Einrichtungen, müssen in dem Ausbildungsrahmenplan
70 gewährleistet sein. Diese sind durch ein Gremium auf Bundesebene aufzustellen und regelmäßig zu
71 evaluieren. Dieses Gremium besteht zu 50% aus im Beruf tätigen Expert:innen. Diese sind für ihre Mit-
72 arbeit im Gremium unter Fortzahlung der Vergütung durch den Arbeitgeber freizustellen. Für die Um-
73 setzung des Ausbildungsrahmenplans ist die Mitbestimmung der gesetzlichen Interessenvertretung zu
74 fördern. Es ist ein Kontrollorgan für die Qualität der theoretischen Ausbildung zu schaffen, welches auf
75 Bundesebene angesiedelt ist, beispielsweise durch einen Länder-Staatsvertrag. Alternativ wäre die An-
76 siedelung eines bundeseinheitlichen Kontrollorgans auf Landesebene. Das Kontrollorgan kontrolliert
77 jährlich rück- und vorausblickend und ist in der Lage Sanktionen zu verhängen. (Kriterien sind u.a. Zu-
78 stand und Umfang der Räumlichkeiten, Qualifikation der Lehrkräfte, technische Ausstattung, Lernma-
79 terialien). Die Fehlzeitenregelung in den Gesundheitsberufen muss abgeschafft werden. Etwa 320 auf
80 Grundlage des Berufsbildungsgesetzes geregelte Ausbildungsberufe kommen ohne eine solche starre,
81 gesetzliche Fehlzeitenregelung aus. Entscheidend ist nicht die Anwesenheit gemessen in Stunden, son-
82 dern das Bestehen der abschließenden Prüfung, da hierdurch die Berufsfähigkeit nachgewiesen wird.
83 Analog dem BBiG soll es eine Probezeit von höchstens vier Monaten geben. Darüber hinaus ist das
84 Ausbildungsende auf das erfolgreiche Bestehen der Abschlussprüfung festzulegen, nicht auf die Ausbil-
85 dungsdauer. Durch bisherige Regelungen kommt es zu einer Ausbeutung von Auszubildenden, da diese
86 nach bereits bestandener Abschlussprüfung bis zum Ende der formalen Ausbildungsdauer zu Ausbil-
87 dungskonditionen, als examinierte Vollkräfte in der Praxis eingesetzt werden. ver.di widersetzt sich dem
88 mit Nachdruck. An dem gewerkschaftlichen Grundsatz, „keine Berufsausbildung unterhalb des Niveaus
89 einer 3-jährigen Ausbildung“ wird festgehalten. Wir verfolgen das Ziel, Menschen dabei zu unterstützen
90 ein dreijähriges Ausbildungsniveau zu erreichen. Die Durchlässigkeit innerhalb der Berufe muss über
91 entsprechende Qualifikationsmöglichkeiten sichergestellt werden. Eine Verkürzung der Ausbildung ist
92 nur bei Anrechnung von Teilqualifikationen in Form von erlangten Kompetenzen möglich. Im Sinne des

93 EU-Rechts, ist eine Teilzeitausbildung in allen Heilberufen anzubieten. Noten werden häufig als Maßre-
94 gelungsinstrumente missbraucht. Sie können beschränkend auf gewerkschaftliche Aktivitäten der Aus-
95 zubildenden wirken. Noten entspringen entgegen den Annahmen keinen objektiven Bewertungen und
96 selektieren die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten von Menschen. Sie schaffen einen dauerhaften
97 Druck während der gesamten Ausbildung. Daher ist jegliche Benotung abzulehnen. Vielmehr setzen
98 wir uns für die Anwendung und Weiterentwicklung von Ausbildungsstandkontrollen und qualitativen
99 Feedbacks ein. Eine hochschulische Ausbildung als erstqualifizierende Regelausbildung wird abgelehnt.
100 Die Erlangung desselben Berufsabschlusses, egal ob über ein Studium oder eine berufliche Ausbildung,
101 ergibt bei am Ende gleicher Tätigkeit keinen Sinn. Wenn der Gesetzgeber sich für eine hochschulische
102 Erstausbildung entscheidet, fordern wir duale Studiengänge, die nach Berufsbildungsstandards gere-
103 gelt werden. Der Anspruch auf eine angemessene Ausbildungsvergütung ist für alle Gesundheitsbe-
104 rufe gesetzlich zu regeln. Die Kostenfreiheit für Ausbildung und Studium ist in allen Gesundheitsbe-
105 rufen herzustellen. Insbesondere sind alle Schulgelder abzuschaffen. Die Ausbildungsvergütung ist zu
106 100% über Ausgleichsfonds zu refinanzieren. Hierbei soll der Wertschöpfungsanteil aus allen Finan-
107 zierungsgesetzen ersatzlos gestrichen werden. Der Träger der Ausbildung stellt den Auszubildenden
108 sämtliche Ausbildungsmittel für die theoretische und praktische Ausbildung (z.B. Fachbücher, Materia-
109 lien, Kopien, digitale Endgeräte zur Bearbeitung von digitalen Lehrmaterialien, Kleidung und Schuhe)
110 zur Verfügung. Diese gehen in den Besitz der Auszubildenden über. Der Träger der Ausbildung soll
111 verpflichtet werden über die Ausgaben der zur Verfügung gestellten Finanzmittel für Ausbildung, ma-
112ximale Transparenz herzustellen. Entwicklungstendenzen und Anpassungsbedarf der Berufsbildung in
113 Gesundheitsberufen unterliegen keiner systematischen Beobachtung durch eine staatliche oder unab-
114 hängige wissenschaftliche Instanz. Weder die Qualität noch die Quantität der Ausbildungen können so
115 ausreichend statistisch erfasst und durch begleitende Maßnahmen politisch beeinflusst werden. Wir
116 fordern daher eine Bildungsberichterstattung „Gesundheitsberufe“, ähnlich der im Land Nordrhein-
117 Westfalen, die auch Daten zur Berufsbildung erhebt. Auf Bundesebene ist Vergleichbares nicht erkenn-
118bar. Die besondere Bedeutung der Heilberufe für die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung der
119 Bevölkerung lässt es geboten erscheinen, der Berufsbildung und ihren Entwicklungen größeres Au-
120 genmerk zu schenken. Um den Zusammenhang zwischen Berufsbildung und Arbeitsmarkterforder-
121 nissen besser berücksichtigen zu können, sollte ein regelmäßiges Branchenmonitoring durchgeführt
122 werden. Eine angemessen ausgestattete Abteilung am Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) ist zu
123 etablieren. Die wahrzunehmenden Aufgaben sind neben der Berufsbildungsforschung, -planung und
124 -berichterstattung auch die Beobachtung der Entwicklungen im Gesundheitswesen.

K Kampf gegen Rechts

K Kampf gegen Rechts

Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag
 Rechtsradikale Symbolik bekämpfen, verbieten bestrafen
 K-1 Rechtsradikale Symbolik bekämpfen, verbieten bestrafen

K-1

Titel	Rechtsradikale Symbolik bekämpfen, verbieten bestrafen
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

Rechtsradikale Symbolik bekämpfen, verbieten bestrafen

- 1 Die Strafbarkeit rechtsradikaler Symbole wird neu bewertet: Die Liste der nach §86a StGB strafbaren Symbole
- 2 wird durch das zuständige Innenministerium erweitert. Ferner wird ein nationales und ein europäisches Re-
- 3 gister nationalistischer, nationalsozialistischer und faschistischer Symbole, Texte und Lieder eingeführt, dass
- 4 ständig aktualisiert wird und als Grundlage juristischer Verfolgung dient.
- 5 Explizit wird die Verwendung folgender Symbole in rechtsradikalen Kontexten strafbar:
- 6 Schwarze Sonne , Reichsflagge, Reichskriegsflagge von 1867 – 1921, 1922 – 1933, 1933 – 1935
- 7 Auch wird geprüft, ob sich die Verwendung der Flagge der Südstaaten der USA, die sogenannte Konföderierten-
- 8 Flagge, welche ein Symbol für Sklaverei und Rassismus darstellt, verboten und unter Strafe gestellt werden
- 9 kann. Sollte sich dies bestätigen, wird entsprechend gehandelt.
- 10 Des Weiteren wird geprüft, ob sich die Verwendung des Zahlencodes 168:1 als Verherrlichung von Straftaten
- 11 (§140 StGB) und/oder Volksverhetzung (§130 StGB) unter Strafe stellen lässt. Ebenfalls soll die Verwendung des
- 12 Codes „Fourteen Words“ geprüft werden. Sollte sich dies bestätigen, wird entsprechend gehandelt.
- 13 Auch wird geprüft, ob sich die Verwendung der oben genannten Symbole im Rahmen des §130 StGB unter
- 14 Strafe stellen lässt. Sollte sich dies bestätigen, wird entsprechend gehandelt.
- 15 Außerdem wird geprüft, welche weiteren Symbole, durch Rechtsradikale verwendet werden, als verfas-
- 16 sungsfeindlich, volksverhetzend und strafbar eingestuft werden können – und es wird entsprechend gehan-
- 17 delt.

P Partei

P Partei

P-1	Jusos Mittelfranken	Wiederherstellung der Vollmitgliedschaft der SPD in der Sozialistischen Internationalen	78
-----	------------------------	---	----

Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag
 Barrierefreie Parteiveranstaltungen bei Jusos & SPDP-2 Barrierefreie Parteiveranstaltungen bei Jusos & SPD

P-2

Titel	Barrierefreie Parteiveranstaltungen bei Jusos & SPD
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

Barrierefreie Parteiveranstaltungen bei Jusos & SPD

- 1 Alle Menschen sind gleichberechtigt, so sagt es auch der Artikel 29 der UN-Behindertenrechtskonvention. Die-
- 2 ser garantiert Menschen mit Behinderung die uneingeschränkte Teilhabe am politischen und öffentlichen Le-
- 3 ben.
- 4 In der Realität sieht es aber leider so aus, dass Menschen mit Behinderung diskriminiert werden und nicht an
- 5 politischen Prozessen beteiligt sind. Ganz besonders wird das deutlich, wenn man den prozentualen Anteil der
- 6 Bevölkerung von Menschen mit Behinderung (9,5%) mit dem Anteil im Bundestag (3,2%) vergleicht.[1]
- 7 Deswegen fordern wir bei allen Veranstaltungen der Jusos ab der Bezirksebene und der SPD ab der Kreis-
- 8 verbandsebene nach Prüfung der Notwendigkeit und Möglichkeit folgende Kriterien einzuhalten und vor der
- 9 Veranstaltung auf Verfügbarkeit zu prüfen. Dabei ist die Möglichkeit einer Bereitstellung schriftlich über die
- 10 Homepage oder die Einladung vorab anzubieten:
- 11 **Für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen:**
- 12 Barrierefreie Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln
- 13 Zugänglichkeit mit Rollstuhl auf dem gesamten Veranstaltungsgelände (z.B. Aufzüge)
- 14 Verfügbarkeit ausreichender, barrierefreier Toiletten/Badezimmer/Schlafgelegenheiten
- 15 Sicherstellung eines angemessenen Mobiliars bei Veranstaltungen für Gespräche und Essen auf Augenhöhe
- 16 (nicht nur Stehtische).
- 17 Adäquate Möglichkeiten zur Wortmeldung und Bühnenerreichbarkeit (zugängliche, nicht zu steile Ram-
- 18 pen)
- 19 **Für Menschen mit Höreinschränkung/Gehörlosigkeit:**
- 20 Möglichkeit eines Hörhilfeanschlusses per Induktionssystem
- 21 Verfügbarkeit einer Gebärdens- oder Schriftdolmetscher*in Für Menschen mit Sehbehinderung oder Blind-
- 22 heit:
- 23 Audio-Transkription bei Filmen
- 24 Angemessene Umgebung für Blinden- und Assistenzhunde (Wassernapf) Für Menschen mit kognitiven Ein-
- 25 schränkungen:
- 26 Antrags-/Beschlussbücher und anderen Publikationen in einfacher Sprache Verwendung von Piktogrammen
- 27 bei komplexen Inhalten unabhängig von der Art der Behinderung:

- 28 Sitzplatz und Verpflegung für etwaige Assistent*innen
- 29 Für uns ist es selbstverständlich, unsere Veranstaltungen zu so gestalten, dass jede*r daran teilhaben kann.
- 30 Mit diesen Rahmenbedingungen kann es uns gelingen, dass Menschen mit Behinderung Politik in unserer
- 31 Partei aktiv erleben und mitgestalten können. So leisten wir einen wertvollen Beitrag, um Artikel 29 der UN-
- 32 Behindertenrechtskonvention im politischen Alltag umzusetzen!
- 33 [1] <https://projekte.sueddeutsche.de/artikel/politik/bundestag-diese-abgeordnetenfehlene291979/>

P-1

Titel	Wiederherstellung der Vollmitgliedschaft der SPD in der Sozialistischen Internationalen
Antragsteller*innen	Jusos Mittelfranken
Adressat*innen	

Wiederherstellung der Vollmitgliedschaft der SPD in der Sozialistischen Internationalen

- 1 Wir fordern, dass die SPD wieder Vollmitglied in der Sozialistischen Internationale wird.
- 2 Im Zuge dessen soll der Zusammenschluss reformiert werden. Die SPD soll sich dafür einsetzen im Rahmen
- 3 des eigenen Wiedereintritts und den Reformen die Wiedereintrittsprozesse anderer Parteien voranzutrei-
- 4 ben.
- 5 Unser Reformprogramm für die SI muss mindestens folgende Teile beinhalten:
- 6 • Demokratisierung der SI-Strukturen, sowie der Strukturen der jeweiligen Mitglieder. Das bedeutet kon-
- 7 kret:
 - 8 – Rotation des Vorsitz nach Beispiel der PA und eine Begrenzung der Amtszeiten aller Vorstands-
 - 9 mitglieder,
 - 10 – jährliche Kongresse der SI, die für Mitglieder der Mitgliedsparteien so offen und zugänglich wie
 - 11 möglich zu gestalten sind,
 - 12 – jährliche Neuwahlen der Delegationen bei den entsprechenden Veranstaltungen der Mitglieds-
 - 13 organisation und eine Vergrößerung der Delegiertenzahl.
 - 14 • Orientierung an grass roots Bewegungen und Schaffung einer Mitgliederbasis für die SI. Das bedeutet:
 - 15 – weg von einem Elitentreffen hin zu einer Vereinigung für die Basismitglieder, zur internationalen
 - 16 Vernetzung und inhaltlichen Arbeit,
 - 17 – in regelmäßig stattfindenden Foren soll Mitgliedern ermöglicht werden zur inhaltlichen Ausrich-
 - 18 tung der SI beizutragen,
 - 19 – der Aufbau von Geldmitteln zur Erstattung von Reise- und Unterbringungskosten zu SI-
 - 20 Veranstaltungen muss eine hohe Priorität einnehmen,
 - 21 – die enge Einbindung von sozialistischen und demokratischen Organisationen und Gewerkschaf-
 - 22 ten ohne parteipolitischer Zugehörigkeit muss erfolgen.
 - 23 • Die SI muss zu einem Motor für inhaltlich erstklassige Arbeit werden, dies kann beispielsweise durch
 - 24 eine Orientierung an den grass roots Strukturen der IUSY erfolgen:
 - 25 – Einrichtung von Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen und für die Repräsentation global mar-
 - 26 ginalisierter Gruppen (z.B. queere Menschen, Frauen, PoC, ...),
 - 27 – Einrichtung von regionalen Komitees zur Diskussion von Themen jenseits nationaler Grenzen
 - 28 mit einer Relevanz für eine spezielle Welt- oder Krisenregion,
 - 29 – Einbindung von sozialistischen und demokratischen think tanks, Stiftungen und Institutionen
 - 30 wie beispielsweise die FES, das Olof Palme Fredscenter oder die FEPS.

- 31 • Die Progressive Allianz soll nicht abgeschafft werden, sondern Schritt für Schritt überflüssig gemacht
32 werden. Die SPD soll in beiden Verbänden eine klare internationalistische, demokratische und
33 sozialistische Haltung einnehmen.
- 34 • Die IUSY muss das Anrecht auf mindestens eine Vertretung im engeren Vorstand der SI bekommen,
35 sollte ein Wiedereintritt erfolgen
- 36 Es ist zu beachten, dass diese Reformen nur ein Teil eines weiterführenden Prozesses zur Neuausrichtung der
37 SI sein können um die internationale sozialistische Bewegung wieder von Grund auf zu fördern.

V Verkehr, Mobilität und Infrastruktur

V Verkehr, Mobilität und Infrastruktur

Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag
 Klimaschutz vor der eigenen Haustüre: Start- und Landegebühren für Kurzstreckenflüge am Flughafen München und Nürnberg massiv erhöhen
 V-2 Klimaschutz vor der eigenen Haustüre: Start- und Landegebühren für Kurzstreckenflüge am Flughafen München und Nürnberg massiv erhöhen

V-2

Titel	Klimaschutz vor der eigenen Haustüre: Start- und Landegebühren für Kurzstreckenflüge am Flughafen München und Nürnberg massiv erhöhen
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

Klimaschutz vor der eigenen Haustüre: Start- und Landegebühren für Kurzstreckenflüge am Flughafen München und Nürnberg massiv erhöhen

- 1 Wir fordern die Schaffung eines Gesetzes auf Grundlage von Art. 15 GG durch die Die Landeshauptstadt, der
- 2 Freistaat und der Bund setzen sich in ihrer Rolle als Gesellschafterin der Flughafengesellschaft München (FGM)
- 3 für eine Anhebung der Start- und Landegebühren für Kurzstreckenflüge (< 1.000km) ein. Hierbei soll das Pas-
- 4 sagierentgelt (heute 20,35€/Passagier) mindestens verdreifacht werden.
- 5 Für den Fall, dass das Flugaufkommen durch diese Maßnahme – es ist eine Preissteigerung gegenüber den
- 6 Kunden zu erwarten – nicht reduziert werden kann, werden die Mehreinnahmen den Gesellschaftern zur Fi-
- 7 nanzierung des Ausbaus des Öffentlichen Personenverkehrs zur Verfügung gestellt.
- 8 Dadurch findet ein sozialer Ausgleich für einkommensschwache Haushalte statt: nicht nur Flugtickets werden
- 9 teurer, sondern auch Bahn- und ÖPNV-Tickets können im selben Zug günstiger angeboten werden.
- 10 Darüber hinaus setzen sich die Landeshauptstadt, der Freistaat und der Bund in der FGM für eine Streichung
- 11 der Subventionen gegenüber Fluggesellschaften aus. Unabhängig davon stehen wir zur Forderung des Verbots
- 12 und der Abschaffung von Kurzstreckenflügen.

Adressat*innen: Juso-LandeskonferenzSchwimmbadoffensiveV-3 Schwimmbadoffensive

V-3

Titel	Schwimmbadoffensive
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz

Schwimmbadoffensive

- 1 Schwimmen lernen ist überlebenswichtig. Es passiert leider immer noch viel zu oft, dass Menschen ertrinken.
2 Ein Ausflugsboot kentert, man fällt in einen nicht gesicherten Pool im Garten von Freund*innen oder der Grup-
3 penzwang veranlasst, dass sich Nichtschwimmer*innen zu weit in unbekannte Gewässer vorwagen. Um nicht
4 zu ertrinken ist es lebensnotwendig, sich über Wasser halten zu können.
- 5 Laut Statistik der DLRG (Deutschen Lebens- Rettungs- Gesellschaft) sind 2019 mindestens 417 Menschen in
6 Deutschland ertrunken – die meisten davon in unbewachten Binnengewässern. Besonders betroffen sind Kin-
7 der und junge Menschen, die nicht richtig schwimmen können. Bei den Viert- bis Sechstklässler*innen kann
8 nur jede*r Zweite sicher schwimmen.
- 9 **Um Schwimmen in der Freizeit für junge Menschen zu ermöglichen fordern wir:**
- 10 Attraktive Öffnungszeiten in allen Schwimmbädern
11 Öffnung von Schulschwimmbädern für die Öffentlichkeit
12 Verbesserte finanzielle Ausstattung der Kommunen auch für den Neubau weiterer
13 Schwimmbäder unabhängig von den Schulschwimmbädern
- 14 Die erste Forderung soll ermöglichen, dass die Öffnungszeiten von Schwimmbädern besser an die Lebens-
15 wirklichkeit von Kindern und jungen Menschen angepasst werden. Das heißt eine Öffnung der Schwimmbä-
16 der außerhalb der Schulzeiten. Konkret bedeutet das nachmittags, abends, ganztägig an Wochenenden und
17 in den Schulferien. Auch muss sichergestellt sein, dass Schwimmbäder zu diesen Zeiten nicht vollständig von
18 Vereinen geblockt werden. Ein gleichzeitiges Schwimmen – auch von verschiedenen Personengruppen – muss
19 möglich sein.
- 20 Die zweite Forderung soll die allgemeine Verfügbarkeit von Schwimmbädern verbessern. In manchen Schul-
21 schwimmbädern gibt es bereits einen Zugang für Vereine. Aber selbst für diese ist der Zugang häufig nur
22 außerhalb der Schulferien gegeben, weswegen ein ganzjähriger Zugang zu ermöglichen ist. Eine weitergehen-
23 de Öffnung für die breite Öffentlichkeit würde dann einen flächendeckenden Zugang zu Schwimmbädern in
24 der Freizeit ermöglichen.
- 25 Darüber hinaus müssen Schwimmbäder so finanziert werden, dass sich Erhalt und Sanierung auch unabhängig
26 von den Einnahmen sicherstellen lassen.
- 27 Die Schwimmbadfinanzierung obliegt grundsätzlich dem Eigentümer. In vielen Landkreisen sind das aus-
28 schließlich die Kommunen.
- 29 Wir fordern eine Erhöhung der Sanierungsförderung durch den Freistaat auch für nicht- schulische Schwimm-
30 bäder. Kommunen muss bei der Unterhaltsfinanzierung Unterstützung gewährt werden.

31 Auf eine Anfrage der Bayern- SPD im Januar 2018 ergibt sich bayernweit für die meisten Schwimmbäder ein
32 (teils dringender) Sanierungsbedarf. Für die vorhandenen Schulschwimmbäder gibt es Ausgleichsprogramme
33 des Freistaates Bayern nach dem BayFAG. Für Schwimmbäder, die Schwimmkurse anbieten, existiert für den
34 Haushalt 2019/2020 ein Sonderförderprogramm der Staatsregierung. Dieses reicht allerdings nicht aus.

35 Zum einen deckt das Programm nur Sanierungen ab. Den erheblichen Unterhalt müssen die Gemeinden wei-
36 terhin alleine stemmen. Nach Angaben des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr liegt der Kos-
37 tendegrad bayerischer Schwimmbäder nur bei rund 30%.

38 Zum anderen stehen dem Sonderförderprogramm für Schwimmbäder mit Schwimmkursangebot nur 20 Mil-
39 lionen Euro pro Haushaltsjahr zur Verfügung. Der Förderrahmen wird individuell von der Bezirksregierung
40 festgelegt und orientiert sich an der Leistungsfähigkeit der Gemeinden. Der Fördersatz liegt dann zwischen 0
41 und 45%. Es können höchstens vier Millionen Euro pro Schwimmbad abgerufen werden.

42 Nach Aussage des Bayerischen Städtetages benötigen die 450 sanierungsbedürftigen Bäder in Bayern aber
43 rund 1,2 Milliarden Euro. Die Förderung von Schulschwimmbädern nach dem BayFAG liegt hingegen nach
44 Aussage des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 28.02.2018 bei bis zu 90%.

45 Diese Ungleichheit in der Finanzierung ist mit ein Grund dafür, dass immer weniger Kinder Schwimmen lernen,
46 weil Schwimmbäder schließen müssen oder nicht mehr voll auslastungsfähig sind. Ziel ist es, allen Kindern und
47 Jugendlichen das Schwimmen zu lehren. Aufgrund hoher Klassenzahlen und der Tatsache, dass Sportunter-
48 richt meist nur einmal in der Woche stattfindet, kann in den wenigsten Sportstunden Nichtschwimmer*in-
49 nen das Schwimmen beigebracht werden. Zum Erlernen von Schwimmen empfiehlt die DLRG mindestens 30
50 Unterrichtseinheiten. Daher muss den Schwimmbädern, die Schwimmkurse anbieten, eine deutlich höhere
51 Finanzierung zukommen.

Adressat*innen: Landeskonferenz der Jusos Bayern, Juso Bundeskongress, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag
Natur und Kultur mit vollen Zügen genießenV-4 Natur und Kultur mit vollen Zügen genießen

V-4

Titel	Natur und Kultur mit vollen Zügen genießen
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern Adressat*innen: Landeskonferenz der Jusos Bayern, Juso Bundeskongress, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

Natur und Kultur mit vollen Zügen genießen

- 1 Urlaubszeit bedeutet tausende Tourist*innen, volle Parkplätze und verstopfte Straßen.
- 2 Bundesweit werden diese Regionen schon seit Jahren durch den motorisierten
- 3 Individualverkehr belastet.
- 4 Die jeher stark frequentierten Ausflugsziele im Inland und insbesondere im
- 5 bayerischen (Vor-)Alpenraum haben während der Covid 19 Pandemie und den damit
- 6 einhergehenden Reisebeschränkungen noch einmal verstärkt Zuspruch gefunden.
- 7 Den Anwohner*innen in den touristischen Ausflugsregionen wird ein unzumutbares
- 8 Verkehrsaufkommen aufgebürdet, eine "Blechlawine", die zu erheblichen
- 9 Einschränkungen im Alltag führt. Aus diesem Grund möchten wir den Öffentlichen
- 10 Personennahverkehr (ÖPNV) besonders in den touristischen Hochburgen stärken und
- 11 somit die Bevölkerung vor Ort entlasten sowie einen Beitrag zu klimaneutraler
- 12 Mobilität leisten. Eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs in den Regionen
- 13 touristischer Ausflugsaktivitäten ist unabdingbar.
- 14 Derzeit werden Parkraumkosten häufig in unterschiedlichen Modellen in Ticketpreise
- 15 touristischer Attraktionen wie Bergbahnen, Skiliften und Sehenswürdigkeiten
- 16 eingerechnet, sodass das Parken und die Anreise mit dem eigenen Auto letztlich
- 17 kostengünstiger erscheinen. Das wollen wir verändern. Deshalb fordern wir, die
- 18 existierenden Parkkosten jeglicher Art nicht in etwaige Ticketpreise zu verrechnen,
- 19 sondern sie separat abzurechnen und stattdessen die Kosten für eine Anreise mit
- 20 dem ÖPNV in den Ticketpreis der jeweiligen Attraktion zu integrieren.

Adressat*innen: Landeskonferenz der Jusos Bayern, SPD Landesparteitag
Ein Tarif für ganz Bayern
V-5 Ein Tarif für ganz Bayern

V-5

Titel	Ein Tarif für ganz Bayern
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern Adressat*innen: Landeskonferenz der Jusos Bayern, SPD Landesparteitag
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, Bayern SPD-Landesparteitag

Ein Tarif für ganz Bayern

1 Für uns ist klar, dass die Haupthürde einer verstärkten ÖPNV-Nutzung in Bayern ein
 2 unzureichendes Angebot insbesondere im ländlichen Raum ist. Dieses muss
 3 ausgebaut und deutlich verbessert werden. Einen Beitrag dazu kann eine Reform der
 4 Tarif- und Verkehrsverbünde in Bayern leisten, denn um die Struktur der Tarif- und
 5 Verkehrsverbünde in Bayern ist es schlecht bestellt. In keinem anderen Bundesland
 6 gibt es so viele Landkreise und kreisfreie Städte, die keinem Verbund angehören.
 7 Während in Bayern 12 Landkreise und kreisfreie Städte keinem oder nur teilweise
 8 (Dillingen, Bad Tölz-Wolfratshausen) einem Verbund angehören, sind es im Rest der
 9 Bundesrepublik gerade einmal sieben Landkreise, die keinem Verbund angehören. In
 10 weiteren Landkreisen wird gerade einmal eine Fahrplankoordination betrieben, einen
 11 gemeinsamen Tarif gibt es aber nicht (in Oberbayern z. B. Rosenheim, Garmisch-
 12 Partenkirchen und Altötting).

13 Neben diesem grundsätzlichen Mangel der fehlenden Integration in einen Tarif- und
 14 Verkehrsverbund sind die Zersplitterung sowie die fehlende Integration des
 15 Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) als größte Mängel der bestehenden Tarif- und
 16 Verkehrsverbünde zu nennen. Kleinere Verbünde wie sie rund um Augsburg,
 17 Ingolstadt, Regensburg oder Würzburg bestehen, sind landesweit kaum von
 18 Bedeutung. Sie werden dem Anstieg der z. B. von Berufspendler*innen
 19 zurückgelegten Distanzen nicht mehr gerecht. Die Nutzung des ÖPNV scheitert daher
 20 neben dem unzureichenden Angebot häufig an Verbundgrenzen. Der Erwerb
 21 mehrerer Fahrkarten macht die Nutzung des ÖPNV nicht nur zeitaufwendiger,
 22 sondern ist oftmals auch teurer als eine vergleichbare Strecke innerhalb eines
 23 Tarifverbundes.

24 Wir begrüßen daher die aktuellen Bestrebungen zur Erweiterung der bestehenden
25 Tarif- und Verkehrsverbünde wie sie derzeit z. B. für den MVV vorbereitet werden. Wir
26 halten diese Erweiterungen aber bei Weitem nicht für ausreichend, um attraktive
27 Verbundräume zu schaffen, die wesentlich zur Stärkung des ÖPNV beitragen. **Die**
28 **bestehenden Verbünde sollen daher erweitert werden. Insbesondere mit ei-**
29 **ner** **Fusion**
30 **des MVV, AVV und VGI wollen wir mittelfristig einen bedeutenden**
31 **Verbund im südbayerischen Raum schaffen. Perspektivisch ist das Ziel ein**
32 **landesweiter Verbund wie es ihn z. B. in Berlin und Brandenburg seit über zwei**
33 **Jahrzehnten gibt.**

34 Die Schaffung eines einzigen, bayernweiten Tarif- und Verkehrsverbundes halten wir
35 für eine zentrale Voraussetzung zur Schaffung landesweiter 365€-Tickets und
36 schließlich auch des kostenlosen ÖPNVs in Bayern. Klar ist, dass ein solcher Verbund
37 nicht zentralistisch, sondern dezentralisiert und mit zahlreichen Querverbindungen
38 aufgebaut werden muss. Solche Querverbindungen fordern wir insbesondere für
39 mittelgroße Städte wie Rosenheim oder Hof, die auch als regionale Knotenpunkte
40 dienen sollen. Um diese Knotenpunkte herum soll es auch ausreichend
41 Nachtverbindungen geben, um den Nahverkehr für junge Menschen attraktiv zu
42 machen. Der Aufbau eines verständlichen und einfachen Tarifsystems stellt bei einem
43 so großen, dezentralisierten Verbund eine besondere Herausforderung dar. Hier sind
44 auch die Chancen der Digitalisierung zu Nutzen und Beratungsangebote via
45 Videoschalte, nutzer*innenfreundliche Fahrkartenautomaten sowie App-Angebote so
46 auszulegen, dass automatisch der günstigste Tarif gewählt wird.

47 **Uns ist es wichtig, dass die Organisation des ÖPNVs und insbesondere der**
48 **Tarife durch die öffentliche Hand wahrgenommen wird. Wir bevorzugen daher**
49 **Verbünde, die als Aufgabenträger*innenverbund von Freistaat und Kommunen**
50 **(Landkreise und kreisfreie Städte) getragen werden. Unternehmensverbünde**
51 **oder Mischverbünde von Aufgabenträger*innen und Unternehmen, in denen**
52 **privatwirtschaftlich arbeitende Unternehmen Einfluss auf die Ausgestaltung**
53 **des ÖPNVs und der Tarife haben, lehnen wir ab. Je größer ein Verbund wird,**
54 **desto zahlreicher werden die vertretenen Kommunen und desto komplexer wird**
55 **auch die Abstimmung mit und unter den Kommunen. Wir fordern daher eine**
56 **Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip in den Gesellschafter*innenversammlungen**
57 **der Verbünde. Des Weiteren soll sich das Stimmgewicht der Kommunen an der**
58 **vertretenen Bevölkerung orientieren.**

59 Um den Nutzen eines großflächigen Tarifverbundes auch auf angrenzende
60 Bundesländer sowie Nachbarstaaten zu erweitern, sind entsprechend großzügige
61 Übergangsbereiche in benachbarte Verbünde zu schaffen. Die Größe des Verbundes

- 62 und großzügige Übergangsbereiche sollen insbesondere Pendler*innen im gesamten
- 63 Verbundraum massiv entlasten.

W Wirtschafts- und Finanzpolitik

W Wirtschafts- und Finanzpolitik

W-1	Jusos Oberbayern	Gründung kommunaler Unternehmen erleichtern	89
W-2	Jusos Oberpfalz	Deckel drauf!	90

W-1

Titel	Gründung kommunaler Unternehmen erleichtern
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landtagsfraktion, BayernSPD-Landesparteitag

Gründung kommunaler Unternehmen erleichtern

- 1 Gemeinden müssen die Möglichkeit erhalten, im Einzelfall frei über den Erhalt oder
- 2 die Gründung kommunaler Unternehmen zu entscheiden.
- 3 Insbesondere Art. 61 II 2 der Bayerischen Gemeindeordnung (BayGO) ist daher zu
- 4 streichen („Aufgaben sollen in geeigneten Fällen daraufhin untersucht werden, ob und
- 5 in welchem Umfang sie durch nichtkommunale Stellen, insbesondere durch private
- 6 Dritte oder unter Heranziehung Dritter, mindestens ebenso gut erledigt werden
- 7 können.“).
- 8 Außerdem sind die Anforderungen (insbesondere des Artikel 87 BayGO) zugunsten
- 9 kommunaler Unternehmen zu erleichtern. Insbesondere die Regelungen, dass ein
- 10 öffentlicher Zweck das Unternehmen „erfordern“ muss, ist anzupassen.
- 11 Am besten wäre es aber, wenn die Gemeinden im Einzelfall frei über die Gründung
- 12 kommunaler Unternehmen entscheiden könnten, also weder Erforderlichkeit noch
- 13 Nutzen begründen müssten. Es ist daher langfristig darauf hinzuwirken, dass die
- 14 entsprechenden Regelungen der EU und der World Trade Organisation (WTO) dies
- 15 künftig ermöglichen.

W-2

Titel	Deckel drauf!
Antragsteller*innen	Jusos Oberpfalz
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, BayernSPD-Landesparteitag

Deckel drauf!

- 1 Als Jusos fordern wir: Deckel drauf! Nach den Entwicklungen der letzten Monate sehen sich viele im Land mit
- 2 einer Preisgestaltung der energetischen Ressourcen konfrontiert, welche das eigene Portemonnaie nicht mehr
- 3 stemmen kann.
- 4 Gas:
- 5 Für die Situation auf dem Gasmarkt gibt es derzeit vor allem eine Lösung welche wir von der Ampel einfordern:
- 6 Den Grundbedarf von ca. 8000 kWh pro Haushalt auf maximal 7,5ct pro kWh Verbraucherpreis zu deckeln.
- 7 Relativ einfach umzusetzen wäre es, weil man die kommunalen Versorger für ihr Delta zum Einkaufspreis
- 8 einfach kompensieren könnte. Der Deckel beim Grundbedarf sorgt auch dafür, dass der Anreiz zum Gas sparen
- 9 grundsätzlich erhalten bleibt, da man über diesem Grundbedarf zu Marktpreisen zu kaufen müsste.
- 10 Kraftstoffe:
- 11 Wir sehen nicht, dass die derzeitige Situation ein großes ökologisches Transformationspotenzial offen legt.
- 12 Wie wir bereits in vielen Beschlüssen festgehalten haben fehlt dazu schlicht der eine Ausgebaute Infrastruktur
- 13 oder auch nur ein Fahrplan für die zügige Umsetzung. Weil der Mensch kein Homo Oeconomicus ist und Ent-
- 14 scheidungen auf mehr als Preisanreizen beruhen, fordern wir daher auch die Kraftstoffpreise zu deckeln. Hier
- 15 schlagen wir vor den generellen deutschen Handelspreis zu regulieren. Deutschland bleibt ein großer Kraft-
- 16 stoffmarkt auf den Konzernen nicht verzichten werden zumal auch hier große Teile der Infrastruktur zur Raf-
- 17 finierung ansässig ist, es beendet jedoch die Spekulationsblase welche sich nachweislich gebildet hat.

INI Initiativanträge

INI Initiativanträge

INI-1	Landesvorstand Jusos Bayern	100 Milliarden – nicht mit uns!	92
-------	--------------------------------	---------------------------------	----

INI-1

Titel	100 Milliarden – nicht mit uns!
Antragsteller*innen	Landesvorstand Jusos Bayern
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesgruppe in der SPD- Bundestagsfraktion, BayernSPD-Landtagsfraktion, BayernSPD-Landesparteitag

100 Milliarden – nicht mit uns!

- 1 Adressat*innen: SPD-Landesgruppe Bayern, Jusos Bundeskongress, Bayern SPD, Landtagsfraktion Bayern
2 SPD
3
- 4 **Einleitung**
- 5 Vor drei Monaten verkündete der Bundeskanzler Olaf Scholz eine Zeitwende im Bundestag. Die russische
6 Invasion in der Ukraine war der Anlass, die deutsche Verteidigungs- und Militärpolitik in einer Regierungsbe-
7 gründung neu aufzustellen. Zur Überraschung vieler, nicht nur für Scholz' Regierungskolleg*innen.
- 8 Das Ampel-Kabinettt legte am 14. April einen Haushaltsentwurf vor, der im Artikel 87a des Grundgesetzes fol-
9 genden Absatz einfügen möchte:
- 10 *„Zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit kann der Bund ein Sondervermögen mit eigener Krediter-*
11 *mächtigung in Höhe von einmalig bis zu 100 Milliarden Euro errichten. Auf die Kreditermächtigung sind Artikel 109*
12 *Absatz 3 und Artikel 115 Absatz 2 nicht anzuwenden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“*
- 13 Ein einmaliges Sondervermögen für die Bundeswehr soll mit einer Zweidrittelmehrheit durch den Bundestag
14 an der Schuldenbremse vorbei in das Grundgesetz geschrieben werden. Eine einmalige Ausgabe mit Verfas-
15 sungsrang – eine Neuheit im politischen System Deutschlands.
- 16 Eine Neuheit, die wir auf das entschiedenste ablehnen!
- 17 **Die NATO ist bereits hochgerüstet**
- 18 Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine ist nicht die erste völkerrechtswidrige Handlung Russlands. Nach der
19 Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim beschloss die NATO auf ihrem Gipfeltreffen in Wales 2014 ein An-
20 halten der sinkenden Rüstungsausgaben in den Staaten des Nordatlantikbündnisses. Das Zwei-Prozent-Ziel
21 wurde erneuert mit der Zielsetzung, bis 2024 in alle Staaten des Nordatlantikpaktens mindestens zwei Prozent
22 des Bruttoinlandsproduktes für militärische Zwecke bereitzustellen.
- 23 Seit diesem Beschluss steigen die Militärausgaben in Deutschland stetig an. Im Jahr 2014 wurden 44,7 Milli-
24 arden Euro verbucht, 1,53% des Bruttoinlandsprodukts Deutschlands im selben Jahr. Vorheriges Jahr wurden
25 bereits 56 Milliarden Euro verbucht, 1,57% des Bruttoinlandsprodukts Deutschlands. Eine Erfüllung des 2%-
26 Zieles im Jahr 2021 hätten Mehrausgaben in Höhe von 15,41 Milliarden Euro erfordert, um den Verteidigungs-
27 haushalt auf 71,41 Milliarden zu erhöhen. Deutschland hat also bisher keine Tendenzen gezeigt, dass 2%-Ziel
28 ab dem Jahr 2024 einhalten zu können. Die angekündigten Investitionen würden dazu führen, dass dieses Ziel
29 sogar noch übertroffen wird.
- 30 Diese Rechnung zeigt ebenfalls die Absurdität des 2%-Zieles der NATO. Mit jedem Jahr, in dem es Wirtschafts-
31 wachstum gibt, müssen die Militärausgaben ebenfalls ohne Bedarfsprüfung erhöht werden. Seit 1991 gab es

32 lediglich zwei Jahre, in denen das BIP gesunken ist: 2009 und 2020. Alle anderen Jahre hätten es erfordert,
33 mehr Geld in die Bundeswehr zu investieren – unabhängig von der Sicherheitslage und Ausstattung.

34 Die NATO ist bereits heute das mächtigste Militärbündnis der Welt. Das Vereinigte Königreich hat im Jahr 2021
35 allein höhere Militärausgaben als Russland gehabt, die NATO verfügt zusammen über mehr Kernwaffen als
36 die Russische Föderation. Auch vor den neuen Aufrüstungen war klar: der NATO ist keine militärische Macht
37 auf der Welt gewachsen.

38 Aus dieser Situation ziehen wir folgende Schlüsse:

- 39 • Das 2%-Ziel der NATO soll weiterhin nicht eingehalten, sondern viel mehr abgeschafft werden,
- 40 • Verteidigungsausgaben müssen bedarfsgerecht ermittelt werden, wobei der Bedarf lediglich die Lan-
41 desverteidigung und einen Schwerpunkt auf humanitäre Unterstützung setzt, die Einhaltung von Bünd-
42 nisverpflichtungen (wie diese aussehen könnten wird im Solidarprojekt Ukraine definiert)
- 43 • Wir unterstützen keinerlei Grundgesetzänderungen, die ein 100-Milliarden-Sondervermögen oder an-
44 derweitige Festschreibungen von Militärausgaben umfassen sollen.

45 Wir fordern die Bayrischen SPD Bundestagsabgeordneten, insbesondere diejenigen im Jusos-Alter auf, das
46 Sondervermögen abzulehnen.

47 **Wer profitiert vom Krieg?**

48 Die kurze Antwort lautet: niemand, für den wir einstehen wollen. Krieg verwirklicht die Visionen nationalis-
49 tischer, völkischer und autoritärer Kräfte. Krieg hilft einigen wenigen Superreichen und denen, die Waffen
50 und Rüstung für Profit herstellen. Innerhalb von zwei Wochen nach Kriegsbeginn sind die Aktienkurse von
51 Rheinmetall stark angestiegen – bevor es konkrete Zusagen gab, profitierten bereits die Investor*innen der
52 deutschen Rüstungskonzerne vom Krieg in der Ukraine.

53 Wir jedoch wollen uns solidarisch mit denjenigen zeigen, die gegen einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg
54 Widerstand leisten. Das gelingt nicht mit einem blinden Hochschrauben der Rüstungsausgaben in Deutsch-
55 land, sondern mit einem entschlossenen Reagieren durch die westlichen Bündnisse und einer Prävention zu-
56 künftiger Invasionen Russlands.

57 Wir erneuern daher unsere Forderung mit Nachdruck:

- 58 • Die Verstaatlichung aller Rüstungsindustrie muss erfolgen.
- 59 • Rüstungskonzerne sind vom Aktienmarkt zu nehmen.
- 60 • Herstellung, Auslieferung und den Export von Rüstungen muss strenger parlamentarischer Kontrolle
61 und absoluter Transparenz unterliegen.
- 62 • Mit Waffen darf kein Profit gemacht werden!

63 **Die Bundeswehr ist dysfunktional**

64 Die Union hat im letzten Jahrzehnt das Verteidigungsministerium zur Bewährungsprobe für Mächtegern-
65 Kanzler*innen umgebaut. Die Misswirtschaft der Bundeswehr wird durch ein Beschaffungswesen verdeutlicht:
66 Waffensysteme ohne Ersatzteile, zu wenig Munition, Geräte, die lediglich in Deutschland funktionieren und
67 das Annehmen von defektem Gerät von Hersteller*innen ohne Bedenken. Teure Kasernen und Immobilien
68 reißen sich ein in komplizierte, bürokratische Vorgänge, unklare Zuständigkeiten sowie niemandem, die*der
69 Verantwortung für begangene Fehler übernehmen möchte. Im Vergleich zu vielen anderen europäischen Mili-
70 tärns zeigt sich die Ineffizienz der Bundeswehr. Am Beispiel Frankreich wird deutlich: Deutschland gibt in mehr
71 Geld im Jahr für sein Militär aus als Frankreich, jedoch unterhält Frankreich mit weniger Mitteln komplexere
72 Waffensysteme und führt mehr militärische Interventionen im Ausland durch als Deutschland. Die französi-
73 sche Militär- und Außenpolitik ist *keineswegs* ein Vorbild für einen sozialistischen Verband. Der Vergleich der
74 Ausgaben beider Militärs zeigt jedoch, wie ineffizient die Bundeswehr wirtschaftet. Jeder Euro mehr, der in
75 Deutschland für den Verteidigungshaushalt verbucht wird, bevor es zu tiefgreifenden Umstrukturierungen
76 gekommen ist, führt vor allem zu unverhältnismäßiger Geldverschwendung.

77 Hinzu kommt, dass der Bundeswehretat seit 2015 stetig ansteigt. Das legt offen: sieben Jahre mehr Geld für die
78 Bundeswehr haben keine Trendwende bei den Skandalen der Bundeswehr gebracht. Auch muss hervorgeho-

79 ben werden, dass das Sondervermögen der 100 Milliarden Euro an *keinen* Wirtschaftsplan gebunden ist. Essen-
 80 tielle Fragen bleiben damit unbeachtet: Welche Kosten fallen an? Wofür soll das Geld in den nächsten Jahren
 81 ausgegeben werden? Braucht es 100 Milliarden, oder würden bei einer besseren Organisation auch geringere
 82 Beträge zum selben Ziel führen? Angesichts der gigantischen Investition ist es unverantwortlich, als Bundesre-
 83 gierung die Frage nach dem „wofür“ gänzlich offen zu lassen. Sehenden Auges wird auf eine Versenkung von
 84 Milliardenkrediten in ein schwarzes Loch hingearbeitet. Das können wir nicht mitverantworten.

85 Zu allem Überfluss haben Unions- und AfD-Politiker*innen nun eine Debatte um die Wiedereinsetzung der
 86 Wehrpflicht gestartet. Das Verpflichten junger Menschen an der Waffe bringt weder der Ukraine noch Deutsch-
 87 land, mehr Sicherheit. Es steht im direkten Widerspruch zu unseren sozialistischen, antimilitaristischen Wer-
 88 ten.

89 In der Debatte fallen zudem die neo-nazistischen Vernetzungen innerhalb der Bundeswehr oft hinten runter.
 90 Seit Bestehen der westdeutschen Streitkraft war sie zu Beginn Zufluchtsort für Alt-Nationalsozialisten und
 91 heute ein sicherer Ort für die neue Rechte. Die Bundeswehr muss frei von neo-nazistischer Ideologie sein,
 92 rechte Netzwerke müssen zerschlagen werden – oder die Armee selbst ist eine Gefahr für die Sicherheit im
 93 Land.

94 Daher fordern wir:

- 95 • Ein Einstellen der Verschwendung von Milliarden staatlicher Mittel durch die Bundeswehr durch,
 96 – Einstellung der in Teilen rechtswidrigen und überteuerten Berater*innen-Praxis, etabliert durch
 97 die heutige EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen,
 98 – eine umfassende Überprüfung des Beschaffungswesens, der Immobilienwirtschaft und der Per-
 99 sonalpolitik der Bundeswehr.
- 100 • Umfassende Transparenz bei den Wehrausgaben und eine Aufklärung der verschwenderischen Politik
 101 durch die Unionsminister*innen durch parlamentarische und externe Kontrolle,
- 102 • Eine endgültige Abschaffung der Wehrpflicht,
- 103 • Eine entschlossene Kampagne gegen neo-nazistische Strukturen und Netzwerke innerhalb der Bun-
 104 deswehr.

105 **Wofür wir das Geld tatsächlich brauchen**

106 Für uns Jusos war schon immer klar: die Schuldenbremse muss fallen! Aber doch nicht so, nicht außerhalb
 107 der Kontrolle des Parlamentes, der Demokratie. Die Aufnahme einer einzelnen Ausnahme für überdimen-
 108 sionierte Militärausgaben schürt zukünftige Konflikte mit Ausgaben in anderen, wichtigen Handlungsfeldern.
 109 Die Sparpolitik der letzten Jahrzehnte hat zu einem enormen Investitionsstau in praktisch allen Gebieten ge-
 110 führt. Wir möchten den Fall der Schuldenbremse zur Bekämpfung des Klimawandels, zur Einleitung des sozio-
 111 ökologischen Umbaus unserer Gesellschaften und zur Schaffung internationaler Solidarität auf Grundlage von
 112 Kooperation und globalem Ausgleich von Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten. Wir möchten nicht länger
 113 Handlungsfelder gegeneinander ausspielen, sondern die oberste Maxime der Geldpolitik in die Tat umsetzen:
 114 „Alles, was wir tatsächlich tun können, können wir uns leisten“.

115 Wir fordern daher, folgendes umsetzen:

- 116 • Das Ende der Schuldenbremse,
- 117 • Enorme Investitionen in den Kampf gegen den Klimawandel, damit sichergestellt wird, dass auch uns
 118 nachfolgende Generationen auf dem Planeten Erde leben können,
- 119 • Eine Ertüchtigung des Gesundheitswesens, insbesondere mit Blick auf die Folgen der Covid19-
 120 Pandemie,
- 121 • Massenhafte Investitionen in das Bildungswesen,
- 122 • Modernisierung aller öffentlicher Infrastruktur, insbesondere zur Digitalisierung in allen Staats- und
 123 Gesellschaftsbereichen, des öffentlichen Nahverkehrs, öffentlicher Räume und Bauwerke,
- 124 • Der Bekämpfung von Kinderarmut, Arbeitslosigkeit und anderen sozialen Notlagen,

- 125 • Und vielen weiteren bisher vernachlässigten Handlungsfeldern.

126 **Solidarität mit der Ukraine – nicht mit der Rüstungsindustrie**

127 „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“ ist heute so falsch, wie es damals war. In diesem Antrag machen
128 wir klar, dass wir die Investition von 100 Milliarden in die Bundeswehr für falsch erachten. Der Auftrag der Bun-
129 deswehr ist die Verteidigung und humanitäre Hilfe – das steht im Kontrast zur Entwicklung der NATO seit den
130 1990er Jahren. Doch diese Entwicklungen stehen auch den Invasionen Russlands in Tschetschenien, Moldawi-
131 en, Georgien und zuletzt in die Ukraine. Sie stehen ebenfalls dem Bedürfnis vieler europäischer Gesellschaften
132 entgegen, sich zum Schutz vor weiteren Aggressionen durch Russland der NATO anzuschließen.

133 Wir erneuern unsere Solidaritätserklärung an diejenigen, die in diesen Tagen in der Ukraine Widerstand gegen
134 Krieg, Gewalt und Kriegsverbrechen leisten. Wir müssen jedoch auch anerkennen, dass wir heute nicht die
135 Antworten auf Putins Angriffskrieg haben, die wir gerne geben wollen.

136 Um die Wichtigkeit der Solidarität mit von Krieg und Verfolgung betroffenen zu unterstreichen, sowie zur Neu-
137 bewertung unserer internationalen Solidaritätspolitik setzen wir daher mit unserem Arbeitsprogramm das
138 **„Solidaritätsprojekt Ukraine“** ein, das von der Themenwerkstatt Internationales organisiert werden soll und
139 sich unter anderem folgender Fragen widmen soll:

- 140 • Die Frage nach Waffenexporten, insbesondere in Krisengebiete,
141 • Rolle der Bundeswehr in der Welt,
142 • Militärische Bündnisfragen,
143 • Demokratische Kontrolle & Transparenz in der Bundeswehr,
144 • Europäische Armee,
145 • Atomare Abrüstung.

146 Das Solidaritätsprojekt soll zur nächsten Landeskonzferenz einen Bericht der aktuellen Diskussion vorlegen
147 und einen Grundsatzantrag zur Debatte und zum Beschluss auf einer Landeskonzferenz vorlegen.